



Statistische Rundschau Nordrhein Westfalen

Herausgeber

Landesamt
für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

10
Oktober 1988

Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen

40. Jahrgang · Oktober 1988

ISSN 0934—6767

Erscheinungsfolge: monatlich

Herausgeber:
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Schriftleitung: Dipl.-oec. Udo Nockemann

Jahresabonnement: 48,- DM, Einzelheft: 5,- DM

Bestellungen nehmen entgegen:

das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW,
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1,
Fernruf: (0211) 44 971,
sowie der Buchhandel.

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet

LDS-Bestell-Nr. Z 01 1 8810



Inhalt

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	Zur Entwicklung der eisenschaffenden Industrie	579
	Beschäftigung, Umsatz und Exporterlöse in der Industrie im 1. Halbjahr 1988	585
	Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im Juli 1988	596
	Energieverbrauch im Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe im 1. Halbjahr 1988	596
Löhne und Gehälter	Handwerksverdienste im Mai 1988	585
	Bruttojahresverdienste der Arbeiter und Angestellten in der Industrie 1987	585
Wahlen	Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Gegen den Trend?	586
Groß- und Sonderzählungen	Die Beteiligung an der freiwilligen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988	597
Finanzen	Der Kommunalhaushalt im Spiegel der Finanzstatistik	602
Preise	Preisindex für die Lebenshaltung im September 1988	605
<hr/>		
	Tabellenteil	608
	Zahlenspiegel	624

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Zur Entwicklung der eisenschaffenden Industrie

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist die eisenschaffende Industrie einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige im Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen. Mit den Worten „Eisen und Stahl“ wird fast automatisch der Gedanke an das Ruhrgebiet verbunden, obwohl sich auch hier ein grundlegender Strukturwandel vollzogen hat. Dennoch ist diese Industrie für die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens weiterhin von besonderer Bedeutung. Einige Eckdaten sollen diese Feststellung belegen¹⁾.

Im Hinblick auf die Zahl der Beschäftigten lag die eisenschaffende Industrie mit 140 000 Personen 1987 an fünfter Stelle im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe des Landes; sie erreichte hier einen Anteil von rd. 7,2 % der tätigen Personen. Bezogen auf das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe machte diese Relation sogar 27,3 % aus. 1987 erzielte die eisenschaffende Industrie einen Gesamtumsatz von 27 Mrd. DM und lag damit an sechster Stelle. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein gut Teil der Produktion sich nicht in den Umsatzzahlen niederschlägt, weil diese Erzeugung zur Weiterverarbeitung im selben Unternehmen bestimmt ist und somit nicht in Rechnung gestellt wird. Bezogen auf die Gesamtheit aller Umsätze des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes ergibt sich ein Anteil von 6,6 % und im Hinblick auf das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ein Anteil von 18,9 %. Bei den Exporterlösen (1987: 9,8 Mrd. DM) nahm die eisenschaffende Industrie gar den vierten Rang mit 8,3 % am Gesamtergebnis im Lande ein.

1) Diese wie auch die nachfolgenden Ergebnisse sind nach dem Hauptbeteiligtenprinzip dargestellt, d. h. die systematische Zuordnung erfolgt nach dem Schwerpunkt des Betriebes.

Beschäftigte, Umsatz und Auslandsumsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1987 nach ausgewählten Wirtschaftssektoren			
Hauptgruppe Wirtschaftszweig	Beschäftigte	Gesamtumsatz	Darunter Auslandsumsatz
	MD ¹⁾	1 000 DM	
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1 951 560	408 384 502	117 750 513
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	513 273	143 003 304	46 200 136
eisenschaffende Industrie	140 027	27 046 594	9 758 885

1) Monatsdurchschnitt

Erzeugung von Roheisen, Rohstahl und Walzstahl 1950 – 1987							
Erzeugnis	1950	1960	1970	1975	1980	1985	1987
	1 000 t						
Roheisen und Ferrolegerungen	7 530	17 998	22 202	19 393	21 609	20 069	18 086
Stahlrohblöcke ¹⁾	10 050	24 234	30 009	25 547	26 539	24 243	21 285
Walzstahl ²⁾	6 844	15 970	21 019	17 210	19 152	15 718	14 746

1) ohne Flüssigstahl für Stahlguß – 2) ohne vorgewalztes Stahlhalbzeug

Geschichtliche Entwicklung der Eisen- und Stahlproduktion

Bis Mitte des vergangenen Jahrhunderts war das Gebiet Nordrhein-Westfalens ein vornehmlich agrarisch bestimmtes Land. Land- und Forstwirtschaft und in bescheidenem Ausmaß das Handwerk prägten das wirtschaftliche Geschehen. Die Eisenverhüttung wurde auf kleinbetrieblicher Ebene unter Einsatz von Holzkohle betrieben. Erst als es gelang, den Steinkohlenbergbau durch Einsatz moderner Techniken wie der Dampfmaschine zu revolutionieren, wurden die Voraussetzungen für eine Massenproduktion von Eisen geschaffen. Der Beginn der industriellen Verhüttung fand im Ruhrgebiet mit Errichtung des ersten Hochofens in der Friedrich Wilhelms-Hütte in Mülheim statt, der 1850 in Betrieb genommen wurde²⁾. In der Folge entwickelte sich die eisenschaffende Industrie zum Hauptpfeiler der wirtschaftlichen Ent-

wicklung. 1913 wurden im Ruhrgebiet bereits 8,2 Mill. t Roheisen und 10,1 Mill. t Rohstahl produziert. 1938 waren es schon 12,9 Mill. t Roheisen und 15,0 Mill. t Rohstahl³⁾.

Nach dem 2. Weltkrieg trug die Eisen- und Stahlindustrie wesentlich zum Wiederaufbau bei. Von 1950 bis 1960 stieg die Erzeugung an Roheisen von 7,5 auf 18,0 Mill. t, an Rohstahl von 10,0 auf 24,2 Mill. t und an Walzstahl von 6,8 auf 16,0 Mill. t an. Es entstanden Großhochöfen mit einer Tagesleistung von bis zu 10 000 t. Zwar nahm die Zahl der betriebenen Hochöfen ab, doch stieg bis 1970 die Jahresproduktion von Roheisen auf 22,2, von Rohstahl auf 30,0 und von Walzstahl auf 21,0 Mill. t.

3) Vgl. Wolfgang Burkhard, „Die Hüttenwerke an Rhein und Ruhr“, in: Niederrhein-Kammer, Zeitschrift der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel-Kleve zu Duisburg, September 1986, S. 498.

2) Vgl. H. G. Steinberg, „Die Entwicklung des Ruhrgebietes – eine wirtschafts- und sozialpolitische Studie“, Hrsg. DGB-Landesbezirk NRW, Düsseldorf, 1967, S. 18.

Trotz dieser gewaltigen Produktionssteigerungen kam die eisenschaffende Industrie zunehmend in Bedrängnis. In den Entwicklungsländern wurden zügig neue Kapazitäten aufgebaut, wodurch wichtige ausländische Absatzmärkte verloren gingen⁴⁾. Die niedrigeren Produktionskosten führten zu Preiskämpfen und induzierten verstärkte deutsche Importe. Schließlich bewirkte die erste Ölpreiskrise 1973/74 eine Drosselung der Produktion. 1975 sank die Erzeugung von Roheisen auf 19,4, von Rohstahl auf 25,5 und von Walzstahl auf 17,2 Mill. t. Die 80er Jahre waren von einem harten Subventionswettbewerb innerhalb der EG geprägt. Zwischen Anfang 1981 und Ende 1985 erhielt die europäische Stahlindustrie von der öffentlichen Hand Subventionen in Höhe von 31,4 Mrd. Ecu (rd. 64 Mrd. DM), wobei auf die deutschen Hütten lediglich 2,57 Mrd. Ecu entfielen⁵⁾. Trotz dieser Widrigkeiten wurden 1987 noch 18,1 Mill. t Roheisen, 21,3 Mill. t Rohstahl und 14,7 Mill. t Walzstahl in Nordrhein-Westfalen hergestellt. (Siehe Tabelle Seite 608.)

Im Bundesvergleich ist die Bedeutung der nordrhein-westfälischen Eisen- und Stahlproduktion deutlich zurückgegangen. Betrug 1960 der Anteil am Bundesergebnis noch rd. 70 %, so sank er bis 1985 auf rd. 60 %. Es wirkte sich aus, daß in den anderen Bundesländern neue Kapazitäten geschaffen wurden.

Auch im EG-Vergleich war eine ähnliche Tendenz festzustellen. Der Anteil Nordrhein-Westfalens ging von knapp 25 % auf knapp 20 % zurück. Besonders scharf war der Rückgang im Walzstahlbereich, in dem der Anteil von 23 % auf 15 % fiel.

4) Hinzu kommt, daß in den Zentren des Verbrauchs produzierende Anbieter nicht unerhebliche Frachtkostenvorteile haben. So lag der Fab.-Preis für Stahl-lieferungen nach Übersee 1986 bei 250 – 300 US-, je Tonne bei einer Frachtrate von 50 – 70 US-, je Tonne. Vgl. Helmut Wienert, „Längerfristige Entwicklungstendenzen auf dem Weltstahlmarkt“, in: RWI-Mitteilungen, Jahrgang 37/38 (1986/87), Heft 1, S. 66.

5) Vgl. Blick durch die Wirtschaft, 28.7.1987, S. 1.

**Index der Nettoproduktion 1978 – 1987 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen
1980 = 100; von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt**

Jahr	Eisenschaffende Industrie	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe
1978	95,1	98,0	97,1
1979	105,0	105,2	101,7
1980	100	100	100
1981	97,2	95,8	97,4
1982	83,0	89,2	94,6
1983	81,0	92,1	94,0
1984	89,0	97,0	95,9
1985	92,2	97,8	99,6
1986	84,6	95,6	100,5
1987	82,7	95,0	99,9
Veränderung 1987 gegenüber 1978 in %	-13,0	-3,1	+2,9

Weltweit sank der Produktionsbeitrag Nordrhein-Westfalens beim Rohstahl von 7 % in 1960 auf 3,4 % in 1985.

Produktion

Im Gegensatz zur bisherigen Betrachtung repräsentiert der Nettoproduktionsindex die Gesamtheit der Produkte der eisenschaffenden Industrie, die gewichtet in ihn einfließen. Unter Ausschaltung der Preisänderungen und Kalenderunregelmäßigkeiten spiegelt er das aktuelle wirtschaftliche Geschehen und die Entwicklung der Nettoleistung wider.

Sowohl in der eisenschaffenden Industrie als auch in den Aggregationsstufen Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe fielen die Zeitpunkte der höchsten (1979) Produktionstätigkeit zusammen. Darüber hinaus konnte zwischen eisenschaffender Industrie und Gesamtindustrie auch Zeitgleichheit hinsichtlich der niedrigsten Produktionstätigkeit – 1983 – festgestellt werden. Allerdings bestanden erhebliche Niveauunterschiede. Im Abschwung fiel

die Produktion der eisenschaffenden Industrie weitaus stärker als jene der übrigen Bereiche und konnte auch in der Folge nicht mehr deren Niveau erreichen. Nachfrageausfälle (z. B. beim Baustahl), Subventionswettbewerb (z. B. in der EG), Protektionismus (z. B. in den USA), Hüttschließungen, etc. – alle diese Einflußgrößen schlugen sich in der negativen Entwicklung des Nettoproduktionsindex nieder. Von 1978 bis 1987 sank die reale Produktion um 13,0 %, während sie im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe um 3,1 % abnahm und im gesamten Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe um 2,9 % stieg.

Die nachlassende Inlandsnachfrage, die nur teilweise von der steigenden Auslandsnachfrage kompensiert werden konnte, bewirkte, daß sich die zum Absatz bestimmte Bruttoproduktion der eisenschaffenden Industrie 1987 wertmäßig auf 23,2 Mill. DM verringerte. Damit lag das Ergebnis um 5,5 % unter dem von 1978 (24,5 Mrd. DM).

Unter den einzelnen Gütergruppen der Weiterverarbeitung konnten lediglich bei den Ferrolegierungen (+18,2 %), beim weiterverarbeiteten Walzstahl (+59,8 %), dem rollenden

Eisenbahnzeug (+8,0 %) und bei den Rohlappen (+2,8 %) Zuwächse in der mengenmäßigen Produktion beobachtet werden. Bei den übrigen Positionen wurden teilweise starke Rückgänge verzeichnet (z. B. vorgewalztes Stahlhalbzeug: -40,2 %; Freiformschmiedestücke über 125 kg Rohgewicht: -41,9 %). (Siehe Tabelle Seite 608.)

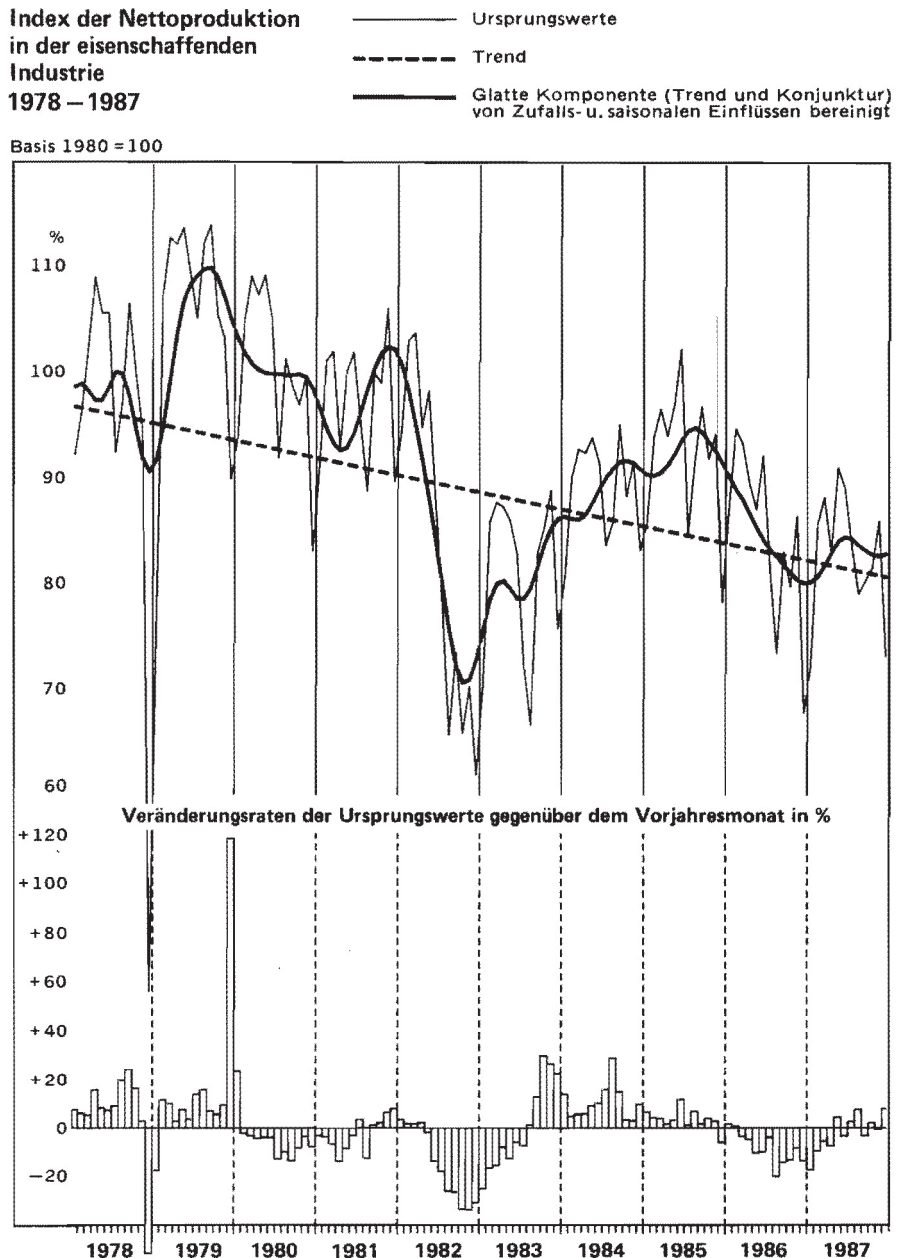
Wertmäßig am stärksten unter den zum Absatz bestimmten Gütergruppen war 1987 mit 9,8 Mrd. DM und 42,3 % an der Gesamtproduktion der Walzstahl beteiligt. Bereits 1978 nahm er mit 10,7 Mrd. DM und 43,5 % die führende Stellung ein. Ein großer Zuwachs von 66,8 % wurde bei der Produktion von weiterverarbeitetem Walzstahl verzeichnet. Belief sich hier der Wert der zum Absatz bestimmten Produktion 1978 noch auf 2,1 Mrd. DM bei einem Anteil von 8,8 % an der Gesamtproduktion, so erhöhte sich der Wert bis 1987 auf 3,6 Mrd. DM und der Anteil auf 15,5 %. Hier wird der Trend: „Weg von der Massenproduktion, hin zur Spezialisierung“ deutlich. Folgerichtig wurde die Produktion von Stahlrohblöcken von 1,7 Mrd. DM um 53,8 % auf 0,8 Mrd. DM gedrosselt. Damit ging der Anteil an der Gesamtproduktion von 6,8 % auf 3,3 % zurück.

Beschäftigte

Die Zahl der Beschäftigten in der eisenschaffenden Industrie verringerte sich von 1978 bis 1987 um 67 236 auf 140 027 tätige Personen (-32,4 %). Auffallend ist, daß in jedem Jahr Personal abgebaut wurde. Selbst in der ertragreichen Zeit von 1984 bis Mitte 1986⁶⁾ war die Zahl der tätigen Personen rückläufig. Arbeiter waren stärker vom Belegschaftsabbau betroffen als Angestellte. Ihre Zahl sank von 157 734 auf 102 936 und somit um

Index der Nettoproduktion in der eisenschaffenden Industrie 1978 – 1987

Basis 1980 = 100



34,7 %, wohingegen die Zahl der Angestellten von 49 529 auf 37 091 zurückging. Dies entspricht einer Abnahme von 25,1 %.

Im Vergleich zum gesamten Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (-13,2 %) verlief damit die Beschäftigtenentwicklung deutlich ungünstiger. Die eingangs geschilderten Weltmarktbedingungen liefern die Hauptgründe.

6) Vgl. Der Spiegel, Nr. 3/1987, S. 75.

Die Personalstruktur im Beobachtungszeitraum läßt deutlich die höhere Elastizität in der Beschäftigung von Arbeitern gegenüber den Angestellten im Hinblick auf konjunkturelle Schwankungen erkennen. Von 1979 bis 1984 fiel die Arbeiterquote kontinuierlich, um sich während der Erholungsphase 1985 leicht zu erhöhen und danach wieder deutlich abzufallen. Dies belegt wiederum, daß Unternehmen eher geneigt sind, im Hinblick auf die gestiegenen technischen Anforderungen und Spezialisierungen Techniker und Kaufleute zu halten als das übrige Personal. Von 1978 bis 1987 sank die Arbeiterquote um 2,6 Prozentpunkte auf 73,5 %, während die Angestelltenquote den entsprechenden Zuwachs aufwies.

Sowohl 1978 als auch 1987 lag der Schwerpunkt der Beschäftigung eindeutig im Wirtschaftszweig der Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke. Allerdings wurde hier auch der stärkste Beschäftigungseinbruch verzeichnet. Belief sich die Zahl der tätigen Personen 1978 noch auf 162 949, so sank sie binnen Dekadenfrist um 36,2 % auf 103 910. Der Grund dürfte im Massencharakter der Produktpalette zu suchen sein. Hier ist der ausländische Konkurrenzdruck am größten. Dennoch beschäftigten die Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke 1987 noch knapp drei Viertel aller tätigen Personen der eisenschaffenden Industrie. Mit weitem Abstand folgt in der Rangfolge die Herstellung von Stahlrohren mit 19 375 Beschäftigten. Auch hier war der Personalsrückgang mit 9 190 Arbeitern und Angestellten oder -32,2 % gegenüber 1978 beträchtlich. Die Belegschaftsstärke bei der Herstellung von Präzisionsstahlrohren verringerte sich gegenüber 1978 um 11,0 % auf 10 129. Hier dürfte der Rückgang nicht so sehr auf die gestiegene Konkurrenz, sondern

Beschäftigte in der eisenschaffenden Industrie 1978 und 1987						
Jahr	Beschäftigte (MD) ¹⁾					
	insgesamt		davon			
			Arbeiter		Angestellte	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1978	207 263	100	157 734	76,1	49 529	23,9
1979	205 445	100	156 879	76,4	48 566	23,6
1980	200 639	100	153 079	76,3	47 560	23,7
1981	192 168	100	145 753	75,8	46 415	24,2
1982	182 202	100	137 582	75,5	44 620	24,5
1983	168 622	100	126 381	74,9	42 241	25,1
1984	157 190	100	116 846	74,3	40 344	25,7
1985	153 837	100	114 776	74,6	39 061	25,4
1986	149 755	100	111 554	74,5	38 201	25,5
1987	140 027	100	102 936	73,5	37 091	26,5
Veränderung 1987 gegen- über 1978	-32,4	x	-34,7	x	-25,1	x

1) Monatsdurchschnitt

Beschäftigte in der eisenschaffenden Industrie 1978 und 1987 nach Wirtschaftszweigen					
Wirtschaftszweig	Beschäftigte (MD) ¹⁾				
	1978		1987		Veränderung 1987 gegenüber 1978
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke	162 949	78,6	103 910	74,2	-36,2
Herstellung von Stahlrohren	28 565	13,8	19 375	13,8	-32,2
Herstellung von Präzisions- stahlrohren	11 377	5,5	10 129	7,2	-11,0
Schmiede-, Preß- und Hammerwerke	4 372	2,1	6 613	4,7	+51,3
Eisenschaffende Industrie	207 263	100	140 027	100	-32,4

1) Monatsdurchschnitt

Löhne und Gehälter in der eisenschaffenden Industrie 1978 und 1987				
Jahr	Brutto-lohn-summe	Brutto-gehalt-summe	Lohn je Arbeiter	Gehalt je Angestellten
1978	4 398 079	2 035 787	27 883	41 103
1979	4 770 430	2 147 416	30 408	44 216
1980	5 020 356	2 286 433	32 796	48 074
1981	4 940 138	2 316 652	33 894	49 912
1982	4 690 492	2 325 169	34 092	52 110
1983	4 333 788	2 233 899	34 292	52 885
1984	4 420 156	2 255 570	37 829	55 908
1985	4 480 197	2 220 326	39 034	56 842
1986	4 401 130	2 227 073	39 453	58 299
1987	4 120 618	2 266 123	40 031	61 096

mehr auf die schrumpfende Welt-nachfrage zurückzuführen sein. Im Pipeline-Markt ist eine gewisse Sättigung festzustellen, und auch der Finanzierungsspielraum der Erdöl- und Erdgasproduzenten ist geschrumpft. Einzig die Schmiede-, Press- und Hammerwerke konnten ihre Belegschaftsstärke aufstocken. Sie stieg um 51,3 % oder 2 241 Arbeitskräfte auf 6 613 Personen im Jahr 1987.

Löhne, Gehälter

Die an Arbeiter in der eisenschaffenden Industrie gezahlte Lohnsumme belief sich 1987 auf 4,1 Mrd. DM und lag damit um 6,3 % unter der von 1978 (4,4 Mrd. DM). Dabei muß jedoch der kräftige Beschäftigtenabbau berücksichtigt werden. Die aussagekräftigere Kennzahl „Lohn je Arbeiter“ spiegelt die Entwicklung realistischer wider. Danach wurden 1978 an jeden Arbeiter 27 883 DM gezahlt, während es 1987 bereits 40 031 DM waren (+43,6 %). Die Gehaltssumme stieg von 2,0 Mrd. DM im Jahre 1978 um 11,3 % auf 2,3 Mrd. DM 1987; das Gehalt je Angestellten jedoch von 41 103 DM um 48,6 % auf 61 096 DM.

Umsatz

Neben den Drahtziehereien, dem Schiffbau und der Feinkeramik ist die eisenschaffende Industrie der einzige Wirtschaftszweig innerhalb des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes, der von 1978 auf 1987 eine negative Umsatzentwicklung verzeichnete. Der Gesamtumsatz fiel von 28,0 Mrd. DM um 3,4 % auf 27,0 Mrd. DM. Wird darüber hinaus noch die Steigerung der Erzeuger- bzw. Ausfuhrpreise in diesem Zeitraum berücksichtigt (+14,8 % bzw. +9,0 %), fällt die Entwicklung noch negativer aus.

Umsatz der eisenschaffenden Industrie 1978 und 1987						
Jahr	Umsatz					
	insgesamt		davon			
			Inlandsumsatz		Auslandsumsatz	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
1978	27 989 496	100	18 762 505	67,0	9 226 991	33,0
1979	31 462 851	100	21 051 683	66,9	10 411 168	33,1
1980	32 323 565	100	21 944 926	67,9	10 378 639	32,1
1981	32 865 172	100	20 580 273	62,6	12 284 899	37,4
1982	30 672 782	100	18 345 266	59,8	12 327 516	40,2
1983	27 294 883	100	17 199 816	63,0	10 095 067	37,0
1984	31 739 210	100	19 306 927	60,8	12 432 283	39,2
1985	34 397 569	100	20 931 017	60,9	13 466 552	39,1
1986	30 337 791	100	19 414 132	64,0	10 923 659	36,0
1987	27 046 594	100	17 287 709	63,9	9 758 885	36,1
Veränderung 1987 gegen-über 1978	-3,4	x	-7,9	x	+5,8	x

Umsatz der eisenschaffenden Industrie 1978 und 1987 nach Wirtschaftszweigen					
Wirtschaftszweig	Umsatz				Veränderung 1987 gegenüber 1978
	1978		1987		
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	
Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke	21 508 256	76,8	20 706 841	76,6	– 3,7
Herstellung von Stahlrohren	4 656 619	16,6	3 632 179	13,4	–22,0
Herstellung von Präzisions- stahlrohren	1 273 861	4,6	1 736 524	6,4	+36,3
Schmiede-, Preß- und Hammerwerke	550 760	2,0	971 050	3,6	+76,3
Eisenschaffende Industrie	27 989 496	100	27 046 594	100	– 3,4

Der nominale Umsatz stieg, getrieben von der Auslandsnachfrage, zunächst bis 1981 auf 32,9 Mrd. DM, um dann im Zuge des allgemeinen konjunkturellen Abschwunges wieder auf 27,3 Mrd. DM zu fallen. Die anspringende Konjunktur in Verbindung mit dem starken Dollar, der die Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten förderte, erbrachte 1985 einen Gesamterlös von 34,4 Mrd. DM. Bis 1987 fiel der Umsatz dann auf 27,0 Mrd. DM zurück.

Bemerkenswert ist, wie stark die Auslandsnachfrage im konjunkturellen Abschwung die Erlössituation stabilisierte. Die Auslandsumsätze erhöhten

sich von 9,2 Mrd. DM 1978 auf 12,3 Mrd. DM 1982 (+33,6 %). Über den gesamten Zeitraum 1978 bis 1987 hinweg stiegen die Auslandserlöse um 5,8 % auf 9,8 Mrd. DM, während die Inlandsumsätze von 18,8 Mrd. DM um 7,9 % auf 17,3 Mrd. DM fielen.

Die absolut und relativ höchste Umsatzeinbuße wurde bei der Herstellung von Stahlrohren verzeichnet. Die Erlöse sanken von 4,7 Mrd. DM um 22,0 % auf 3,6 Mrd. DM. Angesichts der Tatsache, daß es sich hier hauptsächlich um Massenproduktion handelt und zwei Drittel der Produktion in

den Export geht, kam diese Entwicklung nicht überraschend. Hingegen hielt der umsatzstärkste Wirtschaftszweig innerhalb der eisenschaffenden Industrie, die Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke, nahezu das nominale Erlösniveau von 1978. Die Umsätze gingen um 3,7 % auf 20,7 Mrd. DM zurück. Damit wurden auch 1987 von diesem Wirtschaftszweig über drei Viertel aller Erlöse der eisenschaffenden Industrie erzielt.

Positiv war hingegen die Umsatzentwicklung bei der Herstellung von Präzisionsstahlrohren (+36,3 %) und den Schmiede-, Press- und Hammerwerken (+76,3 %).

Energieverbrauch

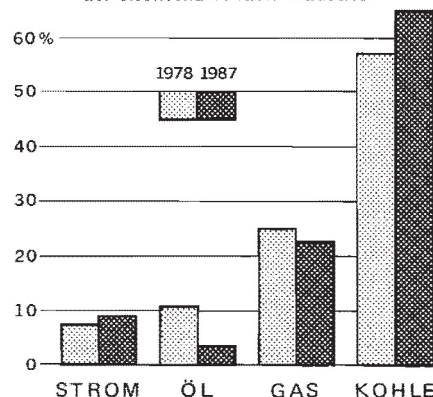
In der eisenschaffenden Industrie ergeben sich gegenüber anderen Wirtschaftszweigen gravierende Unterschiede bei der Nutzung von Energieträgern. Zur Roheisen- und Rohstahlerzeugung wird bei dem Hochofenprozeß Koks als Heizmittel, Reduktionsmittel, Aufkohlungsmittel zur Senkung des Schmelzpunktes und als hochtemperaturfestes Stützgut eingesetzt. Im Laufe der letzten Jahre sind auch Brennstoffe wie Schweröl und Erdgas zum Einsatz gekommen. Derzeit liegt der Brennstoffeinsatz zur Erzeugung von einer Tonne Roheisen bei 450 kg Koks und 20 kg Schweröl. Für die Umwandlung einer Tonne Roheisen in eine Tonne Rohstahl werden darüber hinaus ca. 50 kg Koks benötigt. (Siehe Tabelle Seite 609.)

Aufgrund dieses Energieträgereinsatzes ist es nicht verwunderlich, daß die eisenschaffende Industrie der größte Endenergieverbraucher des Bergbaus und Verarbeitenden Gewer-

bes ist. Der Energieeinsatz belief sich 1987 auf 14,1 Mill. t Steinkohleneinheiten (SKE). Dies entspricht 37,6 % des Gesamtenergieverbrauchs des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes oder 26,6 % des Verbrauchs des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes.

Gegenüber 1978, als der Energieeinsatz noch 19,2 Mill. t SKE betrug, ging der Verbrauch um 26,6 % zurück, wobei er im Zeitablauf eng mit der Produktion korreliert. Recht unterschiedlich entwickelte sich der Einsatz der einzelnen Energieträger. Am stärksten wurde die Verwendung schweren Heizöls eingeschränkt. Hier wurde der Verbrauch um mehr als drei Viertel (76,8 %) gedrosselt. Nach einem Heizwertäquivalent von 2,0 Mill. t SKE 1978 belief sich der Verbrauch 1987 auf 0,5 Mill. t SKE. Auch der Einsatz von leichtem Heizöl wurde von 81 400 t SKE um 48,8 % auf 41 700 t SKE eingeschränkt. Die Nutzung von Erdgas fiel von 2,9 Mill. t SKE auf 1,6 Mill. t SKE (-45,1 %). Der Hauptenergieträger, die Kohle, wurde um 16,8 % von 11,4 auf 9,5 Mill. t SKE zurückgefahren. Auch der Orts-, Kokei- und Ferngas- sowie der Stromverbrauch wurden in ähnlichem Ausmaß (-16,0 % bzw. -10,7 %) auf 1,7 Mill. t SKE bzw. 1,3 Mill. t SKE gekürzt.

Anteil der Energieträger am Energieverbrauch der eisenschaffenden Industrie



Aufgrund der unterschiedlichen Rückgänge ergeben sich zwischen 1978 und 1987 nicht unerhebliche strukturelle Verschiebungen in dem Energieträgereinsatz. Während sich der Anteil von Gas und Strom am Gesamtenergieverbrauch nicht wesentlich änderte, ging der Beitrag von Öl um 7,1 Prozentpunkte auf 3,5 % zurück. Dafür stieg der Anteil von Kohle von 57,1 % auf 64,8 %.

Aktuelle Entwicklung

Die gegenwärtige Entwicklung in der eisenschaffenden Industrie ist leicht widersprüchlich. Während der Gesamtumsatz im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum im 1. Halbjahr 1988 um 13,2 % auf 15,2 Mrd. DM und der Auslandsumsatz um 22,0 % auf 5,6 Mrd. DM stieg, sank die Zahl der Beschäftigten um 5,9 % auf 133 671 Personen. Hingegen stieg der Nettoproduktionsindex um 7,7 % auf 91,4 Punkte. Tendenziell gilt dieses Bild für alle Wirtschaftszweige der eisenschaffenden Industrie. Beschäftigtenrückgängen stehen Umsatz- und Produktionsgewinne gegenüber.

Die Stimmung in der Eisen- und Stahlindustrie ist zuversichtlich. Man erwartet eine hohe Stahlnachfrage für die Lagerhaltung⁷⁾. Das Rheinisch-westfälische Institut für Wirtschaftsforschung rechnet sogar damit, daß bei anhaltendem kräftigem Industriewachstum 1989 eine fühlbare Stahlknappheit eintreten könnte⁸⁾.

7) Vgl. „Hohe Stahlnachfrage für die Lagerhaltung“, FAZ v. 26.7.1988, S. 12.

8) Vgl. Helmut Wienert, „Stahlbericht 1988“, in: RWI-Mitteilungen, Jahrgang 39 (1988), Heft 1, S. 150.

Handwerksverdienste im Mai 1988

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der im nordrhein-westfälischen Handwerk beschäftigten Arbeiter (alle Arbeitergruppen und Gewerbebezüge) war im Mai 1988 mit 16,85 DM um 3,7 % höher als im Mai des Vorjahres. Der Mehrverdienst hatte damals gegenüber Mai 1986 3,0 % betragen.

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Vollgesellen (darunter Vorarbeiter, Meister im Stundenlohn) lag bei 17,39 DM; für Junggesellen wurden 14,51 DM/Std. und für die übrigen Arbeiter 15,01 DM/Std. ermittelt.

Unter den erfaßten Handwerkszweigen verdienten die Zentralheizungs- und Lüftungsbauer mit 17,49 DM (+3,5 % gegenüber Mai 1987) sowie die Schlosser mit 17,44 DM (+3,6 %) am besten; überdurchschnittliche Stundenlöhne waren auch bei den Tischlern (17,38 DM; +4,4 %), den Klempnern, Gas- und Wasserinstallateuren (17,36 DM; +3,6 %) sowie den Elektroinstallateuren (17,11 DM; +5,9 %) zu verzeichnen. Am niedrigsten fielen die Stundenverdienste bei Malern und Lackierern (16,75 DM; +2,3 %) sowie bei Kraftfahrzeugmechanikern (16,27 DM; +3,3 %), Fleischern (15,90 DM; +1,4 %) und Bäckern aus (15,24 DM; +4,0 %).

Bruttostundenverdienste im Handwerk

Steigerung Mai 1988 gegenüber Mai 1987



Bruttojahresverdienste der Arbeiter und Angestellten in der Industrie 1987

Auf durchschnittlich 42 396 DM belief sich 1987 der Bruttojahresverdienst (einschl. Sonderzahlungen, wie Weihnachtsgeld, Gratifikationen, Urlaubsgeld u. ä.) der nordrhein-westfälischen Industriearbeiter. Das waren 2,6 % mehr als 1986; damals hatte der Anstieg gegenüber 1985 3,3 % betragen. Bei den männlichen Arbeitern wurde 1987 ein Verdienstzuwachs um 2,5 % auf 44 121 DM ermittelt; Arbeiterinnen erhielten – auch aufgrund anderer Qualifikations- und Tätigkeitsstrukturen – mit 30 319 DM um 3,4 % mehr Lohn als 1986.

Angestellte in der Industrie Nordrhein-Westfalens verzeichneten 1987 einen Anstieg ihrer Bruttojahresverdienste (einschl. Sonderzahlungen) gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 3,7 % auf 61 116 DM. Während sich die Jahresbezüge der männlichen Industrieangestellten auf 66 533 DM (+3,7 %) beliefen, betrugen die der Frauen im Schnitt 44 156 DM (+3,9 %). Um 4,0 % auf 45 530 DM und damit stärker als in der Industrie stiegen 1987 die Angestelltenverdienste im Dienstleistungsbereich (Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe); hier erhöhten sich die Bezüge der männlichen Angestellten um 3,7 % auf 53 825 DM und die ihrer Kolleginnen um 3,8 % auf 36 377 DM.

Beschäftigung, Umsatz und Exporterlöse in der Industrie im 1. Halbjahr 1988

In den knapp 10 900 nordrhein-westfälischen Industriebetrieben mit 20 und mehr Beschäftigten waren im 1. Halbjahr 1988 durchschnittlich 1,936 Millionen Personen tätig, 15 300 oder 0,8 % weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Lediglich im Verbrauchsgütersektor (+7 600 Beschäftigte; +2,4 %) und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+200 Beschäftigte; +0,2 %) wurden Steigerungen verzeichnet. Hingegen sank die Zahl der tätigen Personen im Bergbau um 7 100 (–4,5 %), im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe um 10 900 (–2,1 %) und im Investitionsgüterbereich um 5 100 (–0,6 %).

Die Umsätze haben sich im 1. Halbjahr 1988 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 7,3 % auf 212,7 Mrd. DM erhöht.

Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe, das 30,4 Mrd. DM umsetzte, verzeichnete eine Erlössteigerung von 9,3 %. Auch im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+8,7 % auf 76,9 Mrd. DM) und in der Investitionsgüterindustrie (+6,9 % auf 77,2 Mrd. DM) wurden kräftige Zuwächse erzielt. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe legte um 4,0 % auf 16,9 Mrd. DM zu, und der Bergbau steigerte sich um 1,4 % auf 11,4 Mrd. DM.

Die Auslandsumsätze der nordrhein-westfälischen Industrie lagen im 1. Halbjahr 1988 bei 63,6 Mrd. DM und damit um 10,4 % höher als im Vergleichszeitraum 1987. Die Exportquote, das Verhältnis von Auslands- zu Gesamtumsatz, erhöhte sich von 29,0 auf 29,9 %.

Außer im Bergbau, dessen Auslandsumsätze um 1,7 % auf 1,1 Mrd. DM abnahmen, erhöhten sich die Exporterlöse in allen übrigen Bereichen. Die höchste Steigerung wurde dabei mit 13,4 % im Verbrauchsgütersektor erzielt. Hier beliefen sich die Auslandsumsätze im 1. Halbjahr 1988 auf 6,6 Mrd. DM. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe stiegen sie um 12,8 % auf 25,8 Mrd. DM, und auch in der ohnehin schon exportintensiven Investitionsgüterindustrie war noch ein Zuwachs von 8,6 % auf 28,9 Mrd. DM zu verzeichnen. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe schlug im Handel mit dem Ausland 1,2 Mrd. DM um, was einer Steigerungsrate von 2,3 % entspricht.

Wahlen in Nordrhein-Westfalen Gegen den Trend?

Das Bundesland Nordrhein-Westfalen kann mit 28,3 % aller Wahlberechtigten (1987) bei Bundestagswahlen ein großes Wählergewicht in die Waagschale werfen. Überdurchschnittliche Stimmenanteile einer Partei in NRW sind von den anderen, konkurrierenden Parteien nur aufzuwiegen, wenn diese in mindestens zwei anderen größeren Bundesländern ihrerseits entsprechend überdurchschnittliche Stimmenanteile zu ihren Gunsten erzielen können.

Der Mehrheitenwechsel im Bundestag sei 1969 – so hieß es damals – vor allem durch die kräftige Trendwende im wählerstarken Nordrhein-Westfalen bewirkt worden. Seit jener Wahl vor rund zwanzig Jahren hat die SPD ihren Vorsprung vor der ehemals führenden CDU in NRW behaupten können, mit einer Ausnahme: 1983.

Aber auch bei den letzten beiden Bundestagswahlen 1983 und 1987, die bundesweit allgemein eine „Wende“, der Wählergunst bewirkten bzw. bestätigten, war in NRW der Wahlausgang für die neue Bonner Koalition schlechter als im Bund insgesamt; 1987 gab es in NRW sogar eine gegenläufige Tendenz zugunsten der SPD.

Stabilisiert sich hier ein besonderes Wahlverhalten in NRW? Und wird dies ggf. vom Wahlverhalten im Ruhrgebiet geprägt?

Im folgenden sollen ausschließlich Ergebnisse von Bundestagswahlen verglichen werden, da nur hierfür ein direkter Vergleich möglich ist.

Faßt man die Bundestagswahlergebnisse nach Ländergruppen zusammen, so zeichnet sich von Anfang an ein gewisser Nord-Süd-Unterschied ab: Die CDU erzielte meist stattliche Mehrheiten in den südlichen Bundesländern¹⁾, derweil die SPD eher in der Gruppe der nördlichen Bundesländer²⁾ Mehrheiten oder überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte. Das Land NRW nahm dabei eine Sonderstellung ein, die durch folgende Sachverhalte gekennzeichnet ist:

- Die auffällige Verschiebung der Stimmenanteile zwischen CDU und SPD, die in diesem Lande in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat und die schließlich für den Regierungswechsel auf Bundesebene im Jahre 1969 von großer Bedeutung war. NRW hat sich damit auch in seinem Wahlverhalten in die Gruppe der „nördlichen“ Bundesländer eingereiht.
- Die Anteilsverschiebung insbesondere in den großstädtischen Ballungsgebieten an Rhein und Ruhr, wo die CDU noch größere Einbußen als in anderen Landesteilen erlitt, derweil die SPD ihre führende Position hier weiter ausbauen konnte.

Diese Verschiebungen werden auf den Abbildungen der folgenden Seiten dargestellt. Zunächst noch ein Blick auf das ...

Stimmengewicht des Landes

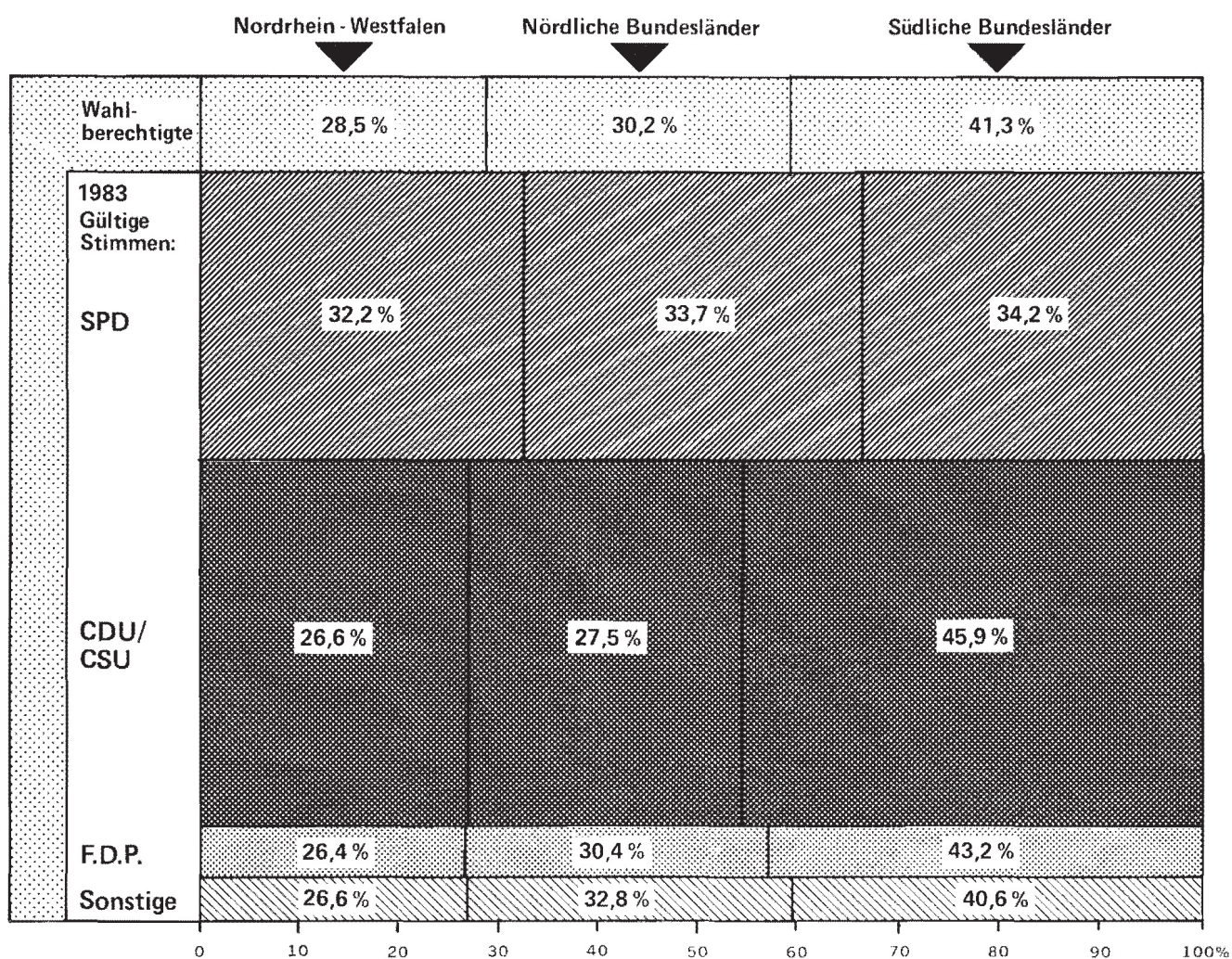
28,7 % aller gültigen Zweitstimmen zur Bundestagswahl wurden 1987 von Bürgern aus NRW abgegeben. Setzt man alle bundesweit für eine jede Partei abgegebenen Stimmen = 100 %:

- so erhielt die SPD 1983 in NRW allein 32,2 % der im Bundesgebiet insgesamt für sie abgegebenen Stimmen, 1987 erhöhte sich der Anteil von NRW sogar noch auf 33,5 % – damit übertrifft der Anteil des Landes für die SPD deutlich den Wähleranteil des Landes in der Bundesrepublik; ein Drittel aller Stimmen für die SPD kam somit aus NRW, mehr als aus Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland zusammen (33,4 %);
- eroberte die CDU zwar 1983 auch in NRW vorübergehend ihre frühere Mehrheitsposition von der SPD zurück, konnte aber mit dieser Entwicklung keineswegs zu ihrem Bundesergebnis aufschließen. Nur 26,6 % der 1983 für sie abgegebenen Stimmen kamen aus NRW (1987 sogar nur 26,0 %); die südlichen Bundesländer zusammen warfen wesentlich mehr Wählerstimmen in die Waagschale der CDU (1987: 46,2 %);
- erreichte die F.D.P. in NRW mit 26,4 % ihrer gültigen Stimmen 1983 und auch 1987 nur einen Wähleranteil, der ebenfalls geringer war als der Anteil des Landes am Wählerpotential des Bundes;
- gilt ähnliches für die restlichen Parteien insgesamt (das sind zuletzt insbesondere die GRÜNEN): 1983 erreichten sie in NRW 26,6 % ihrer Wähler zum Deutschen Bundestag, 1987 sank der Anteil auf 25,0 %.

1) hier: Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland

2) hier: Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Hessen

Der Anteil des Landes an den Wahlberechtigten und
gültigen Stimmen des Bundes bei der Bundestagswahl 1983



Wahlergebnisse in NRW im Vergleich mit dem Bund/Reich insgesamt und mit anderen Bundesländern

Was war, was ist charakteristisch am Wahlverhalten der Bevölkerung im heutigen NRW? Ist das Wahlverhalten im Vergleich mit anderen Bundesländern stabil oder einem deutlichen Wandel unterworfen gewesen?

Reichstagswahlen

Am Beispiel der letzten Reichstagswahl, bei der der Vormarsch der NSDAP noch einmal aufgehalten werden konnte (1932), werden für die wichtigsten Parteiengruppen die Stimmenanteile im Wahlgebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen dargestellt, verglichen mit dem Deutschen Reich insgesamt sowie mit den restlichen Reichsteilen (außer „NRW“).

Das Gebiet des heutigen NRW war für die Nationalsozialisten (29,6 % der Stimmen) offenbar viel schwerer zu erobern als andere Reichsteile, in denen sie 1932 insgesamt bereits 44,5 % erreichten. Im Rheinland und in Westfalen waren immer noch die Hochburgen des Zentrums (29,4 %) und Bastionen der KPD (21,8 %).

Die SPD spielte nach der Spaltung Anfang der 20er Jahre hier eine geringere Rolle (14,0 %). Die politische Linke zusammen (KPD + SPD) hätte 1932 mit 35,8 % zwar auch in „NRW“ ihren größten Stimmenanteil auf sich vereinigen können, sie lag damit aber immer noch um 1,5 Prozentpunkte unter dem für beide Parteien zusammengerechneten Prozentsatz im übrigen Reichsgebiet.

Bundestagswahlen

1976 war die SPD längst stärkste Partei im Lande geworden, mit 46,9 % erzielte sie hier 6,2 Prozentpunkte mehr als in den übrigen Bundesländern insgesamt.

Die CDU, die im Bundesgebiet immer noch vorn lag, erreichte mit 44,5 % in NRW um 5,1 Prozentpunkte weniger als in den übrigen Bundesländern.

F.D.P. und sonstige Parteien zusammen waren in NRW ebenfalls etwas schwächer.

Nach dem Regierungswechsel 1982 war die SPD bei der Wahl 1983 zwar auch in NRW erstmals wieder von der CDU überholt worden, aber die Abstände zu den Ergebnissen im Bund und in anderen Bundesländern sind geblieben bzw. sogar größer geworden. 1987 hat sich der Abstand zu den anderen Bundesländern noch weiter vergrößert, weil die SPD in NRW im Gegensatz zu fast allen übrigen Bundesländern ihren Stimmenanteil noch leicht ausbauen konnte.

In NRW hatte die CDU 1983 mit der „Wende“ gegenüber ihrem Ergebnis von 1976 nicht nennenswert zulegen können. Daß sich auch hier die Mehrheitsverhältnisse 1983 zugunsten der CDU geändert haben, lag mehr an den Verlusten der SPD; mit ca. 4 Prozentpunkten fielen die Verluste der SPD 1983 in NRW allerdings auch nicht höher aus als anderswo. 1987 verlor die CDU in NRW mehr als in den meisten anderen Bundesländern, folglich vergrößerte sich auch der Abstand ihrer Ergebnisse in NRW zu denen in den übrigen Bundesländern und im Bundesgebiet insgesamt.

Die F.D.P. hat 1983 mit –1,4 Punkten gegenüber 1976 in NRW Verluste erlitten, die im Vergleich mit ihren Bundesergebnissen deutlich größer ausfielen. 1987 waren die Gewinne der F.D.P. in NRW ihren Gewinnen auf Bundesebene vergleichbar, der 1983 erreichte Abstand zwischen den Ländergruppen blieb somit bestehen.

Gewinner waren 1987 wie zuvor schon 1983 die GRÜNEN, in NRW allerdings bei beiden Wahlen nicht in gleichem Maße wie im übrigen Bundesgebiet.

Fazit:

NRW ist ein Land mit Wahlvorteilen für die SPD geworden, was wegen der großen Zahl von Mandaten, die auf das Land entfallen, für die Partei von besonderem Gewicht ist.

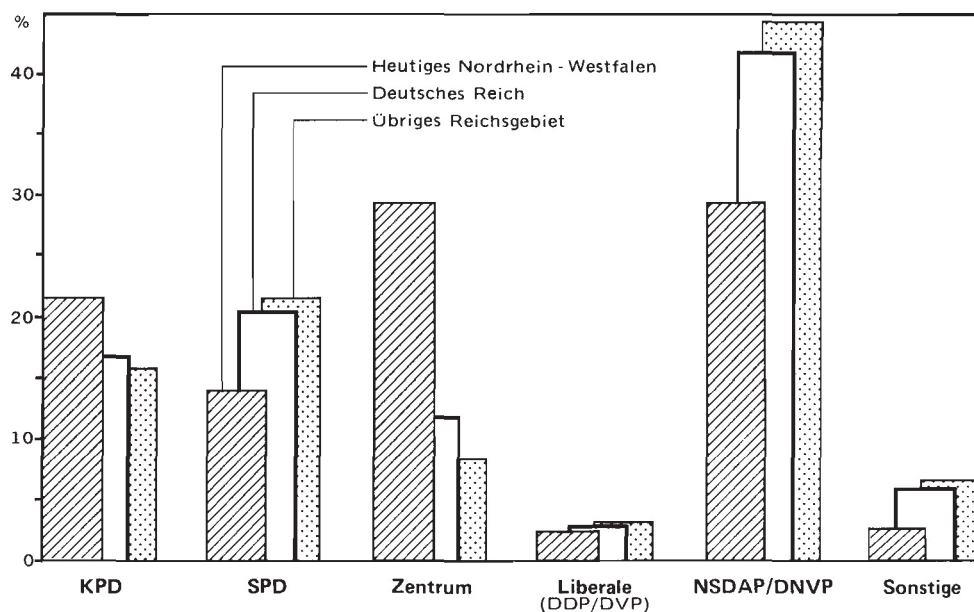
Die früher so starke CDU hingegen mußte, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern, in ihrer früheren „Hochburg“ NRW einen Rückgang von keineswegs kurzzeitiger Bedeutung hinnehmen (wie im folgenden noch gezeigt wird).

Die Liberalen und auch andere kleinere Parteien hatten bislang bei den Wählern in NRW offenbar geringere Chancen als in anderen Ländergruppen. Das System der zwei großen „politischen Lager“, das christlich-bürgerliche einerseits und das sozialdemokratische andererseits, war in NRW von Anbeginn besonders ausgeprägt und ist dies auch heute noch.

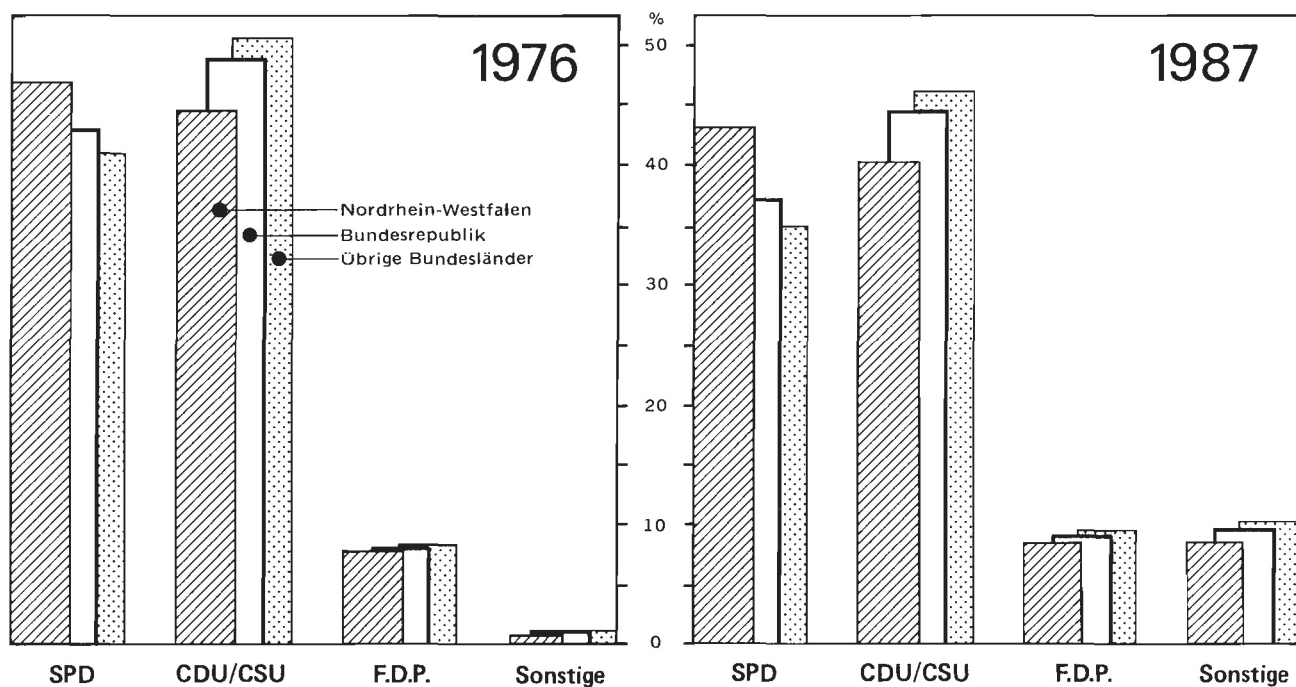
Stimmenanteile bei der Reichstagswahl 1932 und bei den Bundestagswahlen 1976 und 1987

Reichstagswahlen im November 1932

Stimmenanteil der Parteien und Parteiengruppen



Stimmenanteil der Parteien bei den Bundestagswahlen



Wahlergebnisse von 1949 bis 1987

In NRW war der Anteil der Nichtwähler immer etwas geringer als im Bundesgebiet insgesamt, insbesondere geringer als in den südlichen Bundesländern: 1987 um gut 2 Prozentpunkte.

Stimmenanteil der Parteien

Der Stimmenanteil der SPD lag in NRW von 1949 an immer über dem Bundesergebnis. Die Partei verzeichnete bis 1961 jedoch zunächst einen geringeren Zuwachs als in den anderen Ländergruppen – dies obwohl in NRW gleichzeitig ein überdurchschnittliches KPD- Stimmepotential von anderen Parteien zu „beerben“ war.

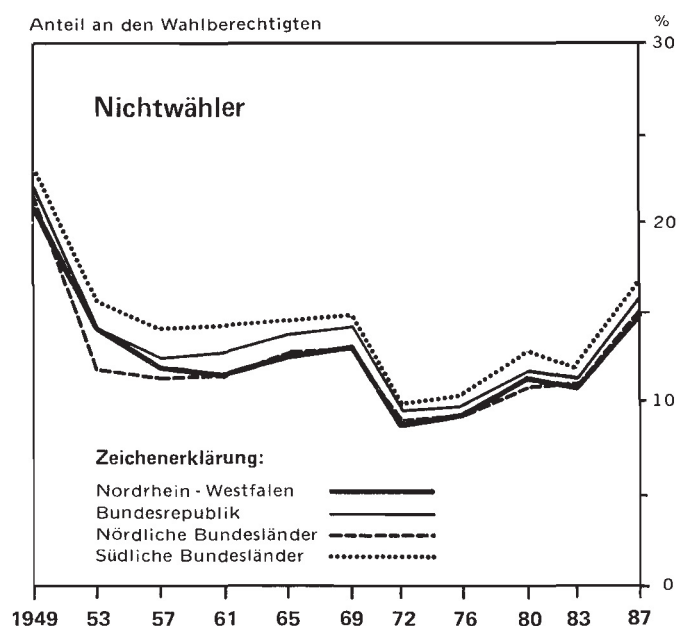
Erst mit dem größeren Zugewinn um 5,3 Prozentpunkte bei der Wahl 1965 glichen sich die SPD-Ergebnisse denen der nördlichen Ländergruppe an. Seit 1969 liegt der SPD-Anteil in NRW ziemlich gleichbleibend um 4 Punkte über dem des Bundes und um mehr als 10 Punkte über dem in den südlichen Bundesländern; bei der Wahl 1987 vergrößerten sich diese Vorsprünge noch einmal auf 6,2 bzw. 13,0 Prozentpunkte.

Die Einstellung zur CDU entwickelte sich in NRW hingegen ganz anders als im übrigen Bundesgebiet. Nach Stimmenanteilen verstärkte sich die CDU bis 1957 hier zunächst wie in den südlichen Bundesländern, um dann bis 1965 auf ihr Anteilsniveau im Bund und in der Folgezeit weiter auf das unterdurchschnittliche Anteilsniveau in den nördlichen Bundesländern abzusinken.

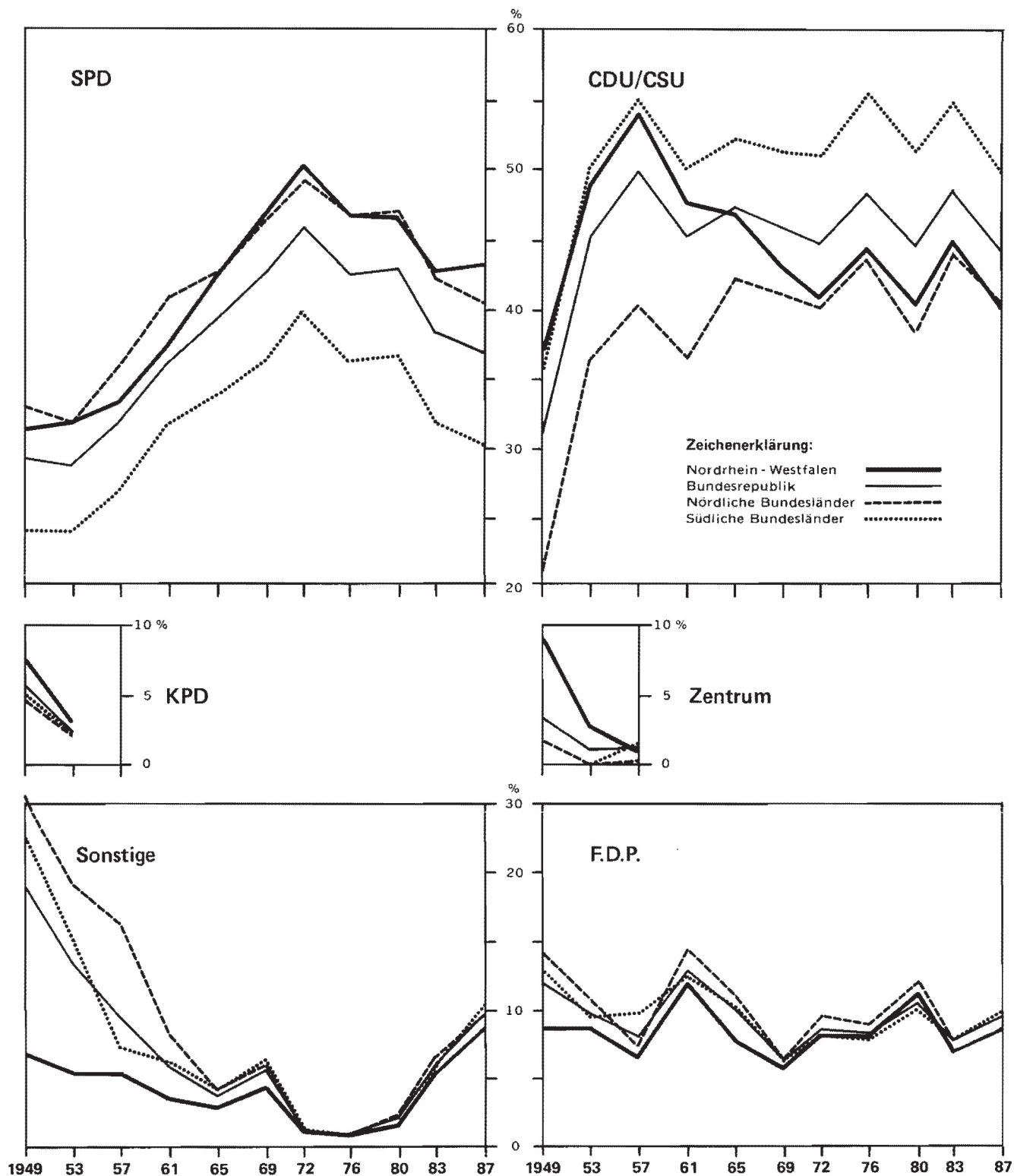
Unter Einschluß der in NRW überdurchschnittlichen Zentrumsanteile fällt die Veränderung im Wählerverhalten gegenüber dem christlichen Lager noch deutlicher aus, denn die Stimmenanteile von CDU und Zentrum zusammen lagen 1949 zunächst um 11,7 Prozentpunkte über den Bundesergebnissen und auch um 10,2 Punkte über den Ergebnissen der südlichen Bundesländer. Das heißt: Das Gebiet des heutigen NRW, früher die Hochburg des politischen Katholizismus, war nach seiner Gründung als eigenes Land zunächst zwar ebenfalls Hochburg der christlichen Parteien – noch vor den südlichen Bundesländern; es hat sich zwischen 1957 und 1972 dann jedoch dem Wahlverhalten der nördlichen Ländergruppe angenähert.

Der Stimmenanteil der F.D.P. lag bis 1972 in NRW zunächst mehr oder weniger deutlich unter den Ergebnissen sowohl der Gruppe der südlichen als auch der übrigen nördlichen Bundesländer. Dann näherte sich ihr Anteil in NRW dem Anteil in den beiden Ländergruppen; in der Zeit der sozial-liberalen Koalition wurde die F.D.P. in NRW vorübergehend sogar stärker als in den südlichen Bundesländern. Seit dem Wechsel des Regierungsbündnisses 1982 änderte sich aber diese Relation wieder zugunsten der südlichen Ländergruppe. Gegenüber der nördlichen Ländergruppe hatte die F.D.P. in NRW immer schlechtere Ergebnisse.

Andere Parteien: Wie schon während der Zeit der Weimarer Republik erzielten Zentrum und KPD nach 1945 in NRW wieder herausragende Stimmenanteile; entsprechend überdurchschnittlich fiel auch ihr Stimmenrückgang in der Folgezeit aus. Die dabei „frei werdenden“ Stimmenanteile schlugen sich aber weder in einem überdurchschnittlichen Anstieg der CDU noch der SPD nieder. Im Gegenteil: Sowohl die südlichen als auch die übrigen nördlichen Länder verzeichneten bis 1961 höhere Stimmengewinne für CDU und SPD als Nordrhein-Westfalen. Dies mag daran liegen, daß „sonstige Parteien“ 1949 in den übrigen Bundesländern einen größeren Vorsprung gegenüber NRW hatten, der in der Folgezeit an andere Parteien abzugeben war, im wesentlichen wohl an die großen Parteien.



Stimmenanteile bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 1987



Die Entwicklung von Nichtwähler- und Stimmenanteilen ist noch einmal in ihrer Abweichung vom jeweiligen Bundesergebnis dargestellt, um die Trends in den verschiedenen Ländergruppen deutlicher voneinander abzuheben.

Die SPD erzielte in NRW, wie in den anderen nördlichen Bundesländern, zwar immer überdurchschnittliche Stimmenanteile, zeigte dabei bis 1965 aber durchaus abweichende Entwicklungstendenzen.

Von 1965 bis 1983 unterscheiden sich die SPD-Ergebnisse dann nur noch wenig vom Gesamtergebnis der übrigen nördlichen Bundesländer. Mit dem Vorrücken der SPD in NRW 1965 prägte sich ein stabiler Nord-/Süd-Gegensatz aus: Die SPD erzielte in NRW, nun im Gleichklang mit den nördlichen Bundesländern, für lange Zeit ungefähr 10 Prozentpunkte mehr als in der südlichen Ländergruppe und 4 Prozentpunkte mehr als im Bund insgesamt. In dem zuletzt erreichten Plus von 6,2 Prozentpunkten bei der Wahl 1987 dürfte sich auch der Bonus des Ministerpräsidenten des Landes als Kanzlerkandidat der SPD ausgedrückt haben.

Augenfällig ist der Vorteilsverlust der CDU in NRW: seit 1957 eine stetige Abkehr vom Wahlmuster der südlichen Bundesländer und Annäherung an das Wahlmuster der nördlichen Bundesländer. Rechnet man die früheren Zentrumsanteile in NRW hinzu, dann zeichnet sich die relative Abwendung von den christlich orientierten Parteien bereits seit 1953 ab: Der Vorteil von 23,1 Prozentpunkten gegenüber den nördlichen Bundesländern 1949 ist in einem stetigen Entwicklungsprozeß bis 1972 auf nur noch 0,6 Punkte zusammengeschmolzen; seitdem hat er die Marke von +2 Punkten nicht mehr überstiegen, 1987 lag das CDU-Ergebnis in NRW erstmals sogar um 0,6 Punkte unter dem in den nördlichen Bundesländern.

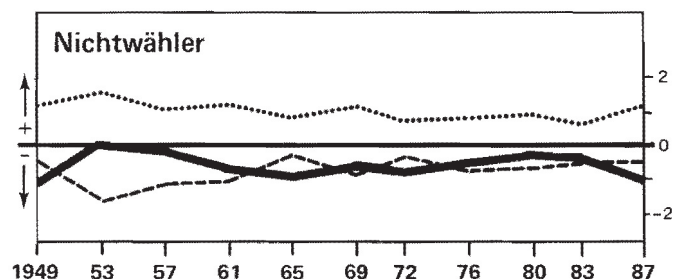
Die unterschiedliche Einschätzung des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU bei der Bundestagswahl 1980 spiegelt sich im gegenläufigen Ausschlag der Entwicklungslinien von nördlichen und südlichen Bundesländern bei dieser Wahl wider. Eine entsprechende Beobachtung ist bei den F.D.P.-Ergebnissen 1980 zu machen:

Die F.D.P., deren Stimmenanteil in NRW traditionell niedriger war als im Bund und insbesondere in den nördlichen Bundesländern, hat in NRW aufgeholt, und zwar aufgrund langfristig größerer Stimmenverluste in den anderen Bundesländern. Nach Bildung einer sozial-liberalen Koalition zunächst in NRW (1966) und später auch auf Bundesebene (1969) hat die F.D.P. in NRW gegenüber den südlichen Bundesländern weiter aufgeholt, 1976 hat sie diese sogar überholt. Seit 1983 haben sich die Vorsprünge wieder umgekehrt.

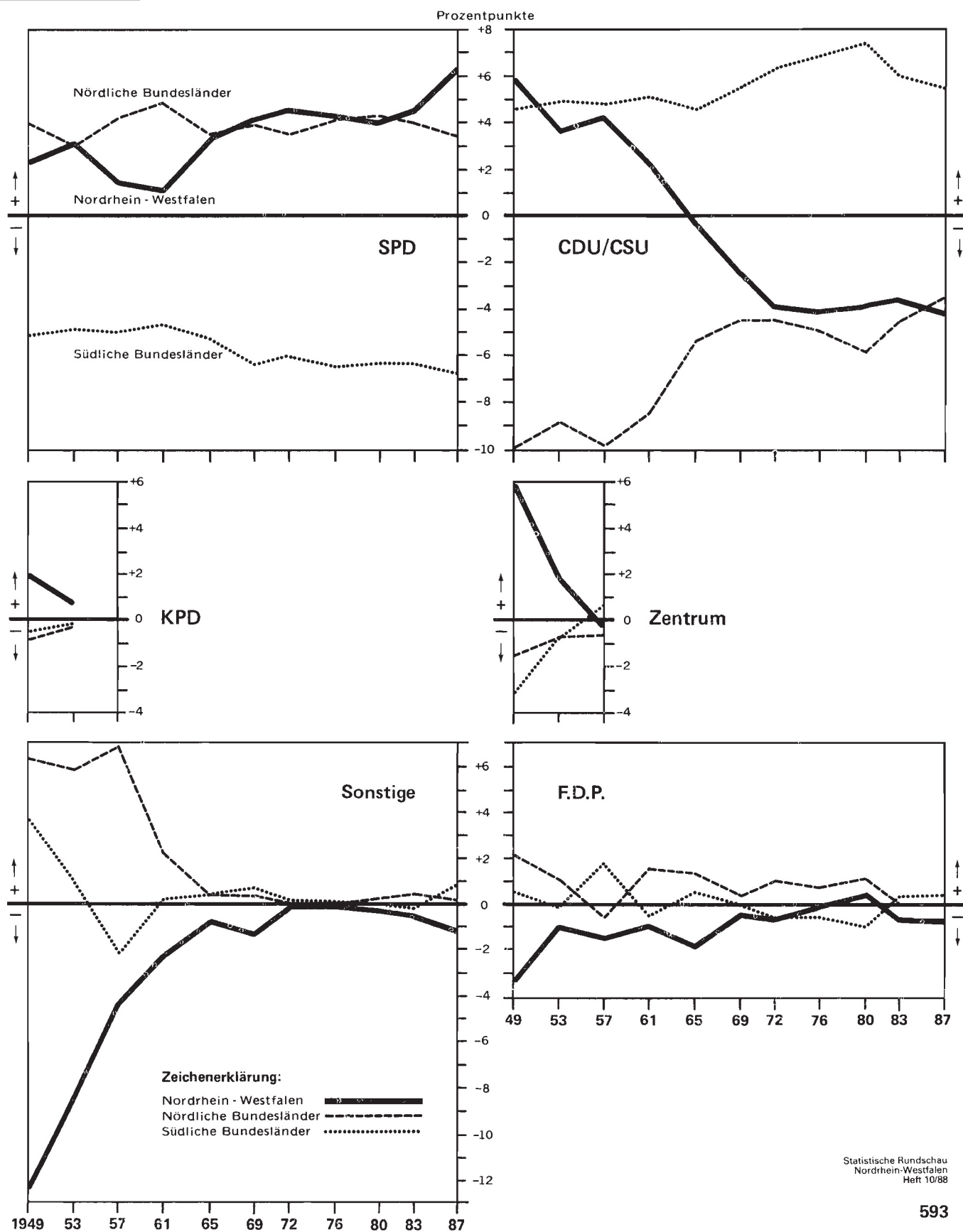
Der Anteil verschiedener „sonstiger Parteien“ neben KPD und Zentrum war bereits bei den ersten Wahlen nach 1945 in NRW vergleichsweise gering. Mit dem bundesweiten Bedeutungsverlust der kleineren Parteien schrumpften naturgemäß auch die Anteilsunterschiede zwischen den Ländern. Dabei lag der Stimmenanteil dieser Parteiengruppe in NRW aber immer unter ihren Ergebnissen in den südlichen und den nördlichen Bundesländern. Dieser Unterschied bildete sich nach dem Aufkommen der GRÜNEN wieder deutlicher heraus.

Die Konzentration auf die beiden großen Parteien war in NRW vor allem während der Anfangsphase größer als im Bundesgebiet insgesamt: 1949 war die Konzentration mit 68,3 % der Stimmen um 8,1 Prozentpunkte höher als auf Bundesebene; bei allgemein zunehmender Konzentration traten die Unterschiede hierin zwischen den Bundesländern zurück. 1987 betrug der Konzentrationsvorsprung des Landes infolge des etwas schlechteren Abschneidens von F.D.P. und GRÜNEN in NRW wieder 2,0 Prozentpunkte.

Abweichung der Anteilswerte vom Bundesergebnis in Prozentpunkten



Abweichungen der Wahlergebnisse vom Bundesergebnis



Wahllandschaft NRW

Die Wahllandschaft NRW unterscheidet sich nicht nur von anderen Bundesländern, auch innerhalb des Landes ist das Wählerverhalten keineswegs einheitlich. Im Gegenteil, NRW ist durch besonders große Unterschiede zwischen den Wahlergebnissen der einzelnen Landesteile gekennzeichnet. Diese Unterschiede erscheinen vor allem geprägt durch die Gegensätze zwischen überwiegend katholischen bzw. evangelischen Landesteilen sowie zwischen ländlichen Gebieten und industriellen Verdichtungsräumen.

Entwicklung der Wahlergebnisse im Ruhrgebiet und in den übrigen Landesteilen

Insbesondere dem Ruhrgebiet wird seit jeher eine Sonderstellung in der Wahllandschaft zuerkannt. Anhand einer groben Unterteilung der regionalen Wahlergebnisse nach den Gebietsgruppen Ruhrgebiet³⁾ und „restliches NRW“ soll der Frage nachgegangen werden, ob die beobachteten Mehrheitsverschiebungen im Lande wesentlich von einem Wählertrend im Ruhrgebiet geprägt oder auch von anderen Landesteilen mitgetragen wurden.

Im Ruhrgebiet lagen die SPD-Ergebnisse von Anfang an über den Landesergebnissen, die der CDU und der F.D.P. lagen darunter. Bei keiner Wahl war es anders; es sind auch keine auffälligen „Ausrutscher“ im besonderen Wahlverhalten der hier unterschiedenen Wahlregionen zu erkennen.

Der Abstand zwischen den Wahlergebnissen im Ruhrgebiet und in den anderen Landesteilen änderte sich im übrigen nicht sprunghaft von einer Wahl zur anderen, sondern stetig. 1949 war die Ergebnisspanne zwischen dem Ruhrgebiet und den übrigen Landesteilen für SPD und CDU noch etwa gleich groß (rund 9 Prozentpunkte), danach wuchs sie für die SPD ziemlich schnell auf rund 15 Prozentpunkte an, für die CDU zunächst langsamer, auf Werte zwischen 13 und 14 Prozentpunkten.

Die F.D.P. erzielte, wie die CDU, im Ruhrgebiet stets unterdurchschnittliche Ergebnisse. Während ihre Stimmenanteile in den übrigen Landesteilen den

Ergebnissen im Bundesgebiet nahe kamen, lagen sie im Ruhrgebiet bis 1965 um 2,5 bis 4 Prozentpunkte unter ihren Bundesergebnissen; dann holte die F.D.P. hier auf. Zuletzt mußte sie aber wieder stärkere Einbußen hinnehmen.

Eine Besonderheit war also die Abstandsvergrößerung zwischen den Wahlergebnissen im Ruhrgebiet einerseits und den restlichen Landesteilen andererseits. Noch bemerkenswerter ist jedoch die Beobachtung, daß die SPD ihre Ergebnisse im Ruhrgebiet über einen langen Zeitraum noch beträchtlich verbessern konnte, obwohl sie hier von Anfang an bereits deutlich über dem Durchschnitt gelegen hatte; die Nivellierungserscheinungen, wie sie bei der Betrachtung von „Hochburgen“-Ergebnissen in der Regel festzustellen sind, haben sich für das Ruhrgebiet erst spät und auf einem relativ hohen Niveau eingestellt.

Abweichungen vom Bundesergebnis

Ähnlich wie bei den Ländervergleichen werden auch die Abweichungen der Resultate in den betrachteten NRW-Regionen von den Bundesergebnissen dargestellt, um die Frage beleuchten zu können, ob die festgestellten Besonderheiten der nordrhein-westfälischen Landesergebnisse vielleicht nur oder vor allem durch die besondere Entwicklung in einer einzelnen Region, dem Ruhrgebiet, verursacht wurden. Welche Bedeutung hatte das Wahlverhalten im Ruhrgebiet für die Entwicklung der Landesergebnisse, insbesondere vor dem Hintergrund der Bundesergebnisse?

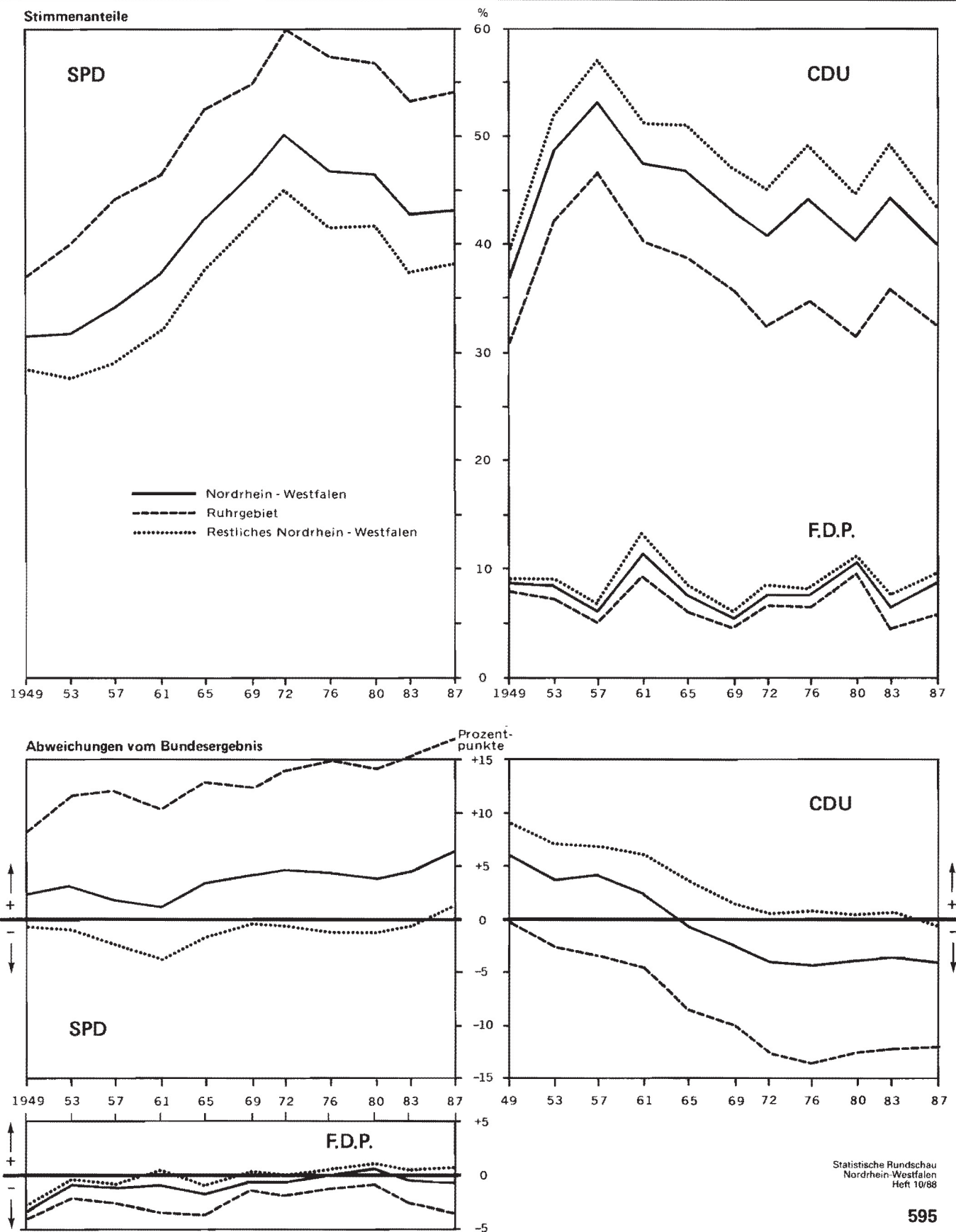
Die Abweichungsdiagramme zeigen zunächst noch einmal deutlicher, wie die Unterschiede der Wahlergebnisse zwischen dem Ruhrgebiet und den restlichen Landesteilen gewachsen sind:

Die SPD konnte ihren Vorteil im Ruhrgebiet seit 1949 um weitere 7 Prozentpunkte ausbauen, in den restlichen Landesteilen lag das SPD-Ergebnis aber, ziemlich gleichbleibend, nahe dem Bundesergebnis. Somit ist die festgestellte spezielle Entwicklung des Wahlverhaltens in NRW für die SPD vor allem auf ihre Ergebnisse im bevölkerungsreichen Ruhrgebiet zurückzuführen.

Die CDU, deren Stimmenanteil 1949 im Ruhrgebiet zunächst fast genau dem Bundesergebnis entsprach, verlor hier gegenüber ihrem Bundesergebnis bis 1976 mehr als 13 Prozentpunkte; in den übrigen Landesteilen sank gleichzeitig ihr Vorsprung von ursprünglich über 8 Prozentpunkten auf nahezu 0 (seit 1972). Die

3) in der räumlichen Abgrenzung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet bzw. des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirks

**Stimmenanteile bei Bundestagswahlen von 1949 bis 1987,
Abweichungen der Ergebnisse für NRW, Ruhrgebiet und übriges NRW
vom jeweiligen Bundesergebnis**



festgestellte Entwicklung des speziellen Wahlverhaltens im Lande – verglichen mit dem Bund – wurde bezüglich der CDU-Ergebnisse also von beiden hier unterschiedenen Bereichen des Landes getragen. Von besonderer Bedeutung ist dabei allerdings der Verlust im Ruhrgebiet: ausgehend von einer unterdurchschnittlichen Position 1957, verlor die CDU bis 1987 im Ruhrgebiet 14,5 Prozentpunkte ihres damaligen Stimmenanteils. Die gleichzeitigen Verluste von 13,5 Punkten in den übrigen Landesteilen wären noch eher damit zu erklären, daß sich hier – wie anderswo auch – die regionalen Vorteile der beiden großen Parteien abschwächen.

Beide Erscheinungen zusammen: Die außerordentlichen Verluste der CDU im Ruhrgebiet sowie ihr Vorteilsverlust zugunsten der SPD in den restlichen Lan-

desteilen tragen die besondere Entwicklung der Wahlergebnisse in NRW.

Die F.D.P. hat in NRW gegenüber ihren Bundesergebnissen deutlich aufgeholt und kam seit 1969 landesweit nahe an diese heran; im Ruhrgebiet blieb sie dagegen immer unter ihrem Bundesergebnis, in den übrigen Landesteilen lag sie seit den 70er Jahren darüber. Nach der Wende 1982 haben sich ihre Wahlergebnisse in den Regionen wieder weiter voneinander entfernt, was überwiegend auf die starken Verluste im Ruhrgebiet zurückgeführt werden kann; hier ging sie von 9,5 % im Jahre 1980 auf 4,5 % im Jahre 1983 zurück.

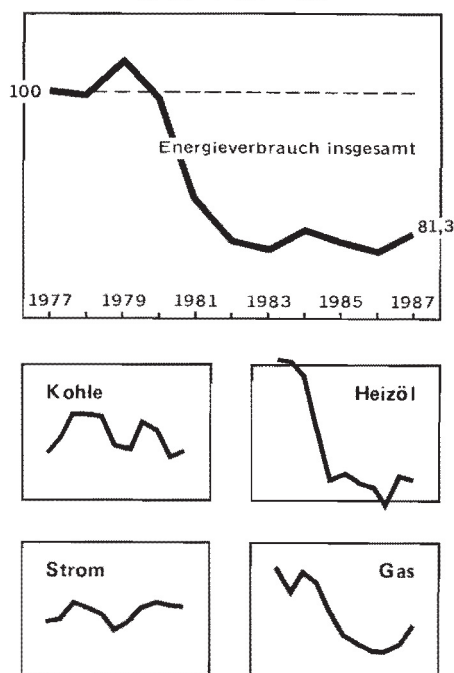
Der Beitrag ist, leicht gekürzt bzw. ergänzt, der Sonderveröffentlichung „40 Jahre Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Dokumentation in Schaubildern zu Themen des Wahlgesehens von 1947 bis 1987“ entnommen (LDS-Bestell-Nr. B98 4 8700, Preis: 13,80 DM).

Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im Juli 1988

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe Nordrhein-Westfalens waren im Juli 1988 preisbereinigt um 0,3 % höher als im Juli 1987. Nach vorläufigen Berechnungen erhöhten sich die Auslandsbestellungen um 2 %, während die Inlandsbestellungen sich um 0,6 % verringerten.

Den kräftigsten Orderschub verzeichneten die Hersteller von Investitionsgütern mit +4 %. Hier stiegen die Auslandsaufträge um 7 % und die aus dem Inland um 2 %. Eine Abnahme um 4 % mußte das Verbrauchsgütergewerbe hinnehmen: Während das Inlandsgeschäft um 4 % zurückging, wurden aus dem Ausland 3 % weniger Bestellungen verbucht als vor Jahresfrist. Ebenfalls rückläufig (–2 %) waren die Aufträge für Grundstoffe und Produktionsgüter. Hier sanken die Auslands- und die Inlandsorders im gleichen Maße.

Energieverbrauch im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1977–1987
Meßziffer 1977=100



Energieverbrauch im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe im 1. Halbjahr 1988

Auf insgesamt 26,8 Mill. t Steinkohleneinheiten belief sich im ersten Halbjahr 1988 der Energieverbrauch der rd. 10 900 nordrhein-westfälischen Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit mindestens 20 Beschäftigten. Davon entfielen knapp drei Viertel (19,3 Mill. t SKE) auf das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe. Innerhalb dieses Bereiches waren die eisenschaffende (7,7 Mill. t SKE) und die chemische Industrie (5,5 Mill. t SKE) die bei weitem größten Energieverbraucher.

Der Bergbau benötigte einen Energieeinsatz von 4,2 Mill. t SKE, während in der Investitionsgüterindustrie 1,5 Mill. t SKE und im Verbrauchsgütersektor 1,2 Mill. t SKE verbraucht wurden. Mit 0,6 Mill. t SKE war der Anteil des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes am Gesamtenergieverbrauch im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe am niedrigsten.

Die Beteiligung an der freiwilligen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988

Gegenstand der Untersuchung

Dieser Beitrag behandelt die spezifische Erhebungsmethode der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und stellt der geplanten Haushaltsbeteiligung die Realität nach der Haushaltswerbung und nach der Feldarbeit in der Mitte des einjährigen Erhebungszeitraums gegenüber.

Anspruch der EVS als Teilerhebung ist es, repräsentative Ergebnisse für die Gesamtheit der privaten Haushalte zu liefern. Da die Abbildung der wirtschaftlichen Situation der Haushalte als ausgesprochen sensibel gilt, ist Freiwilligkeit der Auskunftserteilung in der EVS vorgeschrieben.

Das Auswahlkonzept weist verschiedene Beschränkungen auf: Die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften ist nicht einbezogen; sie bildet keine privaten Haushalte im Sinne von zusammenlebenden und –wirtschaftenden Einheiten. Haushalte mit sehr hohen Einkommen (das sind monatliche Haushaltsnettoeinkommen über 25 000 DM) werden systematisch nicht berücksichtigt. Haushalte von Ausländern waren bisher nicht beteiligt, weil Erhebungsprobleme bekannt waren oder befürchtet wurden. Sie sollten an der EVS 1988 erstmals mitwirken. Aus finanziellen Gründen war jedoch zunächst nur eine testweise Einbeziehung möglich. Der Test wird zeigen, ob die bisher für unüberwindlich gehaltenen Probleme der Verständigung, die vor allem die Erhebungspapiere betreffen und Voraussetzung für systematische Anstrengungen sind, gelöst werden können, um künftig eine erfolgreiche Teilnahme ausländischer Haushalte (ggf. aufgegliedert nach Nationalitäten) zu gewährleisten.

Auswahlverfahren

Die Auswahlmethode der vom Gesetz her auf 0,3 % der privaten Haushalte begrenzten Teilerhebung ist das Quotenverfahren. Die Quotenmerkmale sind: Die soziale Stellung der Bezugsperson im Haushalt (früher: des Haushaltsvorstands), die Haushaltsgröße und das monatliche Haushaltsnettoeinkommen. Auswertungen der EVS 1983 zeigen, daß das Merkmal „Soziale Stellung“ keine besondere Bedeutung mehr für den Untersuchungsgegenstand aufweist.

Die Ausprägungen der Quotenmerkmale sind aus den Tabellen 1 bis 3 ersichtlich. Die Landwirte sind mit 143 Haushalten (0,9 %) zahlenmäßig gering vertreten; sie wurden in dieser Darstellung mit den Selbständigen zusammengefaßt.

Die Kombination der Merkmalsausprägungen führt zu insgesamt 180 Quoten. 30 Quoten fallen aus, weil für die Landwirte das Merkmal „Einkommen“ nicht vorliegt. Statt die statistische Gesamtheit nach den Quoten zu gliedern, wird die 1 %-Bevölkerungsstichprobe „Mikrozensus“ als Referenzstatistik herangezogen. Der jährlich durchgeführte Mikrozensus ist unter zeitlichen Aspekten die optimale Lösung für die EVS-Auswahl. Ausnahmsweise lagen für die aktuelle EVS die Mikrozensus-Ergebnisse erst für das Jahr 1985 vor.

Die Quoten bilden das Erhebungssoll. Ihre Verwirklichung bei der Erhebung soll die Repräsentativität dieser Statistik sichern. Bei der laufenden Erhebung wird ein Satz von durchschnittlich 0,25 % realisiert. Die einzelnen Auswahlsätze weichen davon ab. Kriterium für die Bestimmung ihrer jeweiligen Größe sind das Gewicht der einzelnen Haushaltsgruppen und die Erfahrungen über ihre frühere Teilnahmebereitschaft. Regionale Gesichtspunkte sieht die Auswahl nicht vor. Zwar werden die Quoten in der

Gliederung nach Gemeindegrößenklassen nachgewiesen, eine Kombination mit den anderen Quotenmerkmalen und eine danach spezifizierte Erhebungsvorschrift besteht aber nicht. Die Werbung wird in Nordrhein-Westfalen jedoch über die Fläche verteilt, so daß ungewöhnliche Klumpungen vermieden werden.

Der Übersichtlichkeit halber werden in diesem Beitrag Ergebnisse für die drei Hauptgruppen statt für die Gesamtheit der Quoten nachgewiesen.

Das Erhebungssoll der EVS 1988 war mit 15 232 Haushalten vorgegeben. Die Tabellen 1 bis 3 zeigen jeweils in den ersten Spalten die Struktur der Soll-Haushalte nach der sozialen Stellung der Bezugsperson, nach der Haushaltsgröße und nach dem Haushaltsnettoeinkommen.

Tabelle 1 weist als größte Gruppe die der Nichterwerbstätigen – Haushalte (31,3 %) aus. Angestellte (27,6 %) und Arbeiter (22,8 %) stellen mit ihren Haushalten etwa die Hälfte des Solls, während Beamte (11,2 %) und Selbständige (7,1 %) in deutlich geringerem Maße in die Erhebung einzubeziehen sind.

Tabelle 2 zeigt, daß die Zweipersonenhaushalte (27,7 %) am stärksten vertreten sind. Sie haben aber nur ein leichtes Übergewicht gegenüber den Einpersonenhaushalten (26,6 %). Haushalte mit drei Personen machen die drittgrößte Gruppe (21,8 %) aus. Nur etwa ein Sechstel der Haushalte umfaßt vier Personen (16,5 %), während 7,4 % „Großhaushalte“ (mit 5 und mehr Personen) für die Mitarbeit zu gewinnen waren.

Tabelle 3 ist schwieriger zu interpretieren. 2 067 Haushalte fallen aus dem Erhebungssoll heraus, da überwiegendes Einkommen aus der Landwirtschaft im Mikrozensus nicht erfragt

wird, und zudem einige Haushalte im Mikrozensus keine Angabe zum Einkommen machen. Die Struktur dieses partiellen „Non Response“ ist nicht bekannt. Unter den genannten Einschränkungen sind im Erhebungssoll die beiden Einkommensklassen zwischen 1 600 DM und 3 000 DM mit 22 % und 22,1 % am stärksten vertreten. Die Verteilung zeigt einen höheren Anteil bei den Einheiten mit Haushaltsnettoeinkommen zwischen 3 000 und 4 000 DM (18 %) im Vergleich zu Haushalten in der Kategorie 1 000 bis 1 600 DM (15,3 %). Weniger als ein Sechstel der Haushalte verteilen sich auf die beiden einkommensstärksten Klassen über 4 000 DM, nur 7,1 % bleiben unter 1 000 DM Nettoeinkommen im Monat.

Beteiligung nach der Werbung

Die EVS als freiwillige Statistik muß durch Werbung und Öffentlichkeitsarbeit Haushalte in jeder Quote entsprechend der Sollzahl gewinnen. Wie oben ausgeführt, wären unter dieser Voraussetzung die methodischen Ansprüche an diese Teilerhebung erfüllt; die allgemeine Aussagefähigkeit der Ergebnisse – im Rahmen des definierten Gültigkeitsbereichs – wäre gegeben.

Bei den Werbeaktivitäten für eine EVS, die wegen der Freiwilligkeit der Teilnahme mit Ausfällen zu rechnen hat, ist zu berücksichtigen, daß die Quoten zunächst kräftig überschritten werden müssen, um trotz der Absagen das Erhebungssoll auf Dauer zu wahren.

Im Herbst 1987 wurden 340 000 Werbebriefe versandt. Etwa 10 000 wurden an Haushalte adressiert, die bis zum Schluß an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 beteiligt waren, rd. 63 000 Adressen wurden

Haushalte nach sozialer Stellung der Bezugspersonen								
Soziale Stellung der Bezugspersonen	Erhebungssoll ¹⁾		Erhebungssist					
			Start			30. 6.		
	Anzahl	%	Anzahl	%	in % des Solls	Anzahl	%	in % des Solls
Selbständiger ²⁾	1 088	7,1	1 439	6,3	132	625	4,6	58
Beamter ³⁾	1 699	11,2	2 540	11,1	150	2 105	15,5	124
Angestellter ⁴⁾	4 196	27,6	5 787	25,3	138	4 157	30,6	99
Arbeiter ⁵⁾	3 480	22,8	4 479	19,6	129	2 299	16,9	66
Nichterwerbstätiger ⁶⁾	4 769	31,3	8 603	37,7	180	4 416	32,4	56
Insgesamt	15 232	100	22 848	100	150	13 602	100	89

1) Erhebungssoll ohne ausländische Haushalte und Einpersonenhaushalte mit weiterem Wohnraum – 2) Selbständiger, Landwirt, mithelfender Familienangehöriger – 3) Beamter, Richter, Soldat – 4) Angestellter, kaufmännisch-technisch Auszubildender – 5) Arbeiter, Heimarbeiter, gewerblich Auszubildender – 6) Nichterwerbstätiger, Arbeitsloser

Haushalte nach Haushaltsgröße*)								
Haushalte mit ... Personen	Erhebungssoll ¹⁾		Erhebungssist					
			Start			30. 6.		
	Anzahl	%	Anzahl	%	in % des Solls	Anzahl	%	in % des Solls
1	4 050	26,6	6 027	26,4	149	2 745	20,2	68
2	4 214	27,7	7 121	31,2	169	4 393	32,3	104
3	3 314	21,8	4 294	18,8	130	2 778	20,4	84
4	2 520	16,5	3 685	16,1	146	2 592	19,1	103
5 und mehr	1 134	7,4	1 721	7,5	152	1 094	8,0	96
Insgesamt	15 232	100	22 848	100	150	13 602	100	89

*) private Haushalte ohne Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften. – 1) Erhebungssoll ohne ausländische Haushalte und Einpersonenhaushalte mit weiterem Wohnraum

Haushalte nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen								
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Erhebungssoll ¹⁾		Erhebungssist					
			Start			30. 6.		
	Anzahl	%	Anzahl	%	in % des Solls	Anzahl	%	in % des Solls
unter 1 000	936	7,1	1 944	8,5	208	718	5,3	77
1 000 – 1 600	2 009	15,3	3 245	14,2	162	1 333	9,8	66
1 600 – 2 200	2 906	22,0	4 668	20,4	161	2 386	17,5	82
2 200 – 3 000	2 912	22,1	5 150	22,6	177	3 353	24,7	115
3 000 – 4 000	2 366	18,0	3 982	17,4	168	2 965	21,8	125
4 000 – 5 000	1 076	8,2	2 122	9,3	197	1 630	12,0	151
5 000 und mehr	960	7,3	1 737	7,6	181	1 217	8,9	127
Insgesamt	13 165	100	22 848	100	150	13 602	100	89

1) Erhebungssoll ohne 2 067 Haushalte mit überwiegendem Einkommen aus landwirtschaftlichem Betrieb und „ohne Angabe“ zum Einkommen

– auf der Grundlage einer Rechtsvorschrift – aus der Mikrozensus-Erhebung genommen, rd. 267 000 Adressen stammten aus amtlichen Adreßbüchern.

Es trafen rd. 24 200 Zusagen ein. Das war ein Anteil von 7,1 % an den ausgesandten Werbebriefen (1983:

5,6 %, 1978: 7,8 %). Zusammen mit rd. 2 300 Zusagen als Reaktion auf die indirekte Werbung in den Medien bezifferte sich der Werbeerfolg somit auf 26 500 Einverständniserklärungen. Das waren Vordrucke, auf denen die für den Haushalt zutreffenden Ausprägungen der Quotenmerkmale ausgefüllt waren.

Der Anstieg positiver Reaktionen auf die Werbemaßnahmen im Vergleich zu 1983 kann das Ergebnis einer „Mobilisierung“ von Teilen der Bevölkerung für die Statistik sein, die nach den Diskussionen um die Volkszählung auch in anderen Bereichen erkennbar ist.

Allerdings waren diese Zusagen wenig stabil. In einem bisher nicht gekannten Ausmaß wurde das Beteiligungsversprechen anlässlich des ersten Besuchs des Interviewers zurückgenommen. So mußte die erste Überlegung, den Zuschlag zum Erhebungssoll an den rd. 3 300 Absagen bei der EVS 1983 zu orientieren und für 1988 rd. 20 000 Haushalte zu Interviewerbezirken zusammenzustellen, revidiert werden, da die Gefahr bestand, daß rd. 3 000 Haushalte bereits zu Beginn absagen würden.

Schließlich wurden 22 848 Haushalte unter Berücksichtigung der Sozialstruktur in die EVS 1988 einbezogen. Das Erhebungssoll lag somit um 50 % über dem Soll.

Die Tabellen 1 bis 3 geben die absoluten Werte, die Strukturen und das „Übersoll“ für die Gesamtheit der Haushalte wieder, die Tabelle 4 Werte für ausländische Haushalte (ein Soll war hier nicht vorgegeben).

Tabelle 1 zeigt, daß 80 % mehr Haushalte von Nichterwerbstätigen und 50 % mehr von Beamten einbezogen wurden. Haushalte von Selbständigen und Arbeitern standen nur in dem Maße für die Erhebung zur Verfügung wie sie geworben worden waren (Selbständige 132 %, Arbeiter 129 %). Bei Angestellten-Haushalten wurde mit einer Reserve von 38 % kalkuliert. Die aufgezeigten Strukturverschiebungen sind also beim Start in eine EVS unvermeidlich.

Gemäß Tabelle 2 erwiesen sich die Reserven bei Zweipersonenhaushalten (169 %) als besonders hoch, bei den „Großhaushalten“ (152 %) und den Einpersonenhaushalten (149 %) lagen sie in etwa im Durchschnitt. Das gilt mit 146 % auch noch für Haushalte mit einer Größe von vier Personen, während Dreipersonenhaushalte mit einem Plus von 30 % weniger gut beteiligt waren.

Die Situation beim Start in die EVS zeigt hinsichtlich der Haushaltsnettoeinkommen recht gute Übereinstimmung mit den Sollwerten (die – wie oben gesagt – allerdings nur eingeschränkt gültig sind).

Wegen der verkleinerten Ausgangsmasse des Solls sind die Zuschläge zu hoch; immerhin zeigen sie, daß Haushalte mit dem kleinsten hier nachgewiesenen Einkommen (unter 1 000 DM) sowie in den beiden höchsten Einkommensklassen (über 4 000 DM) nach der Werbung besonders gut vertreten sind.

Nahezu alle ausländischen Haushalte wurden mittels Direktwerbung durch die Werbebriefe gewonnen. Tabelle 4 weist aus, daß türkische Haushalte (404), italienische (111) und jugoslawische (100) die meisten Zusagen einschickten. Da in Nordrhein-Westfalen 265 ausländische Haushalte testweise zu befragen waren, sich jedoch insgesamt 1 062 meldeten und alle einbezogen wurden, war das „Übersoll“ zunächst beträchtlich.

Absagen

Bei der EVS gelingt es weder, mit allen Haushalten, die ihre Beteiligung zugesagt hatten, in die Erhebung zu starten (d. h. zum Grundinterview zu kommen), noch, sie über das Erhebungsjahr hinweg zum Durchhalten zu bewegen. Absagen kommen vereinzelt auch noch anlässlich des Schlußinterviews vor.

Bei etwa 6 700 Haushalten kam bereits das Grundinterview nicht zustande; bis zur Jahresmitte fielen insgesamt 9 246 Haushalte aus. Danach stabilisierte sich die Gesamtheit der teilnehmenden Haushalte. Bei der EVS 1983 hatte die Anzahl der Absagen über das gesamte Jahr lediglich 3 300 betragen.

Tabelle 1 zeigt die Auswirkungen der Absagen auf die Haushalte nach ihrer sozialen Stellung. Nichterwerbstätige hatten das mit Abstand größte „Übersoll“. Die Beteiligung dieser Gruppe schrumpfte bis zum 30. Juni auf fast die Hälfte des Solls (56 %). Bei den Selbständigen waren die Reserven von vornherein geringer; die Absagen führten auch hier beinahe zur Halbierung des Solls (58 %). Nur noch zwei Drittel der geplanten Anzahl der Arbeiter-Haushalte unterstützten die EVS in der zweiten Hälfte des Jahres. Wie bereits bei den letzten Erhebungen sind die Beamten-Haushalte die treuesten EVS-Teilnehmer; sie überschritten das Erhebungssoll zur Jahresmitte um rd. ein Viertel, während die Haushalte mit Angestellten als Bezugspersonen noch fast vollständig repräsentiert waren (99 %).

Tabelle 2 zeigt, daß die sehr mobilen, vom Interviewer schwer zu erreichenden Einpersonenhaushalte auf zwei Drittel (68 %) des Niveaus der Soll-Haushalte zurückfielen. Dreipersonenhaushalte waren angesichts der relativ kleinen Reserve beim Start nicht allzuweit vom Soll entfernt (84 %), während die Absagen bei den anderen Haushaltsgrößen etwa zu den Sollwerten führten.

Tabelle 3 mit der Einkommensgliederung weist aus, daß die Absagen die unteren Einkommensklassen zum Teil beträchtlich geschwächt haben (in der Klasse 1 000 bis 1 600 DM Haushaltsnettoeinkommen am stärksten). Vergleichsweise gut vertreten bleiben

die „wohlhabenderen“ Haushalte mit Einkünften in den Klassen über 3 000 DM, besonders in der Kategorie 4 000 bis 5 000 DM blieben selbst nach den Absagen viele Haushalte in der Statistik.

Die ausländischen Haushalte (Tabelle 4) verzeichneten Abgänge um rd. zwei Drittel. Bei einem Bestand von 334 Haushalten am 30.6. ist zwar die Vorgabe von 265 Haushalten, die zur Erprobung des Erhebungsablaufs einzubeziehen waren, noch nicht unterschritten, jedoch ist dieser Wert nicht mehr weit entfernt. Haushalte mit Bezugspersonen aus Österreich und den Niederlanden haben aus verständlichen Gründen nur in relativ geringem Umfang abgesagt, dagegen liegen die Absagen der italienischen, griechischen, spanischen und türkischen Haushalte bei ca. drei Viertel der ursprünglichen Gesamtheiten. Türkische Haushalte waren mit einer absoluten Zahl von 404 zu Beginn der EVS vertreten, sie stellen selbst nach den beträchtlichen Absagen mit 108 noch die größte Gruppe der ausländischen Teilnehmer an der EVS.

Ausländische Haushalte nach Staatsangehörigkeit der Bezugsperson				
Staatsangehörigkeit der Bezugsperson	Erhebungsst	Absagen		Erhebungsst
	Start	bis 30. 6.		30. 6.
	Anzahl	Anzahl	in % des Erhebungsst Start	Anzahl
Griechenland	78	59	75,6	19
Italien	111	84	75,7	27
Jugoslawien	100	71	71,0	29
Marokko	42	34	81,0	8
Niederlande	50	20	40,0	3
Österreich	29	8	27,6	21
Polen	24	12	50,0	12
Portugal	22	14	63,6	8
Spanien	52	39	75,0	13
Türkei	404	296	73,3	108
Übriges Ausland	150	91	60,7	59
Insgesamt	1 062	728	68,5	334

Absagen von deutschen und ausländischen Haushalten nach Absagegründen				
Absagegründe	Deutsche		Ausländische	
	Haushalte			
	Anzahl	%	Anzahl	%
Fortzug	448	5,3	58	8,0
Leichter vorgestellt	1 265	14,8	118	16,2
Krankheit, Tod	1 043	12,2	16	2,2
Zu persönlich	823	9,7	36	5,0
Zu umfangreich	2 151	25,3	145	20,0
Kein Interesse	2 072	24,3	126	17,3
Zu alt	363	4,3	4	0,5
Keine Verständigung	52	0,6	199	27,2
Keine Angabe	301	3,5	26	3,6
Insgesamt	8 518	100	728	100

Absagegründe

In Nordrhein-Westfalen sollten die Interviewer zusätzlich zu der Absage eines Haushalts dessen Begründung für die Absage nennen.

In Tabelle 5 sind die einzelnen Absagegründe für die deutschen sowie für die ausländischen Haushalte nachgewiesen. Von den deutschen Haushalten wurden die Gründe „Anschreibungen zu umfangreich“ und „kein Interesse an der Mitarbeit“ mit etwa je einem Viertel aller Äußerungen am meisten genannt. Die Gründe „Mitarbeit leichter vorgestellt“ (14,8 %) und „Krankheit, Tod“ (12,2 %) folgten mit deutlichem Abstand und ergaben mit den vorgenannten Gründen zusammen drei Viertel aller Äußerungen. In

die Kategorien „Angaben zu persönlich“, „Fortzug“ und „zu alt“ hatten die Interviewer (in dieser Reihenfolge) weitere wichtige Gründe für das Ausscheiden von Haushalten eingeordnet.

Bei den ausländischen Haushalten überwog der Grund „keine Verständigung“ (27,2 %). Auch hier wurden die zu umfangreichen Anschreibungen, das fehlende Interesse und die leichtere Vorstellung von der Aufgabe der Haushaltsbuchführung (in dieser Reihenfolge) als weitere wichtige Ursachen für das Ausscheiden genannt.

Weshalb ziehen Haushalte – besonders zu Beginn der Erhebung – in so erstaunlich hohem Maße ihr Einverständnis zur Mitwirkung zurück, so

daß die Erfüllung der Quoten regelmäßig und bundesweit als vorläufig angesehen werden muß? Welche Maßnahmen erscheinen geeignet, um diese gravierenden negativen Umstände einer freiwilligen Erhebung zu mildern?

Eine Ursache für Absagen könnte darin liegen, daß zwischen der Werbeaktivität und dem Beginn der Interviewtätigkeit zuviel Zeit vergeht. Diese Zeitspanne hat sich allerdings gegenüber früher verkürzt. Durch die Nutzung der technischen Organisationsmittel wie maschineller Adressierung der Schriftstücke und Versand mittels automatisierter Poststraße betrug sie

in Nordrhein-Westfalen für die meisten Haushalte inzwischen weniger als drei Monate. Die „klassische“ Ablauforganisation mit der Notwendigkeit des Interviewereinsatzes am Jahresbeginn und einer quotenspezifischen Zuordnung der Monate, in denen die Haushalte „Komplett-Anschreibungen“ durchführen mit dem Zwang zur rechtzeitigen Signierung und Datenerfassung der Quoten, läßt es – bei den gegebenen Ressourcen – nicht zu, diese Zeit weiter zu verkürzen. Grundsätzliche Änderungen wie die geplante Herausnahme und eigenständige Erhebung der „Komplett-Anschreibungen“ von Nahrungs- und Genußmitteln sind ein positiver Ansatz, der der EVS auch aus anderen Gründen einen beträchtlichen Gewinn bringen würde.

Bedeutsamer für Friktionen am Beginn der Erhebung sind vermutlich Urlaubs- und Ferienzeiten sowohl der Interviewer als auch der Haushalte, so daß die Abstimmung der Besuchszeiten für das Eingangsinterview zu Problemen führt. Bei zunehmender Dauer der Erhebung sind Terminabsprachen jedoch meist vorgeschobene Hindernisse; sie kaschieren eher andere Absagegründe, mit denen die Fortführung der Arbeit eingestellt werden soll. Eine zeitliche Entzerrung bei Erhebungsbeginn könnte gewinnbringend sein. Da der Interviewerstab im Herbst weitgehend rekrutiert ist und auch Teilnahmeerklärungen in großer Zahl vorliegen, könnte mit Interviews bereits begonnen werden. Es müßte methodisch vertretbar sein, z. B. für die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern einen Zeitrahmen als Bezugsgröße zu definieren.

Ein wichtiges Phänomen für die Absagesituation ist die Spontaneität der Zusagen vieler Haushalte. Eine oft mangelnde Abstimmung der einzelnen Haushaltsmitglieder führt dazu,

daß sich die Zustimmung eines einzelnen nach Diskussionen im Haushaltsverband nicht aufrechterhalten läßt. In solchen Fällen wird oft bestritten, überhaupt jemals eine Einverständniserklärung abgegeben zu haben.

Präsentation und Inhalt der Werbe- und Informationsmaterialien könnten Anlaß für Mißverständnisse sein. Es ist kritisch zu prüfen, ob die Bevölkerung hier nicht sehr stark gefordert wird. Wenn die gedruckten Texte zu umfangreich und zu schwierig sind und daher nicht die notwendige Aufmerksamkeit finden, bleibt das Informationsdefizit der Haushalte groß. Es muß weiter intensiv an Inhalten und Layouts gearbeitet werden, um größere und dauerhafte Akzeptanz zu erreichen.

Bei allen Bemühungen ist aber nicht zu übersehen, daß es Grenzen gibt, schriftlich-abstrakt Vorstellungen von der Zeit- und Arbeitsbelastung einer EVS zu vermitteln. Es ist interessant, daß das Frageprogramm des Mikrozensus überschätzt, das der EVS unterschätzt wird. Während der Mikrozensus-Interviewer aber im Falle einer eher negativen Erwartungshaltung die Befragung relativ schnell und für das betreffende Jahr endgültig abschließt, bringt der EVS-Interviewer zum Grundinterview das erste Anschreibungsheft mit und muß auf ein noch wesentlich umfangreicheres, das im „Feinanschreibungsmonat“ zu bearbeiten ist und alle Käufe von Nahrungs- und Genußmitteln aufnimmt, verweisen. Da die Zusage des EVS-Haushalts wegen der Freiwilligkeit der Teilnahme keine Bindungswirkung hat, fällt es in dieser Situation nicht schwer, die Beteiligung abzusagen, noch ehe die Arbeit einsetzt.

Absagen anläßlich der Durchführung des Schlußinterviews lassen sich fast alle damit erklären, daß bei dieser Gelegenheit die Vermögenssituation des Haushalts eingehend erfragt wird,

und dies bei der Einverständniserklärung zur Mitwirkung vorher nicht abzusehen war.

Die Tatsache, daß einige Haushalte das Schlußinterview im Wege der Selbstausfüllung bearbeiten, sollte jedoch nicht zu der Schlußfolgerung verleiten, daß diese Erhebungsform für die gesamte EVS erfolgversprechend sei. Ohne Interviewer ist die EVS nicht vorstellbar. Nur der Interviewer ist in der Lage, Ablauf und Inhalte der Erhebung zu erläutern, die Frageprogramme zu Beginn und am Ende der Erhebung gezielt und zeitsparend zu absolvieren, sich um die Abholung der Bücher zu kümmern und während der Erhebung dem Haushalt mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Ob und in welchem Maße er bei höherer Entschädigung zum Beispiel mehr älteren alleinstehenden Personen beim Ausfüllen der Bücher helfen würde und damit Absagen dieser Gruppe von Haushalten vermeiden könnte, kann nur spekuliert werden, ist aber anzunehmen. Dieser Aspekt dürfte auch bei der künftigen Beteiligung der ausländischen Haushalte besonders wichtig sein. Über die Betreuung der ausländischen Haushalte soll zu einem späteren Zeitpunkt berichtet werden.

Es ist ebenfalls zu vermuten, daß mit spürbar höheren Mitwirkungsprämien an die Haushalte – etwa 250 DM – eine verbesserte Beteiligung zu erreichen wäre. Dieser Betrag würde in vielen Fällen – vor allem bei den überproportional kleiner gewordenen Quoten – die Repräsentanz verbessern. Dies zu realisieren, setzt jedoch grundsätzliche Erörterungen über die Bedeutung einer EVS im gesamten Informationssystem voraus, da der damit verbundene erhebliche Kostenanstieg in Konkurrenz zu anderen Verwendungszwecken gesehen werden muß.

Der Kommunalhaushalt im Spiegel der Finanzstatistik

Schlußfolgerung

Wie ist die Genauigkeit der Aussagen aus der EVS zu bewerten, wenn alle Quoten in so unterschiedlichem Ausmaß vom Soll abweichen? Der Anpassungsprozeß mittels „Hochrechnungsfaktoren“ ist wegen der Differenziertheit der Quoten und wegen der Unterschiede zwischen Soll und Ist als EDV-Programm zwar komplex, aber natürlich technisch machbar. Es ist eine Tatsache, daß die Ergebnisse der EVS für Haushalte in den stark dezimierten Quoten in ihrer Aussagekraft leiden. Die EVS in ihrer gegenwärtigen Ausprägung wird die wirtschaftliche Situation des Kerns der Bevölkerung gut abbilden, sie wird jedoch besonders die Einpersonenhaushalte mit ihrer spezifischen Lebenshaltung und die ärmeren Haushalte in deren Einnahme-/Ausgabebereichen unschärfer darstellen. Daß die Ergebnisse in schwächer besetzten Tabellenfeldern auf der Ebene der kleineren Bundesländer besonders betroffen sind, liegt auf der Hand.

Leider sind bei Erhebungen von der Art einer EVS Fehlerrechnungen mit der Chance der Beweisbarkeit der vermuteten Konsequenzen nicht möglich. Dennoch - eine Alternative für diese Statistik gibt es nicht. Sie ist unverzichtbar - trotz der geschilderten Risiken. Die amtliche Statistik ist herausgefordert, Methode und Organisation zu überdenken und Verbesserungen einzubringen. ■

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Steuerreform ist die Entwicklung der öffentlichen Finanzen wieder einmal in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückt. Auch die zukünftige Entwicklung der Kommunalfinanzen wird kontrovers diskutiert. Neben die Auswirkungen der Steuerreform treten dabei noch die Unsicherheit über die Ausgestaltung des Gemeindefinanzsystems (Stichwort: Abschaffung der Gewerbesteuer) und in den letzten Jahren hohe Zuwachsraten bei den Sozialausgaben.

Die politische Diskussion stützt sich überwiegend auf Daten aus der Kommunalfinanzstatistik, deren Inhalte in diesem Beitrag dargestellt und erläutert werden.¹⁾ Insbesondere wird untersucht, ob sich die Ergebnisse der einzelnen Statistiken in Zeitreihen miteinander verknüpfen lassen.

Grundzüge der kommunalen Haushaltssystematik

Seit dem Haushaltsjahr 1974 beruht die kommunale Haushaltssystematik in Nordrhein-Westfalen auf vom Innenminister des Landes herausgegebenen verbindlichen Verwaltungsvorschriften über die Gliederung und Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben. Danach sind die Einnahmen und Ausgaben

- zum einen nach ihrer Funktion bzw. ihrem Aufgabenbereich (wofür bzw. wo fallen Einnahmen oder Ausgaben an?) und
- zum anderen nach Arten (was wird eingenommen oder ausgegeben?) zu ordnen.

Die funktionale Zuordnung erfolgt über die Gliederungs-, die Zuordnung nach Arten über die Gruppierungsnummer.

¹⁾ Rechtsgrundlage: Gesetz über die Finanzstatistik in der Bekanntmachung der Neufassung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673) i.V.m. dem Zweiten Statistikbereinigungsgesetz vom 19. 12 1986 (BGBl. I S. 2555)

Die Gliederung zerfällt in sog. Einzelpläne (einstellig), Abschnitte (zweistellig) und Unterabschnitte (dreistellig).

Wichtigstes Merkmal des Gruppierungsplanes ist die Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben auf den Verwaltungs- und den Vermögenshaushalt.

Hauptbestandteile des Verwaltungshaushaltes sind auf der Einnahmenseite die Steuern und die allgemeinen, nicht zweckgebundenen Zuweisungen sowie die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb und auf der Ausgabenseite die Personalausgaben, der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand sowie die Ausgaben für die Sozial- und Jugendhilfe.

Im Vermögenshaushalt sind die Investitionen und sonstige vermögenswirksame Vorgänge sowie deren Finanzierung zu veranschlagen.

Die Gliederung und Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben entsprechend den o.a. Verwaltungsvorschriften ist die Systematik, nach der die Erhebungen im Rahmen der kommunalen Finanzstatistik durchgeführt werden. Sie erlaubt einen unmittelbaren Vergleich der Ergebnisse der einbezogenen Gebietskörperschaften.

Überblick

Der Budgetkreislauf wird üblicherweise in die Phasen Planung, Vollzug und Kontrolle untergliedert. An diese Gliederung ist auch die kommunale Finanzstatistik angelehnt.

Die Statistik über die Haushaltsansätze wurde im Zuge der Gesetzgebung zur Statistikbereinigung zwar ausgesetzt, mit der Finanzplanungsstatistik stehen jedoch statistische Daten über die geplante Haushaltsentwicklung zur Verfügung. Das erste Jahr des 5jährigen Planungszeitraums ist dabei das laufende Haushaltsjahr (Basisjahr).

Der Haushaltsvollzug findet seinen Niederschlag in der vierteljährlichen Kassenstatistik der Kommunalfinanzen, die aktuelle Daten über die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände liefert.

Grundlage der Haushaltskontrolle ist schließlich der Haushaltsabschluß, der in der Jahresrechnungsstatistik dargestellt wird.

Ergänzend zu diesen Daten stellt die amtliche Statistik Informationen

- über Höhe und Entwicklung der kommunalen Schulden – in Form von vierteljährlichen Eckdaten und jährlichen Strukturdaten – ,
- über die Realsteuerhebesätze der Gemeinden und die Umlagesätze der Gemeindeverbände (vierteljährlich) und
- über den Personalbestand der Gemeinden und Gemeindeverbände (jährlich)

zur Verfügung, auf die in diesem Beitrag aber nicht weiter eingegangen wird.

Erhebungsumfang der Statistiken

Während das Interesse der Öffentlichkeit vor Ort fast ausschließlich der Planungsphase des Haushaltes gilt, in der über zukünftige Prioritäten entschieden wird, legt der Statistiker und vor allem der mit den Daten der Finanzstatistik arbeitende Wissenschaftler, Verwaltungspraktiker oder Politiker größeren Wert auf die Zuverlässigkeit des Zahlenmaterials. Dafür bietet die Jahresrechnungsstatistik die beste Grundlage, die daher den mit Abstand größten Erhebungsumfang aller Finanzstatistiken aufweist. In der Übersicht auf Seite 610 ff. ist dargestellt, welche Gliederungs- und Gruppierungsziffern erhoben werden. Diese Datengrundlage, die beim Landesamt für Datenverarbeitung

und Statistik Nordrhein-Westfalen ab dem Haushaltsjahr 1975 für jede Haushaltsstelle (Kombination von Gliederungs- und Gruppierungsziffer) jeder einzelnen Gemeinde und jedes Gemeindeverbandes maschinell verfügbar ist, erlaubt detaillierte Untersuchungen über Stand, Struktur und Entwicklung der Kommunalhaushalte.

Demgegenüber beschränkt sich die vierteljährliche Kassenstatistik (vgl. Übersicht auf Seite 613.) überwiegend auf die Erhebung zusammengefaßter Gruppierungsziffern. Auf eine Funktionsgliederung wird weitgehend verzichtet. Dieser gestraffte Erhebungskatalog – und damit ein geringerer Aufwand bei den Berichtstellen und beim statistischen Landesamt – ist Grundlage dafür, daß die Ergebnisse der Statistik dem Nutzer aktuelle Informationen bieten können.

Bei der Finanzplanungsstatistik (siehe Übersicht auf Seite 614.) ist der Grund für die Erhebung zusammengefaßter Gruppierungen darin zu sehen, daß eine feinere Aufteilung der Einnahme- und Ausgabearten eine Genauigkeit der Daten vortäuschen würde, die von diesen Planungszahlen kaum zu erwarten ist. Darüber hinaus werden die Daten des Investitionsprogrammes in der Gliederung nach Aufgabenbereichen erhoben; dieses Investitionsprogramm ist der Finanzplanung zugrunde zu legen.

Verknüpfungsmöglichkeiten

Der unterschiedliche Erhebungsumfang der drei untersuchten Statistiken führt zu differierenden Veröffentlichungsterminen der Ergebnisse.

So liegen die Daten der Jahresrechnungsstatistik erst ca. 13 Monate nach Ablauf des Rechnungsjahres vor, während Daten der Kassenstatistik bereits ca. 4 Monate nach Abschluß des beobachteten Jahres (Jahresergebnis der vierteljährlichen Kassen-

statistik) und der Finanzplanungsstatistik nach ca. 4 Monaten des auf das Basisjahr folgenden ersten Planungsjahres bereitstehen.

Um möglichst aktuelle Aussagen über die Entwicklung der Kommunalfinanzen treffen zu können, könnte man z. B. im Frühjahr 1988

- die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik bis einschl. des Rechnungsjahres 1986,
- das Jahresergebnis 1987 der vierteljährlichen Kassenstatistik und
- das Planungsjahr 1988 aus dem Planungszeitraum 1987 bis 1991 der Finanzplanungsstatistik

in einer Zeitreihe verknüpfen.

In den Tabellen auf Seite 615 f. ist dargestellt, welche Gruppierungsnummern in welcher Zusammenfassung in einer solchen Zeitreihe überhaupt dargestellt werden könnten. Den Tabellen auf Seite 617 f. ist zu entnehmen, wie zuverlässig die Informationen aus der Vierteljahres- und der Finanzplanungsstatistik sind. Dazu wurden die Abweichungen der Daten aus der Vierteljahres- und der Finanzplanungsstatistik von den Daten der Jahresrechnungsstatistik für die Rechnungsjahre 1983 bis 1986 ermittelt. Bei vielen Positionen sind die Abweichungen in allen vier Beobachtungsjahren so groß, daß eine Darstellung in einer Zeitreihe mit Daten aus allen drei Statistiken nicht zu verantworten ist.

Es zeigt sich, daß

- in der vierteljährlichen Kassenstatistik und der Finanzplanungsstatistik Einnahme- und Ausgabegruppierungen im Verwaltungshaushalt zuverlässiger dargestellt sind als im Vermögenshaushalt;
- weder Einnahme- noch Ausgabegruppierungen des Vermögenshaushaltes aus der Finanzplanungsstatistik in die Zeitreihe eingefügt werden können.

Als nächster Schritt ist zu prüfen, ob trotz der Abweichungen der Ergebnisse die Entwicklungstendenzen in einer Zeitreihe richtig zum Ausdruck gekommen wären.

Dazu werden zwei „kombinierte“ Zeitreihen (1983 bis 1985 und 1984 bis 1986) den Ergebnissen der Jahresrechnungsstatistik gegenübergestellt (siehe Tabellen auf Seite 619 f.).

Als Ergebnis ist festzuhalten, daß die Entwicklungstendenzen für den Verwaltungshaushalt weitgehend korrekt abgebildet werden, während im Beobachtungszeitraum zuverlässige Aussagen über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes nicht zu treffen sind.

Dieses Ergebnis entspricht der Logik der Haushaltssystematik: Im Verwaltungshaushalt sind die festen Ausgabenblöcke veranschlagt, auf deren Höhe und Entwicklung die Gemeinden nur begrenzt (z. B. Personalausgaben) oder gar nicht (z. B. Sozialausgaben) einwirken können. Die Einnahmen werden in Zeiten knapper Kassen hauptsächlich zur Finanzierung dieser Ausgaben benötigt. Eine Reaktion der Kommunen auf Änderungen der konjunkturellen und/oder gesetzlichen Rahmenbedingungen ist daher in erster Linie über den Vermögenshaushalt möglich, was Prognosen über diesen Teilhaushalt natürlich erschwert.

Hinzu kommen die Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Einnahme- und Ausgabearten. So führt z. B. ein unerwartet hoher Tarifabschluß zu höheren Personalausgaben, was bei gegebener Einnahmenhöhe zu Kürzungen der Ausgaben im Vermögenshaushalt führen kann. Die Zuführungen vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt fallen knapper aus als erwartet, einzelne Investitionsprojekte müssen zurückgestellt werden, es

werden weniger Zuweisungen beantragt, und die Kreditaufnahme könnte zurückgeschraubt werden.

Da das Volumen der Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes – gemessen an denen des Verwaltungshaushaltes – gering ist, wirken sich solche Reaktionsketten prozentual im Vermögenshaushalt stärker aus als im Verwaltungshaushalt.

Die Verknüpfung der Daten der drei Finanzstatistiken liefert für die weiter unten dargestellten Positionen (s. Abschnitt „Aktuelle Ergebnisse“) recht zuverlässige Ergebnisse, für das letzte Jahr der Zeitreihe allerdings nur für die Entwicklung und die Größenordnung, nicht für den eintretenden Wert. Für die übrigen Positionen sind die Zahlen des jeweils letzten Jahres, die der Finanzplanungsstatistik entnommen sind, Ausdruck der bei unveränderten Rahmenbedingungen geplanten Einnahmen und Ausgaben, aber nicht der tatsächlichen Entwicklungen oder Werte.

Unbedenklicher ist dagegen die Verknüpfung von Daten aus der Jahresrechnungsstatistik und der vierteljährlichen Kassenstatistik; lediglich bei den Abschlußbuchungen und den haushaltstechnischen Verrechnungen treten erhebliche Differenzen auf.

Ursachen für differierende Ergebnisse

Neben den oben dargestellten Gründen gibt es weitere Ursachen für unterschiedliche Ergebnisse der drei Statistiken.

Planungen sind unsicher, da sie in der Regel von einem Status-Quo-Zustand ausgehen müssen und zum Ausdruck bringen, wie sich die Einnahmen und Ausgaben unter den vorausgesetzten Bedingungen entwickeln würden. Die Rahmenbedingungen ändern sich jedoch ständig; das schlägt sich in Abweichungen der Ist- von den Planungsdaten nieder.

Differenzen zwischen den Ergebnissen der vierteljährlichen Kassenstatistik und der Jahresrechnungsstatistik sind im methodischen Bereich zu suchen. So werden die Abschlußbuchungen – dabei handelt es sich z. B. um die Zuführungen vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt und umgekehrt sowie um die Zuführungen an die allgemeine Rücklage – bei der Vierteljahresstatistik dem Quartal zugeordnet, in dem sie vorgenommen werden – das ist in der Regel das erste Quartal des Folgejahres –, während sie in der Jahresrechnungsstatistik dem Jahr zugeordnet werden, auf dessen Rechnungsabschluß sich die Buchungen beziehen.

Weiterhin erlaubt die tiefe Gliederung und Gruppierung des Materials der Jahresrechnungsstatistik umfangreiche Prüfungen beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik, z. B. auf eine den Verwaltungsvorschriften entsprechende Zuordnung der Einnahmen und Ausgaben zur richtigen Gliederungs- und Gruppierungsnummer. In diesem Rahmen vorgenommene Umsetzungen führen dann ebenfalls zu Abweichungen zwischen den Ergebnissen der beiden Erhebungen.

Aktuelle Ergebnisse

Die Kommentierung aktueller Ergebnisse der Finanzstatistik (s. Tabelle auf Seite 621) ist unter dem Vorbehalt zu sehen, daß die aus methodischen Gründen wünschenswerte Bereinigung der Zahlen in dieser „kombinierten“ Zeitreihe um die haushaltstechnischen Verrechnungen und die Zahlungen von gleicher Ebene (Zahlungen von Gemeinden, Gemeindeverbänden) wegen mangelnder Genauigkeit der Daten nicht möglich ist. Von Bedeutung sind daher nicht die absoluten Zahlen, sondern die erkennbaren Entwicklungstendenzen.

Nachdem 1986 die Bruttoausgaben die Bruttoeinnahmen um 720,5 Mill. DM überstiegen und dieser Fehlbetrag 1987 auf 329,9 Mill. DM zurückging, wird für 1988 nach den Ergebnissen der Finanzplanung mit einem Anstieg dieser Größe auf 721,6 Mill. DM gerechnet. Der Fehlbetrag des Verwaltungshaushaltes wird von 375,5 Mill. DM 1986 über 469,6 Mill. DM bis 1988 auf 721,4 Mill. DM steigen. Damit wird die Entwicklung des Gesamthaushaltes 1988 vom Verwaltungshaushalt dominiert, während 1986 Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt noch gleichgewichtig zum Fehlbetrag beitrugen und 1987 negative Entwicklungen im Verwaltungshaushalt durch einen positiven Saldo des Vermögenshaushaltes überdeckt wurden.

Auf der Einnahmenseite wird 1988 für die Gesamtheit der nordrhein-westfälischen Gemeinden und Gemeindeverbände mit einem im Vergleich zum Vorjahr nennenswert stärkeren Zuwachs bei den Grundsteuern (+5,0 %, 1987/86: +4,2 %) und bei den Gebühren und ähnlichen Entgelten sowie den zweckgebundenen Abgaben (+7,3 %, 1987/86: +6,4 %) gerechnet. Für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird ein im Vergleich zu 1987 geringeres Volumen erwartet (-0,8 %, 2. Stufe der Steuerreform), ebenso für die Einnahmen aus Erstattungen, Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke, Zinsen und Schuldendiensthilfen (-0,4 %). Aus den allgemeinen Umlagen werden 1988 voraussichtlich um 9,2 % höhere Einnahmen als 1987 erzielt (1987/86: +10,1 %). Erwarteten Einbrüchen bei von den Gemeinden nicht zu beeinflussenden Einnahmearten (z. B. dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) soll also mit der weiteren Ausschöpfung der in der Hoheit der Gemeinden liegenden Einnahmequellen (z. B. Grundsteuern A und B, Gebühren und Abgaben) begegnet werden.

Auf der Ausgabenseite bleibt abzuwarten, ob sich 1988 der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst mäßigend auf die mit 3,6 % erwartete Zuwachsrate der Personalausgaben auswirkt.

Nachdem die Sparbemühungen der Kommunen 1987 zu fast unveränderten Ausgaben für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand führten, dürfte der dadurch entstandene Nachholbedarf zu dem 7,6 %igen Zuwachs dieser Ausgaben in 1988 beitragen.

Die Zuwachsrate der Erstattungen, Zuschüsse für laufende Zwecke, Schuldendiensthilfen und der weiteren Finanzausgaben wird 1988 voraussichtlich mit 3,0 % wesentlich niedriger als 1987 (+8,3 %) ausfallen. Auf weiterhin sehr hohem Niveau, wenn auch mit einer geringeren Zuwachsrate als 1987 (1988/87: +6,1 %, 1987/86: +7,4 %), werden 1988 die Ausgaben der Sozialhilfe liegen.

Bei den Ausgaben für allgemeine Umlagen gehen die Gemeinden und Gemeindeverbände für 1988 von im Vergleich zum Vorjahr geringeren Zuwächsen aus (+6,7 %, 1987/86: +10,0 %). Dabei ist bemerkenswert, daß mit höheren Einnahmen aus diesen Umlagen als Ausgaben für diese Umlagen gerechnet wird, obwohl es sich hierbei um zwischengemeindliche Zahlungen handelt, die sich in Einnahme und Ausgabe – abgesehen von buchungstechnischen Abweichungen – entsprechen müßten. Es zeigt sich also, daß die geforderten Umlagesätze von den gewünschten bzw. erwarteten Umlagesätzen abweichen.

Als Fazit bleibt festzuhalten, daß die nordrhein-westfälischen Gemeinden und Gemeindeverbände auch 1988 unter finanziellem Druck stehen, der durch weiterhin steigende Sozialhilfeausgaben sowie durch einen Nachholbedarf bei den Sachaufwendungen bei vergleichsweise niedrigen Zuwachsraten der Bruttoeinnahmen geprägt ist. ■

Preisindex für die Lebenshaltung im September 1988

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist im Monatsabstand (September/August 1988) um 0,1 % auf 122,0 Punkte gestiegen (Basis 1980 = 100). – Die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr (September 1988/87) beträgt +1,2 %; im August 1988 hatte sie bei +1,0 % und im Juli 1988 bei +0,8 % gelegen.

Seit Mitte vorigen Monats wurden vor allem Bekleidung und Wohnen teurer. Der Gruppenindex „Bekleidung, Schuhe“ stieg im Monatsabstand um 0,6 % (gegenüber Vorjahr: +1,4 %), wobei sich die Preise für Bekleidung um durchschnittlich 0,6 % und für Schuhe um 0,2 % erhöhten. Der Teilindex „Wohnungsmieten, Energie“ überschritt das Vormonatsniveau um 0,2 % (geg. Vorj.: +0,7 %); hier lagen insbesondere die Mieten für Altbauwohnungen ohne Bad (+1,3 %) und für Neubauwohnungen des sozialen Wohnungsbaus (+0,7 %) deutlich über dem Vormonatsstand, während sich Haushaltsenergie (-0,6 %) – hauptsächlich wegen nachgebender Heizölpreise (-4,2 %) – verbilligte. In Monatsfrist immerhin doppelt so stark wie die Gesamtlebenshaltung verteuerte sich die Hauptgruppe „Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung“ (+0,2 %; geg. Vorj.: +1,0 %), wo vor allem die Preise für Malerbedarf und Haushaltsreparaturen (+0,3 %) angehoben wurden. – Preisdämpfende Tendenzen gingen dagegen wiederum jahreszeitlich bedingt von der Indexgruppe „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ aus (geg. Vorm.: -0,2 %; geg. Vorj.: +0,2 %); geg. August d. J. wurden hier insbesondere Kartoffeln (-11,0 %), Frischgemüse (-9,5 %; darunter Blatt- und Stengelgemüse: -17 %, frischer Speisekohl: -14 %) und Frischobst (-2,2 %; darunter Weintrauben: -20 %, Äpfel: -5 %) billiger angeboten.

Für 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen beträgt die Indexveränderung im September 1988/87 +1,1 % (121,5 Punkte), für 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen +1,5 % (123,4 Punkte) und für 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern +0,8 % (120,6 Punkte).

Aktuelle LDS-Veröffentlichungen

Bevölkerung

Die Bevölkerung der Gemeinden Nordrhein-Westfalens
am 31. Dezember 1987, Vorläufige Ergebnisse,
Basis Volkszählung 1970
(40 S., 3,50 DM; Bestell-Nr. A 12 3 8722)

Verzeichnisse

Verzeichnis der Grundschulen in Nordrhein-Westfalen 1988
(278 S., 14,00 DM; Bestell-Nr. B 01 5 8800)

Verzeichnis der Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen 1988
(140 S., 9,50 DM; Bestell-Nr. B 02 5 8800)

Verzeichnis der Sonderschulen in Nordrhein-Westfalen 1988
(106 S., 9,00 DM; Bestell-Nr. B 03 5 8800)

Verzeichnis der Realschulen in Nordrhein-Westfalen 1988
(96 S., 8,00 DM; Bestell-Nr. B 04 5 8800)

Verzeichnis der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen 1988
(116 S., 9,00 DM; Bestell-Nr. B 05 5 8800)

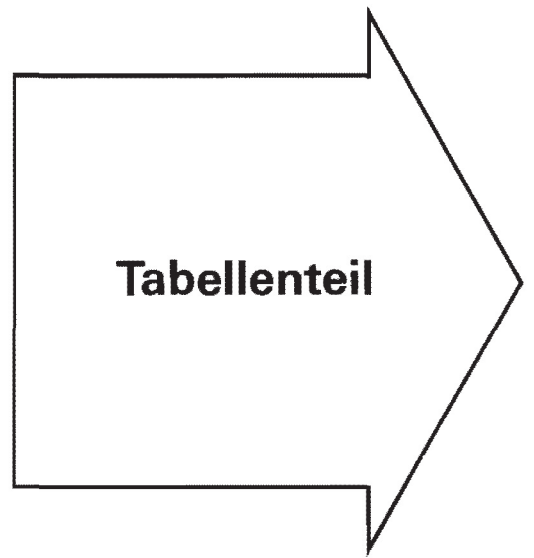
Verzeichnis der berufsbildenden Schulen in
Nordrhein-Westfalen 1988
(156 S., 9,50 DM; Bestell-Nr. B 06 5 8800)

Verzeichnis der Privatschulen in Nordrhein-Westfalen 1988
(146 S., 9,50 DM; Bestell-Nr. B 08 5 8800)

Heime der Jugendhilfe in NRW 1988
(118 S., 9,00 DM; Bestell-Nr. K 53 5 8800)

Zu beziehen
direkt vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS),
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1.

Auf Wunsch senden wir Ihnen gern unser Veröffentlichungsverzeichnis.



Erzeugung von Roheisen, Rohstahl*) und Walzstahl nach Regionen 1950 – 1985													
Region	Erzeugnis	1950		1960		1970		1975		1980		1985	
		Menge	Anteil NW	Menge	Anteil NW	Menge	Anteil NW	Menge	Anteil NW	Menge	Anteil NW	Menge	Anteil NW
		1 000 t	%	1 000 t	%	1 000 t	%	1 000 t	%	1 000 t	%	1 000 t	%
Bundesrepublik	Roheisen	11 157	67,5	25 739	69,9	33 627	66,0	30 074	64,5	33 873	63,8	31 531	63,6
	Rohstahl	14 019	71,7	34 100	71,1	45 041	66,6	40 415	63,2	43 838	60,5	40 497	59,9
	Walzstahl	9 650	70,9	22 363	71,4	31 967	65,8	28 873	59,6	31 661	60,5	28 919	54,4
EG ¹⁾	Roheisen	36 595	20,6	72 051	25,0	102 833	21,6	95 953	20,2	96 360	22,4	91 712	21,9
	Rohstahl	49 281	20,4	100 103	24,2	146 339	20,5	137 879	18,5	142 108	18,7	135 647	17,9
	Walzstahl	34 953	19,6	69 347	23,0	107 101	19,6	99 523	17,3	109 901	17,4	105 005	15,0
Welt	Roheisen	130 400	5,7	257 600	7,0	427 100	5,2	471 000	4,1	511 743	4,2	.	.
	Rohstahl	191 800	5,2	347 900	7,0	597 600	5,0	647 300	3,9	718 611	3,7	720 696	3,4
	Walzstahl	424 000	5,0	457 000	3,8	549 602	3,5	.	.

*) bei der Anteilsberechnung: NW ohne Flüssigstahl für Stahlguß – 1) auf Basis der EG-12 zurückgerechnet – — Quelle: Statistisches Bundesamt; Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie

Produktion und Absatz ausgewählter Gütergruppen 1978 und 1987									
Melde-Nr.	Gütergruppe a = Produktion b = Absatz	Einheit	1978		1987		Veränderung 1987 gegenüber 1978 in %		
			Menge (Einheit wie Vorspalte)	Wert 1 000 DM	Menge (Einheit wie Vorspalte)	Wert 1 000 DM	Menge	Wert	
2711*	Roheisen	a	1 000 t	19 351	.	17 800	.	– 8,0	.
2712*	Ferrolegerungen	a	1 000 t	242	.	286	.	+18,2	.
2713*	Stahlrohblöcke und -brammen	a	1 000 t	25 541	.	21 285	.	–16,7	.
		b	1 000 t	3 364	1 671 701	1 420	772 143	–57,8	–53,8
2714*	Vorgewalztes Stahlhalbzeug	a	1 000 t	21 020	.	12 572	.	–40,2	.
		b	1 000 t	5 005	2 969 261	3 700	2 365 201	–26,1	–20,3
2715*	Walzstahl, auch plattiert	a	1 000 t	17 438	.	14 748	.	–15,4	.
		b	1 000 t	13 854	10 665 010	10 906	9 806 820	–21,3	– 8,0
2716*	Weiterverarbeiteter Walzstahl	a	1 000 t	2 176	.	3 477	.	+59,8	.
		b	1 000 t	1 977	2 148 789	2 997	3 583 567	+51,6	+66,8
2731*	Rohrluppen zur Herstellung von Präzisionsstahlrohren u. a.	a	t	323 709	.	332 630	.	+ 2,8	.
2733*	Präzisionsstahlrohre	a	t	883 229	.	802 205	.	– 9,2	.
		b	t	828 886	1 365 316	777 927	1 677 574	– 6,1	+22,9
2735	Sonstige Stahlrohre	a	1 000 t	3 434	3 922 291	2 784	3 327 966	–18,9	–15,2
2741	Geschmiedetes Halbzeug	a	t	25 282	44 546	16 854	37 208	–33,3	–16,5
2743*	Geschmiedete Stäbe	a	t	175 018	.	145 070	.	–17,1	.
		b	t	171 085	454 512	133 937	379 756	–21,7	–16,4
2745*	Freiformschmiedestücke über 125 kg Rohgewicht	a	t	166 525	.	96 777	.	–41,9	.
		b	t	128 082	488 232	90 253	389 632	–29,5	–20,2
2746	Geschmiedete oder gewalzte Ringe über 125 kg Rohgewicht	a	t	1)	1)	38 972	167 677	.	.
2747*	Rollendes Eisenbahnzeug (auch gewalzt)	a	t	42 098	.	45 481	.	+ 8,0	.
2796	Lohnveredlungsarbeiten an Erzeugnissen der Gütergruppe 27	a	.	.	29 267	.	33 306	.	+13,8
27	Eisen und Stahl	a	.	x	24 517 861	x	23 169 162	x	– 5,5

*) einschl. der zur Weiterverarbeitung im selben Unternehmen bestimmten Menge – 1) in Melde-Nr. 2745 enthalten

Energieverbrauch der eisenschaffenden Industrie 1978 und 1987 nach Energieträgern							
Jahr	Energieverbrauch						
	insgesamt ¹⁾	davon					
		Kohle	Heizöl		Orts-, Kokerei- und Ferngas	Erdgas	Strom
			extra leicht und leicht	mittelschwer, schwer und extra schwer			
			t SKE				
1978	19 247 569	11 404 814	81 415	2 043 009	2 059 885	2 918 371	1 474 515
1979	20 745 382	12 580 087	69 825	1 957 411	2 136 496	3 243 726	1 586 534
1980	19 645 143	12 634 252	50 758	1 032 118	2 172 094	2 946 312	1 577 887
1981	18 049 100	12 208 618	43 572	532 928	2 070 619	2 315 922	1 557 596
1982	15 605 911	10 390 663	35 621	366 405	2 055 481	1 894 648	1 391 119
1983	14 744 592	9 747 130	36 548	344 352	1 919 928	1 786 837	1 362 260
1984	16 154 830	11 256 725	37 907	361 571	1 711 241	1 819 264	1 495 708
1985	16 094 861	11 371 659	41 849	182 952	1 665 616	1 833 049	1 510 455
1986	14 748 265	9 969 032	40 648	614 947	1 537 465	1 679 698	1 418 871
1987	14 133 344	9 493 858	41 668	473 558	1 729 542	1 603 432	1 317 388
Veränderung 1987 gegen- über 1978 in %	-26,6	-16,8	-48,8	-76,8	-16,0	-45,1	-10,7

1) ohne die zur Stromeigenerzeugung verbrauchte Energie aus Kohle, Heizöl und Gas, da bereits in deren Verbrauchswerten enthalten

Gliederungs- und Gruppierungsplan für die Jahresrechnungsstatistik der Kommalfinanzen			
Gliederungs- nummer	Bezeichnung	Gliederungs- nummer	Bezeichnung
0	Allgemeine Verwaltung	5	Gesundheit, Sport, Erholung
00	Gemeindeorgane	50	Gesundheitsverwaltung
01	Rechnungsprüfung	51	Krankenhäuser
02	Hauptverwaltung	54	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen der Gesundheitspflege
03	Finanzverwaltung	55	Förderung des Sports
05	Besondere Dienststellen der allgemeinen Verwaltung	56	Eigene Sportstätten
06	Einrichtungen für die gesamte Verwaltung	57	Badeanstalten
08	Einrichtungen für Verwaltungsangehörige	58	Park- und Gartenanlagen
		59	Sonstige Erholungseinrichtungen
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr
10	Polizei	60	Bauverwaltung
11	Öffentliche Ordnung	61	Städteplanung, Vermessung, Bauordnung
13	Feuerschutz	62	Wohnungsbauförderung und Wohnungsfürsorge
14	Katastrophenschutz	63	Gemeindestraßen
15	Verteidigungslasten-Verwaltung	65	Kreisstraßen
16	Rettungsdienst	66	Bundes- und Landesstraßen
		670	Straßenbeleuchtung
2	Schulen	675	Straßenreinigung
20	Schulverwaltung	68	Parkeinrichtungen
210	Grundschulen einschl. Schulkindergärten ¹⁾	69	Wasserläufe, Wasserbau
215	Hauptschulen		
22	Realschulen	7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung
23	Gymnasien	70	Abwasserbeseitigung
24	Berufsbildende Schulen	72	Abfallbeseitigung
25	Fachschulen	73	Märkte
26	Fachoberschulen	74	Schlacht- und Viehhöfe
27	Sonderschulen und Sonderschulkindergärten	75	Bestattungswesen
28	Gesamtschulen, Kollegschen	76	Sonstige öffentliche Einrichtungen
292	Übrige schulische Aufgaben	77	Hilfsbetriebe der Verwaltung
		78	Förderung der Land- und Forstwirtschaft
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	79	Fremdenverkehr, sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr
30	Verwaltung kultureller Angelegenheiten		
310	Wissenschaftliche Museen und Sammlungen	8	Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen
311	Wissenschaftliche Bibliotheken	80	Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen
312	Sonstige Wissenschaft und Forschung	810	Elektrizitätsversorgung
32	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	813	Gasversorgung
33	Theater, Konzerte, Musikpflege	815	Wasserversorgung
34	Sonstige Kunstpflege	816	Fernwärmeversorgung
350	Volkshochschule	817	Kombinierte Versorgungsunternehmen
352	Öffentliche Büchereien	82	Verkehrsunternehmen
355	Sonstige Volksbildung	83	Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen
36	Heimatspflege	84	Unternehmen der Wirtschaftsförderung
37	Kirchen	85	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen
		86	Kur- und Badebetriebe
4	Soziale Sicherung	87	Sonstige wirtschaftliche Unternehmen
400	Allgemeine Sozialverwaltung (ohne Jugendhilfeverwaltung, Lastenaus- gleichsverwaltung und Versicherungsamt)	88	Allgemeines Grundvermögen
407	Verwaltung der Jugendhilfe	89	Allgemeines Sondervermögen
408	Versicherungsamt		
409	Lastenausgleichsverwaltung	9	Allgemeine Finanzwirtschaft
41	Sozialhilfe nach dem BSHG	90	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen
43	Einrichtungen der Sozialhilfe und der Kriegsofopferfürsorge	91	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
44	Kriegsofopferfürsorge und ähnliche Maßnahmen	92	Abwicklung der Vorjahre
45	Jugendhilfe nach dem JWG		
460	Kindergärten		
465	Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe		
470	Förderung der Wohlfahrtspflege		
475	Förderung der Jugendhilfe		
487	Hilfe für Heimkehrer und politische Häftlinge		
49	Sonstige soziale Angelegenheiten	999	Summe der Einzelpläne 0 bis 9

1) Dem UA 210 sind in der finanzstatistischen Ausweisung neben den Grundschulen einschl. Schulkindergärten ebenfalls die noch nicht umorganisierten Volksschulen sowie die Vorklassen zuzuordnen.

Noch: Gliederungs- und Gruppierungsplan für die Jahresrechnungsstatistik der Kommunalfinanzen

Gruppierungs- nummer	Bezeichnung	Gruppierungs- nummer	Bezeichnung
	Steuern, allgemeine Zuweisungen	21	Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen und aus Beteiligungen
000	Realsteuern		Konzessionsabgaben
001	Grundsteuer A	22	
003	Grundsteuer B		Schuldendiensthilfen
	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	230	von Bund, LAF, ERP-Sondervermögen
01	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	231	vom Land
		232	von Gemeinden (GV)
	Andere Steuern	233	von Zweckverbänden u. dgl.
020	Vergnügungssteuer für die Vorführung von Bildstreifen	234	vom sonstigen öffentlichen Bereich
021	Sonstige Vergnügungssteuer	235	von öffentlichen wirtschaftlichen Unternehmen
022	Hundesteuer	236	von privaten Unternehmen
024	Grunderwerbsteuer, Zuschlag zur Grunderwerbsteuer	237	von übrigen Bereichen
026	Jagdsteuer		
027	Sonstige Steuern	24	Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen
	Steuerähnliche Einnahmen	25	Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen
030	Fremdenverkehrsabgabe	26	Weitere Finanzeinnahmen
031	Abgabe von Spielbanken		Kalkulatorische Einnahmen
032	Sonstige steuerähnliche Einnahmen		Abschreibungen
	Schlüsselzuweisungen	270	Verzinsung des Anlagekapitals
041	vom Land	275	Zuführungen vom Vermögenshaushalt
	Bedarfszuweisungen	28	
051	vom Land	299	Einnahmen des Verwaltungshaushalts
	sonstige allgemeine Zuweisungen		
060	von Bund, LAF, ERP-Sondervermögen		Einnahmen des Vermögenshaushalts
061	vom Land	30	Zuführung vom Verwaltungshaushalt
	Allgemeine Umlagen	31	Entnahmen aus Rücklagen
072	von Gemeinden (GV)		
	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	320	Rückflüsse von Darlehen
10	Verwaltungsgebühren	321	von Bund, LAF, ERP-Sondervermögen
11	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	322	vom Land
12	Zweckgebundene Abgaben	323	von Gemeinden (GV)
13	Einnahmen aus Verkauf	324	von Zweckverbänden u. dgl.
14	Mieten und Pachten	325	vom sonstigen öffentlichen Bereich
157	Sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	326	von öffentlichen wirtschaftlichen Unternehmen
158	Verrechnungseinnahmen des Verwaltungshaushalts	327	von privaten Unternehmen
159	Mehrwertsteuer		von übrigen Bereichen
		33	Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und Rückflüsse von Kapitaleinlagen
	Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts		
160	von Bund, LAF, ERP-Sondervermögen		Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen
161	vom Land		des Anlagevermögens
162	von Gemeinden (GV)	340	Grundstücke
163	von Zweckverbänden u. dgl.	345	Bewegliche Sachen
164	vom sonstigen öffentlichen Bereich	347	Einnahmen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen (Rückzahlung aus überzahlten Bauausgaben)
165	von öffentlichen wirtschaftlichen Unternehmen		
166	von privaten Unternehmen		
167	von übrigen Bereichen	35	Beiträge und ähnliche Entgelte
169	Innere Verrechnungen		
	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke		Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen
170	von Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	360	von Bund, LAF, ERP-Sondervermögen
171	vom Land	361	vom Land
172	von Gemeinden (GV)	362	von Gemeinden (GV)
173	von Zweckverbänden u. dgl.	363	von Zweckverbänden u. dgl.
174	vom sonstigen öffentlichen Bereich	364	vom sonstigen öffentlichen Bereich
175	von öffentlichen wirtschaftlichen Unternehmen	365	von öffentlichen wirtschaftlichen Unternehmen
176	von privaten Unternehmen	366	von privaten Unternehmen
177	von übrigen Bereichen	367	von übrigen Bereichen
	Sonstige Finanzeinnahmen		Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen
	Zinseinnahmen	370	von Bund, LAF, ERP-Sondervermögen
200	von Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	371	vom Land
201	vom Land	372	von Gemeinden (GV)
202	von Gemeinden (GV)	373	von Zweckverbänden
203	von Zweckverbänden u. dgl.	374	vom sonstigen öffentlichen Bereich
204	vom sonstigen öffentlichen Bereich	377	vom Kreditmarkt (ohne Umschuldungen)
205	von öffentlichen wirtschaftlichen Unternehmen	378	vom Kreditmarkt (für Umschuldungen)
206	von privaten Unternehmen	379	Innere Darlehen
207	von übrigen Bereichen		
209	aus inneren Darlehen	398	Einnahmen des Vermögenshaushalts
		399	Einnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts

Noch: Gliederungs- und Gruppierungsplan für die Jahresrechnungsstatistik der Kommunalfinanzen			
Gruppierungs- nummer	Bezeichnung	Gruppierungs- nummer	Bezeichnung
40	Personalausgaben Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit	73	Leistungen der Sozialhilfe an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen
	Dienstbezüge u. dgl.	74	Leistungen der Sozialhilfe an natürliche Personen in Einrichtungen
410	Beamte	75	Leistungen an Kriegsoffer und ähnliche Anspruchsberechtigte
414	Angestellte	76	Leistungen der Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen
415	Arbeiter	77	Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen
416	Beschäftigungsentgelte u. dgl.	78	Sonstige soziale Leistungen (einschließlich Kindergeld)
	Versorgungsbezüge u. dgl.		
420	Beamte		
424	Angestellte		
425	Arbeiter		
428	Sonstige		
	Beiträge zu Versorgungskassen	800	Sonstige Finanzausgaben Zinsausgaben
430	Beamte	801	an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen
434	Angestellte	802	an Land
435	Arbeiter	803	an Gemeinden (GV)
438	Sonstige	804	an Zweckverbände u. dgl.
	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung	807	an sonstigen öffentlichen Bereich
444	Angestellte	809	an Kreditmarkt
445	Arbeiter		für innere Darlehen
448	Sonstige	810	Steuerbeteiligungen
45	Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.		Gewerbesteuerumlage
46	Personal-Nebenausgaben	832	Allgemeine Umlagen
			an Gemeinden (GV)
	Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	84	Weitere Finanzausgaben
50	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	86	Zuführung zum Vermögenshaushalt
51	Unterhaltung des sonst. unbewegl. Vermögens	892	Deckung von Soll-Fehlbeträgen des Verwaltungshaushalts
52	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonst. Gebrauchsgegenstände	899	Ausgaben des Verwaltungshaushalts
53	Mieten und Pachten		
54	Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen usw.		
55	Haltung von Fahrzeugen		
56	Besondere Aufwendungen für Bedienstete		
638	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	90	Ausgaben des Vermögenshaushalts
639	Schülerbeförderungskosten	91	Zuführungen zum Verwaltungshaushalt
64	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle		Zuführungen an Rücklagen
65	Geschäftsausgaben		
	Weitere allgemeine sächliche Ausgaben	920	Gewährung von Darlehen
660	Verfügmittel	921	an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen
661	Sonstige	922	an Land
	Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts	923	an Gemeinden (GV)
670	an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	924	an Zweckverbände u. dgl.
671	an Land	925	an sonstigen öffentlichen Bereich
672	an Gemeinden (GV)	926	an öffentliche wirtschaftliche Unternehmen
673	an Zweckverbände u. dgl.	927	an private Unternehmen
674	an sonstigen öffentlichen Bereich		an übrige Bereiche
675	an öffentliche wirtschaftliche Unternehmen	930	Vermögenserwerb
676	an private Unternehmen	932	Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen
677	an übrige Bereiche	935	Erwerb von Grundstücken
679	Innere Verrechnungen	94	Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens
	Kalkulatorische Kosten	970	Baumaßnahmen
680	Abschreibungen	971	Tilgung von Krediten, Rückzahlung von inneren Darlehen
685	Verzinsung des Anlagekapitals	972	an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen
	Zuweisungen und Zuschüsse (nicht für Investitionen)	973	an Land
70	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	974	an Gemeinden (GV)
	Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	977	an Zweckverbände u. dgl.
710	an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	978	an sonstigen öffentlichen Bereich
711	an Land	979	an Kreditmarkt (ohne Umschuldungen)
712	an Gemeinden (GV)		an Kreditmarkt (für Umschuldungen, außerordentliche Tilgungen)
713	an Zweckverbände u. dgl.		Rückzahlung von inneren Darlehen
714	an sonstigen öffentlichen Bereich	980	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen
715	an öffentliche wirtschaftliche Unternehmen	981	an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen
716	an private Unternehmen	982	an Land
717	an übrige Bereiche	983	an Gemeinden (GV)
	Schuldendiensthilfen	984	an Zweckverbände u. dgl.
720	an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	985	an sonstigen öffentlichen Bereich
721	an Land	986	an öffentliche wirtschaftliche Unternehmen
722	an Gemeinden (GV)	987	an private Unternehmen
723	an Zweckverbände u. dgl.		an übrige Bereiche
724	an sonstigen öffentlichen Bereich	990	Sonstiges
725	an öffentliche wirtschaftliche Unternehmen	991	Kreditbeschaffungskosten
726	an private Unternehmen	992	Ablösung von Dauerlasten
727	an übrige Bereiche	998	Deckung von Soll-Fehlbeträgen des Vermögenshaushalts
		999	Ausgaben des Vermögenshaushalts
			Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts

Vierteljährliche Kassenstatistik der Gemeinden und Gemeindeverbände			
Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Gruppierungsnummer	Bezeichnung
	Einnahmen des Verwaltungshaushaltes		Ausgaben des Verwaltungshaushaltes
	Steuern	4	Personalausgaben
000	Grundsteuer A		Laufender Sachaufwand
001	Grundsteuer B		Verwaltungs- und Betriebsaufwand
003	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	50-66	Erstattungen an andere Bereiche, Zuschüsse an übrige Bereiche, weitere Finanzausgaben
01	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	675-677, 717, 84	
024	Grunderwerbsteuer, Zuschlag zur Grunderwerbsteuer		Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes, Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke (soweit nicht lfd. Sachaufwand), Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich
020-022, 026, 027, 03	sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen		
00, 01, 02, 03	Steuern zusammen		
	Schlüsselzuweisungen, Bedarfszuweisungen, Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Bund	670-674, 710-714, 720-724	an andere Bereiche
060	vom Land	70, 715, 716, 725-727	innere Verrechnungen
041, 051, 061, 081	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	679	
062		68	Kalkulatorische Kosten
072	Allgemeine Umlagen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	73-78	Leistungen der Sozialhilfe u. ä.
10, 11, 12	Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, zweckgebundene Abgaben		Zinsausgaben an öffentlichen Bereich an andere Bereiche für Innere Darlehen
13-15, 21, 22, 24-26	Übrige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen, Gewinnanteile, Konzessionsabgaben, Ersatz sozialer Leistungen, weitere Finanzeinnahmen	800-803 804, 807 809	
	Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes, Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke, Zinseinnahmen, Schuldendiensthilfen vom Bund, LAF, ERP-Sondervermögen vom Land von Gemeinden und Gemeindeverbänden von Zweckverbänden u. dgl. sowie vom sonstigen öffentlichen Bereich von anderen Bereichen	810	Steuerbeteiligungen Gewerbesteuerumlage
160, 170, 200, 230 161, 171, 201, 231 162, 172, 202, 232 163, 164, 173, 174, 203, 204, 233, 234 165-167, 175-177, 205-207, 235-237		822, 832	Allgemeine Zuweisungen und Umlagen an Gemeinden und Gemeindeverbände
169, 209	innere Verrechnungen, Zinsen aus inneren Darlehen	86	Zuführung zum Vermögenshaushalt
27	Kalkulatorische Einnahmen	892	Deckung von Sollfehlbeträgen
28	Zuführung vom Vermögenshaushalt	899	Ausgaben der Verwaltungshaushaltes zusammen
299	Einnahmen des Verwaltungshaushaltes zusammen		
	Einnahmen des Vermögenshaushaltes		Ausgaben des Vermögenshaushaltes
30	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	90	Zuführung zum Verwaltungshaushalt
31	Entnahmen aus Rücklagen	91	Zuführung an Rücklagen
32	Rückflüsse von Darlehen	92	Gewährung von Darlehen
33, 34	Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen	930	Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen
35	Beiträge und ähnliche Entgelte	932, 935	Erwerb von Grundstücken sowie bewegl. Sachen des Anlagevermögens
	Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen vom Bund, LAF, ERP-Sondervermögen vom Land von Gemeinden und Gemeindeverbänden von Zweckverbänden u. dgl. sowie vom sonstigen öffentlichen Bereich von anderen Bereichen	94-96 94-96 (EP, 2) 94-96 (A 63-66) 94-96 (A 70)	Baumaßnahmen darunter Schulen (Ep. 2) Straßen (A 63-66) Abwasserbeseitigung (A 70)
360 361 362 363, 364		97	Tilgung von Krediten, Rückzahlung innerer Darlehen darunter ordentliche Tilgung von Krediten an Kreditmarkt außerordentliche Tilgung von Krediten, Umschuldungen an Kreditmarkt
365-367		977 978	
37	Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen	980-984 985-987	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an öffentlichen Bereich an andere Bereiche
398	Einnahmen des Vermögenshaushaltes zusammen	990	Kreditbeschaffungskosten
		991	Ablösung von Dauerlasten
		992	Deckung von Sollfehlbeträgen
		998	Ausgaben des Vermögenshaushaltes zusammen
			nachrichtlich: bewirtschaftete Fremdmittel
		160 (A 14)	Katastrophenschutz

Finanzplanungsstatistik der Gemeinden und Gemeindeverbände			
Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Gruppierungsnummer	Bezeichnung
	Einnahmen des Verwaltungshaushalts		Ausgaben des Verwaltungshaushalts
	Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen	40-47	Personalausgaben (Hauptgruppe 4)
000, 001	Grundsteuer A und B	50-66	Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (ohne Gruppen 67 und 68)
003	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital		
01	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	670-677	Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts
02, 03	sonstige Gemeindesteuern		
00-03	Steuern zusammen	679	Innere Verrechnungen
04-06	Allgemeine Zuweisungen	68	Kalkulatorische Kosten
07	Allgemeine Umlagen	5/6	Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand zusammen (Hauptgruppe 5/6)
0	Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen zusammen (Hauptgruppe 0)		Zuweisungen und Zuschüsse (nicht für Investitionen)
	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	70	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
10, 11, 12	Gebühren und ähnliche Entgelte, zweckgebundene Abgaben	71, 72	Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke, Schuldendiensthilfen an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen an Land
13, 14, 15	Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	710, 720 711, 721 712, 713, 722, 723	an Gemeinden und Gemeindeverbänden, an Zweckverbänden und dgl. an öffentl. wirtschaftl. Unternehmen an übrige Bereiche
16, 17	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Erstattungen	715, 725 714, 716, 717, 724, 726, 727	
160, 170, 161, 171	vom Bund, LAF, ERP-Sondervermögen vom Land	73-78	Leistungen der Sozialhilfe u. ä.
162, 163, 172, 173	von Gemeinden und Gemeindeverbänden, von Zweckverbänden und dgl.	7	Zuweisungen und Zuschüsse zusammen (Hauptgruppe 7)
164-167, 169, 174-177	von übrigen Bereichen		
1	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb zusammen (Hauptgruppe 1)	80	Sonstige Finanzausgaben
	Sonstige Finanzeinnahmen	810	Zinsausgaben
20	Zinseinnahmen	83	Gewerbesteuerumlage
23	Schuldendiensthilfen	84, 85	Allgemeine Umlagen
21, 22, 24-28	Übrige Finanzeinnahmen	86	Übrige Finanzausgaben
2	Sonstige Finanzeinnahmen (Hauptgruppe 2)	892	Zuführung zum Vermögenshaushalt
0-2	Einnahmen des Verwaltungshaushalts zusammen (Hauptgruppen 0 – 2)	8	Deckung von Sollfehlbeträgen des Verwaltungshaushalts
	Einnahmen des Vermögenshaushalts	4-8	Sonstige Finanzausgaben zusammen (Hauptgruppe 8)
30	Zuführung vom Verwaltungshaushalt		Ausgaben des Verwaltungshaushalts zusammen (Hauptgruppe 4 – 8)
31	Entnahmen aus Rücklagen	90	Ausgaben des Vermögenshaushalts
32, 33, 34	Rückflüsse von Darlehen und von Kapitalanlagen Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und von Sachen des Anlagevermögens	91	Zuführung zum Verwaltungshaushalt
35	Beiträge und ähnliche Entgelte	92, 98	Zuführung an Rücklagen
36	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	920, 980 921, 981 922, 982, 923, 983	Gewährung von Darlehen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen an Land
360	vom Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	924-927, 984-987	an Gemeinden und Gemeindeverbände, an Zweckverbände und dgl. an übrige Bereiche
361	vom Land	93	Vermögenserwerb
362, 363	von Gemeinden und Gemeindeverbänden, von Zweckverbänden und dgl.	930	Erwerb von Beteiligungen, Kapitalanlagen
364-367	von übrigen Bereichen	932	Erwerb von Grundstücken
37	Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen	935	Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens
370	vom Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	94, 95, 96	Baumaßnahmen
371	vom Land	97	Tilgung von Krediten, Rückzahlung von inneren Darlehen
372, 373	von Gemeinden und Gemeindeverbänden, von Zweckverbänden und dgl.	970	an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen
374-378	von sonstigen öffentlichen Bereich und Kreditmarkt	971	an Land
379	Innere Darlehen	972, 973	an Gemeinden und Gemeindeverbände, an Zweckverbände und dgl.
3	Einnahmen des Vermögenshaushalts zusammen (Hauptgruppe 3)	974-978	an sonstigen öffentlichen Bereich und Kreditmarkt
0-3	Summe der Einnahmen (Hauptgruppe 0 – 3)	979	Rückzahlung von inneren Darlehen
		992	Deckung von Sollfehlbeträgen des Vermögenshaushalts
		990, 991	Übrige Ausgaben des Vermögenshaushalts
		9	Ausgaben des Vermögenshaushalts zusammen (Hauptgruppe 9)
		4-9	Summe der Ausgaben (Hauptgruppen 4 – 9)

Bruttoeinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände 1983 – 1986 nach Arten						
Gruppierungsnummer	Einnahmeart a = Finanzplanungsstatistik (1983 aus dem Planungszeitraum 1982 – 1986 usw.) b = vierteljährliche Kassenstatistik c = Jahresrechnungsstatistik		1983	1984	1985	1986
			1 000 DM			
299	Einnahmen des Verwaltungshaushalts	a	47 436 181	47 879 315	50 160 323	52 211 191
		b	46 422 420	48 618 173	50 553 453	53 489 677
		c	46 609 945	48 730 699	50 891 140	53 619 910
	darunter					
00, 01, 02, 03	Steuern	a	17 009 525	17 053 697	18 097 712	18 931 918
		b	16 580 482	17 498 593	18 410 763	19 496 097
		c	16 578 195	17 501 013	18 422 014	19 515 923
	darunter					
000, 001	Grundsteuern A und B	a	1 777 595	1 890 530	1 937 919	2 032 418
		b	1 804 350	1 896 483	1 953 728	2 055 128
		c	1 811 960	1 894 695	1 952 216	2 064 912
003	Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	a	7 720 985	7 556 704	8 015 338	8 651 657
		b	7 462 400	7 961 168	8 421 442	9 080 480
		c	7 456 063	7 962 616	8 430 425	9 075 013
01	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	a	6 967 630	7 013 067	7 448 425	7 592 681
		b	6 659 359	6 924 086	7 385 173	7 690 974
		c	6 659 350	6 924 089	7 385 182	7 690 977
004, 02, 03	sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	a	543 315	593 396	696 030	655 162
		b	654 373	716 856	650 420	669 515
		c	650 822	719 613	654 191	685 021
04 – 06	allgemeine Zuweisungen	a	6 874 667	7 115 700	7 512 702	7 380 400
		b	6 759 938	7 265 292	7 512 825	7 661 613
		c	6 765 864	7 273 096	7 482 296	7 639 629
072	allgemeine Umlagen	a	5 699 604	5 945 885	6 181 167	6 606 061
		b	5 584 021	5 834 688	6 139 210	6 591 880
		c	5 578 849	5 846 157	6 145 052	6 598 085
10 – 15, 21, 22, 24 – 26	Gebühren, Abgaben, Einnahmen aus Verkauf, Mieten und Pachten, sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen, Verrechnungseinnahmen, Mehrwertsteuer, Gewinnanteile, Konzessionsabgaben, Ersatz von sozialen Leistungen, weitere Finanzeinnahmen	a	9 166 698	9 548 818	9 857 233	10 309 751
		b	9 665 642	9 743 805	10 006 974	10 547 074
		c	9 621 390	9 826 309	10 131 005	10 624 976
	darunter					
10 – 12	Gebühren und ähnliche Entgelte, zweckgebundene Abgaben	a	5 059 703	5 239 951	5 356 624	5 566 248
		b	5 318 725	5 258 811	5 333 965	5 617 618
		c	5 185 484	5 247 756	5 347 239	5 603 186
16, 17, 20, 23	Erstattungen, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Zinseinnahmen, Schuldendiensthilfen	a	6 705 809	6 323 740	6 578 151	6 924 506
		b	6 012 019	6 511 276	6 727 749	7 170 351
		c	6 145 657	6 475 715	6 770 587	7 293 178
398	Einnahmen des Vermögenshaushalts	a	13 835 685	14 251 406	15 131 001	16 082 580
		b	12 510 292	11 830 946	12 965 005	12 826 615
		c	12 979 582	12 759 477	13 723 942	13 366 504
	davon					
30	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	a	1 910 962	2 057 568	2 448 323	2 431 399
		b	2 234 386	2 203 099	2 609 571	2 635 037
		c	2 673 304	3 192 347	3 201 992	3 208 718
31	Entnahmen aus Rücklagen	a	452 315	427 264	509 967	532 182
		b	459 965	323 947	354 577	384 371
		c	449 412	352 740	489 899	464 080
32 – 34	Rückflüsse von Darlehen, Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und Rückflüsse von Kapitaleinlagen, Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens	a	1 166 396	1 279 526	1 329 167	1 286 193
		b	1 645 532	1 467 734	1 340 610	1 339 824
		c	1 667 828	1 478 316	1 316 593	1 334 345
35	Beiträge und ähnliche Entgelte	a	720 219	725 307	739 433	692 889
		b	791 216	702 051	631 191	596 740
		c	784 959	706 807	632 083	600 086
36	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	a	4 163 543	3 827 853	4 003 767	4 193 436
		b	4 096 441	3 738 146	3 784 206	3 541 155
		c	4 120 307	3 684 395	3 799 992	3 506 641
	darunter					
361	vom Land	a	3 707 377	3 401 208	3 574 156	3 727 606
		b	3 658 899	3 283 341	3 367 553	3 104 820
		c	3 703 790	3 269 127	3 419 254	3 130 317
37	Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen	a	5 422 250	5 933 888	6 100 344	6 946 481
		b	3 282 752	3 395 969	4 244 850	4 329 488
		c	3 283 772	3 344 872	4 283 383	4 252 634
399	Bruttoeinnahmen insgesamt	a	61 271 866	62 130 721	65 291 324	68 293 771
		b	58 932 712	60 449 119	63 518 458	66 316 292
		c	59 589 527	61 490 176	64 615 082	66 986 414
	nachrichtlich:					
13 – 15, 21, 22, 24 – 26, 27, 88	Einnahmen aus Verkauf, Mieten und Pachten, sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen, Verrechnungseinnahmen, Mehrwertsteuer, Gewinnanteile, Konzessionsabgaben, Ersatz von sozialen Leistungen, weitere Finanzeinnahmen, kalkulatorische Einnahmen, Zuführungen vom Vermögenshaushalt	a	6 086 873	6 200 342	6 433 967	6 802 058
		b	6 167 235	6 249 513	6 428 941	6 952 118
		c	6 355 896	6 386 962	6 723 952	6 969 909

Bruttoausgaben der Gemeinden/Gemeindeverbände 1983 – 1986 nach Arten						
Gruppierungsnummer	Ausgabeart a = Finanzplanungsstatistik (1983 aus dem Planungszeitraum 1982 – 1986 usw.) b = vierteljährliche Kassenstatistik c = Jahresrechnungsstatistik		1983	1984	1985	1986
			1 000 DM			
899	Ausgaben des Verwaltungshaushalts	a	48 499 756	48 557 905	50 641 995	52 846 335
		b	46 670 364	48 017 500	50 704 801	53 370 410
		c	47 149 309	49 158 741	51 435 403	53 995 421
4	davon Personalausgaben	a	13 335 762	13 326 534	13 616 075	14 244 373
		b	13 053 297	13 184 490	13 681 818	14 466 795
		c	13 048 287	13 176 037	13 669 758	14 461 130
50 – 66	sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	a	6 985 952	7 113 964	7 492 768	7 874 844
		b	6 493 549	6 937 051	7 412 583	7 619 715
		c	6 554 789	6 936 958	7 462 104	7 708 462
670 – 677, 70, 71, 72, 84	Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts (ohne innere Verrechnungen), Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Schuldendienst-hilfen, weitere Finanzausgaben	a	5 497 384	5 105 987	5 334 332	5 627 877
		b	4 877 101	5 252 094	5 339 115	5 677 637
		c	4 959 935	5 137 414	5 230 588	5 562 476
679	innere Verrechnungen	a	995 118	1 028 963	1 055 703	1 116 144
		b	906 501	894 937	961 132	985 639
		c	946 683	986 077	1 069 310	1 113 798
68	kalkulatorische Kosten	a	1 552 951	1 624 747	1 695 687	1 751 951
		b	1 483 428	1 529 147	1 578 336	1 798 644
		c	1 546 108	1 612 954	1 678 253	1 713 616
73 – 78	Leistungen der Sozialhilfe u. ä.	a	7 372 125	7 784 883	8 231 547	8 937 397
		b	7 365 141	7 722 172	8 497 435	9 371 566
		c	7 326 746	7 744 149	8 480 030	9 364 424
80	Zinsausgaben	a	3 298 287	3 101 536	3 075 266	2 962 863
		b	2 846 309	2 839 250	2 826 133	2 718 634
		c	2 883 353	2 851 721	2 833 964	2 721 624
810	Gewerbesteuerumlage	a	1 634 300	1 054 766	1 128 214	1 195 196
		b	1 202 613	1 125 395	1 205 547	1 228 753
		c	1 202 618	1 125 766	1 205 554	1 228 732
832	allgemeine Umlagen an Gemeinden (GV)	a	5 574 326	5 891 919	6 144 194	6 447 242
		b	5 560 245	5 843 910	6 118 341	6 570 026
		c	5 564 971	5 848 246	6 124 868	6 587 140
86	Zuführung zum Vermögenshaushalt	a	1 910 962	2 057 568	2 448 323	2 431 399
		b	2 234 386	2 203 099	2 609 571	2 635 037
		c	2 673 304	3 192 347	3 201 992	3 208 718
892	Deckung von Soll-Fehlbeträgen des Verwaltungs-haushalts	a	342 589	467 038	419 886	257 049
		b	647 794	485 955	474 790	297 964
		c	442 515	547 432	478 982	325 301
998	Ausgaben des Vermögenshaushalts	a	13 877 015	14 252 718	15 131 001	16 090 921
		b	12 577 497	12 282 190	13 317 422	13 369 847
		c	12 821 849	12 446 930	13 545 806	13 711 522
90	davon Zuführung zum Verwaltungshaushalt	a	426 927	266 728	237 671	306 604
		b	336 890	235 372	177 596	224 018
		c	373 872	195 817	261 930	234 523
91	Zuführung an Rücklagen	a	95 456	113 371	124 379	78 865
		b	493 320	499 039	439 488	370 344
		c	614 237	589 113	425 690	543 994
92, 98	Gewährung von Darlehen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	a	1 056 465	1 003 350	1 055 498	1 075 945
		b	1 117 656	1 063 559	948 991	953 357
		c	1 137 170	1 031 881	962 125	962 417
930	Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	a	402 837	391 572	432 749	445 634
		b	483 782	402 491	526 119	449 210
		c	472 044	421 293	508 831	441 418
932, 935	Erwerb von Grundstücken, Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	a	1 634 209	1 685 201	1 795 013	1 894 077
		b	1 599 649	1 685 698	1 909 721	1 990 888
		c	1 621 624	1 713 242	1 925 294	1 997 300
94	Baumaßnahmen	a	6 538 747	6 449 765	6 970 693	7 608 169
		b	5 849 634	5 621 580	5 705 337	6 080 032
		c	5 940 728	5 740 531	5 811 447	6 202 842
97	Tilgung von Krediten, Rückzahlung von inneren Darlehen	a	3 604 347	4 307 109	4 474 829	4 658 248
		b	2 538 853	2 744 974	3 565 388	3 269 743
		c	2 550 731	2 716 122	3 571 986	3 263 876
990, 991	Kreditbeschaffungskosten, Ablösung von Dauerlasten	a	13 417	12 150	9 230	12 034
		b	4 533	3 192	10 043	16 925
		c	4 200	2 753	10 501	16 461
992	Deckung von Soll-Fehlbeträgen des Vermögenshaushalts	a	104 610	23 472	30 939	11 345
		b	153 180	26 285	34 739	15 330
		c	107 243	36 178	68 002	48 691
999	Bruttoausgaben insgesamt	a	62 376 771	62 810 623	65 772 996	68 937 256
		b	59 247 861	60 299 690	64 022 223	66 740 257
		c	59 971 158	61 605 671	64 981 209	67 706 943

Unterschiede zwischen den Ergebnissen der kommunalen Finanzstatistiken nach Einnahmearten								
Einnahmeart	Abweichung der Ergebnisse der							
	Finanzplanungsstatistik ¹⁾				vierteljährlichen Kassenstatistik			
	1983	1984	1985	1986	1983	1984	1985	1986
	von den Ergebnissen der Jahresrechnungsstatistik							
	%							
Einnahmen des Verwaltungshaushalts	+ 1,8	- 1,7	- 1,4	- 2,6	- 0,4	- 0,2	- 0,7	- 0,2
darunter								
Steuern	+ 2,6	- 2,6	- 1,8	- 3,0	-	-	- 0,1	- 0,1
darunter								
Grundsteuern A und B	- 1,9	- 0,2	- 0,7	- 1,6	- 0,4	+ 0,1	+ 0,1	- 0,5
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	+ 3,6	- 5,1	- 4,9	- 4,7	+ 0,1	-	- 0,1	+ 0,1
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	+ 4,6	+ 1,3	+ 0,9	- 1,3	-	-	-	-
sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	-16,5	-17,5	+ 6,4	- 4,4	+ 0,5	- 0,4	- 0,6	- 2,3
allgemeine Zuweisungen	+ 1,6	- 2,2	+ 0,4	- 3,4	- 0,1	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3
allgemeine Umlagen	+ 2,2	+ 1,7	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Gebühren, Abgaben, Einnahmen aus Verkauf, Mieten und Pachten, sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen, Verrechnungseinnahmen, Mehrwertsteuer, Gewinnanteile, Konzessionsabgaben, Ersatz von sozialen Leistungen, weitere Finanzeinnahmen	- 4,7	- 2,8	- 2,7	- 3,0	+ 0,5	- 0,8	- 1,2	- 0,7
darunter								
Gebühren und ähnliche Entgelte, zweckgebundene Abgaben	- 2,4	- 0,1	+ 0,2	- 0,7	+ 2,6	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3
Erstattungen, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Zinseinnahmen, Schuldendiensthilfen	+ 9,1	- 2,3	- 2,8	- 5,1	- 2,2	+ 0,5	- 0,6	- 1,7
Einnahmen des Vermögenshaushalts	+ 6,6	+11,7	+10,3	+20,3	- 3,6	- 7,3	- 5,5	- 4,0
davon								
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	-28,5	-35,5	-23,5	-24,2	-16,4	-31,0	-18,5	-17,9
Entnahmen aus Rücklagen	+ 0,6	+21,1	+ 4,1	+14,7	+ 2,3	- 8,2	-27,6	-17,2
Rückflüsse von Darlehen, Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und Rückflüsse von Kapitaleinlagen, Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens	-30,1	-13,4	+ 1,0	- 3,6	- 1,3	- 0,7	+ 1,8	+ 0,4
Beiträge und ähnliche Entgelte	- 8,2	+ 2,6	+17,0	+15,5	+ 0,8	- 0,7	- 0,1	- 0,6
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	+ 1,0	+ 3,9	+ 5,4	+19,6	- 0,6	+ 1,5	- 0,4	+ 1,0
darunter								
vom Land	+ 0,1	+ 4,0	+ 4,5	+19,1	- 1,2	+ 0,4	+ 1,5	- 0,8
Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen	+65,1	+77,4	+42,4	+63,3	-	+ 1,5	- 0,9	+ 1,8
Bruttoeinnahmen insgesamt	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 2,0	- 1,1	- 1,7	- 1,7	- 1,0
nachrichtlich:								
Einnahmen aus Verkauf, Mieten und Pachten, sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen, Verrechnungseinnahmen, Mehrwertsteuer, Gewinnanteile, Konzessionsabgaben, Ersatz von sozialen Leistungen, weitere Finanzeinnahmen, Kalkulatorische Einnahmen, Zuführungen vom Vermögenshaushalt	- 4,2	- 2,9	- 4,3	- 2,4	- 3,0	- 2,2	- 4,4	- 0,3

1) 1983 aus dem Planungszeitraum 1982 - 1986 usw.

Unterschiede zwischen den Ergebnissen der kommunalen Finanzstatistiken nach Ausgabearten

Ausgabeart	Abweichung der Ergebnisse der							
	Finanzplanungsstatistik ¹⁾				vierteljährlichen Kassenstatistik			
	1983	1984	1985	1986	1983	1984	1985	1986
	von den Ergebnissen der Jahresrechnungsstatistik							
	%							
Ausgaben des Verwaltungshaushalts	+ 2,9	- 1,2	- 1,5	- 2,1	- 1,0	- 2,3	- 1,4	- 1,2
davon								
Personalausgaben	+ 2,2	+ 1,1	- 0,4	- 1,5	-	+ 0,1	+ 0,1	-
sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	+ 6,6	+ 2,6	+ 0,4	+ 2,2	- 0,9	-	- 0,7	- 1,2
Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts (ohne innere Verrechnungen), Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Schuldendiensthilfen, weitere Finanzausgaben	+ 10,8	- 0,6	+ 2,0	+ 1,2	- 1,7	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1
innere Verrechnungen	+ 5,1	+ 4,3	- 1,3	+ 0,2	- 4,2	- 9,2	- 10,1	- 11,5
kalkulatorische Kosten	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,0	+ 2,2	- 4,1	- 5,2	- 6,0	+ 5,0
Leistungen der Sozialhilfe u. ä.	+ 0,6	+ 0,5	- 2,9	- 4,6	+ 0,5	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1
Zinsausgaben	+ 14,4	+ 8,8	+ 8,5	+ 8,9	- 1,3	- 0,4	- 0,3	- 0,1
Gewerbesteuerumlage	+ 35,9	- 6,3	- 6,4	- 2,7	-	-	-	-
allgemeine Umlagen an Gemeinden (GV)	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,3	- 2,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,3
Zuführung zum Vermögenshaushalt	- 28,5	- 35,5	- 23,5	- 24,2	- 16,4	- 31,0	- 18,5	- 17,9
Deckung von Soll-Fehlbeträgen des Verwaltungshaushalts	- 22,6	- 14,7	- 12,3	- 21,0	+ 46,4	- 11,2	- 0,9	- 8,4
Ausgaben des Vermögenshaushalts	+ 8,2	+ 14,5	+ 11,7	+ 17,4	- 1,9	- 1,3	- 1,7	- 2,5
davon								
Zuführung zum Verwaltungshaushalt	+ 14,2	+ 36,2	- 9,3	+ 30,7	- 9,9	+ 20,2	- 32,2	- 4,5
Zuführung an Rücklagen	- 84,5	- 80,8	- 70,8	- 85,5	- 19,7	- 15,3	+ 3,2	- 31,9
Gewährung von Darlehen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	- 7,1	- 2,8	+ 9,7	+ 11,8	- 1,7	+ 3,1	- 1,4	- 0,9
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	- 14,7	- 7,1	- 15,0	+ 1,0	+ 2,5	- 4,5	+ 3,4	+ 1,8
Erwerb von Grundstücken, Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	+ 0,8	- 1,6	- 6,8	- 5,2	- 1,4	- 1,6	- 0,8	- 0,3
Baumaßnahmen	+ 10,1	+ 12,4	+ 19,9	+ 22,7	- 1,5	- 2,1	- 1,8	- 2,0
Tilgung von Krediten, Rückzahlung von inneren Darlehen	+ 41,3	+ 58,6	+ 25,3	+ 42,7	- 0,5	+ 1,1	- 0,2	+ 0,2
Kreditbeschaffungskosten Ablösung von Dauerlasten	+ 219,5	+ 341,3	- 12,1	- 26,9	+ 7,9	+ 15,9	- 4,4	+ 2,8
Deckung von Soll-Fehlbeträgen des Vermögenshaushalts	- 2,5	- 35,1	- 54,5	- 76,7	+ 42,8	- 27,3	- 48,9	- 68,5
Bruttoausgaben insgesamt	+ 4,0	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,8	- 1,2	- 2,1	- 1,5	- 1,4

1) 1983 aus dem Planungszeitraum 1982 – 1986 usw.

Entwicklung der kommunalen Einnahmen 1983 – 1985 und 1984 – 1986 nach Arten

Einnahmeart a = siehe Fußnote 1) b = Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik		Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
		1984	1985	1985	1986
		%			
		1	2	3	4
Einnahmen des Verwaltungshaushalts	a	+ 4,3	+ 3,2	+ 3,7	+ 3,3
	b	+ 4,6	+ 4,4	+ 4,4	+ 5,4
darunter					
Steuern	a	+ 5,6	+ 3,4	+ 5,2	+ 2,8
	b	+ 5,6	+ 5,3	+ 5,3	+ 5,9
darunter					
Grundsteuern A und B	a	+ 4,7	+ 2,2	+ 3,1	+ 4,0
	b	+ 4,6	+ 3,0	+ 3,0	+ 5,8
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	a	+ 6,8	+ 0,7	+ 5,8	+ 2,7
	b	+ 6,8	+ 5,9	+ 5,9	+ 7,6
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	a	+ 4,0	+ 7,6	+ 6,7	+ 2,8
	b	+ 4,0	+ 6,7	+ 6,7	+ 4,1
sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	a	+10,1	- 2,9	- 9,6	+ 0,7
	b	+10,6	- 9,1	- 9,1	+ 4,7
allgemeine Zuweisungen	a	+ 7,4	+ 3,4	+ 3,3	- 1,8
	b	+ 7,5	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,1
allgemeine Zulagen	a	+ 4,6	+ 5,9	+ 5,0	+ 7,6
	b	+ 4,8	+ 5,1	+ 5,1	+ 7,4
Gebühren, Abgaben, Einnahmen aus Verkauf, Mieten und Pachten, sonstige Verwaltungs- und Betriebs-einnahmen, Verrechnungseinnahmen, Mehrwertsteuer, Gewinnanteile, Konzessionsabgaben, Ersatz von sozialen Leistungen, weitere Finanzeinnahmen	a	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,8	+ 3,0
darunter	b	+ 2,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 4,9
Gebühren und ähnliche Entgelte, zweckgebundene Abgaben	a	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,6	+ 4,4
	b	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 4,8
Erstattungen, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Zinseinnahmen, Schuldendiensthilfen	a	+ 5,9	+ 1,0	+ 3,9	+ 2,9
	b	+ 5,4	+ 4,6	+ 4,6	+ 7,7
Einnahmen des Vermögenshaushalts	a	- 8,8	+27,9	+ 1,6	+24,0
	b	- 1,7	+ 7,6	+ 7,6	- 2,6
davon					
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	a	-17,6	+11,1	-18,3	- 6,8
	b	+19,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
Entnahmen aus Rücklagen	a	-17,9	+57,4	+ 0,5	+50,1
	b	-21,5	+38,9	+38,9	- 5,3
Rückflüsse von Darlehen, Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und Rückflüsse von Kapitaleinlagen, Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens	a	-12,0	- 9,4	- 9,3	- 4,1
	b	-11,4	-10,9	-10,9	+ 1,3
Beiträge und ähnliche Entgelte	a	-10,6	+ 5,3	-10,7	+ 9,8
	b	-10,0	-10,6	-10,6	- 5,1
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	a	- 9,3	+ 7,1	+ 2,7	+10,8
darunter	b	-10,6	+ 3,1	+ 3,1	- 7,7
vom Land	a	-11,4	+ 8,9	+ 3,0	+10,7
	b	-11,7	+ 4,6	+ 4,6	- 8,5
Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen	a	+ 3,4	+79,6	+26,9	+63,6
	b	+ 1,9	+28,1	+28,1	- 0,7
Bruttoeinnahmen insgesamt	a	+ 1,4	+ 8,0	+ 3,3	+ 7,5
	b	+ 3,2	+ 5,1	+ 5,1	+ 3,7
nachrichtlich:					
Einnahmen aus Verkauf, Mieten und Pachten, sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen, Verrechnungseinnahmen, Mehrwertsteuer, Gewinnanteile, Konzessionsabgaben, Ersatz von sozialen Leistungen, weitere Finanzeinnahmen, Kalkulatorische Einnahmen, Zuführungen vom Vermögenshaushalt	a	- 1,7	+ 3,0	+ 0,7	+ 5,8
	b	+ 0,5	+ 5,3	+ 5,3	+ 3,7

1) Spalte 1 und 3: Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik im Verhältnis zu denen der Jahresrechnungsstatistik des Vorjahres; Spalte 2 und 4: Ergebnisse der Finanzplanungsstatistik im Verhältnis zu denen der vierteljährlichen Kassenstatistik des Vorjahres

Entwicklung der kommunalen Ausgaben 1983 – 1985 und 1984 – 1986 nach Arten

Ausgabeart a = siehe Fußnote 1) b = Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik		Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
		1984	1985	1985	1986
		%			
		1	2	3	4
Ausgaben des Verwaltungshaushalts	a	+ 1,8	+ 5,5	+ 3,1	+ 4,2
	b	+ 4,3	+ 4,6	+ 4,6	+ 5,0
davon					
Personalausgaben	a	+ 1,0	+ 3,3	+ 3,8	+ 4,1
	b	+ 1,0	+ 3,7	+ 3,7	+ 5,8
sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	a	+ 5,8	+ 8,0	+ 6,9	+ 6,2
	b	+ 5,8	+ 7,6	+ 7,6	+ 3,3
Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts (ohne innere Verrechnungen), Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Schuldendiensthilfen, weitere Finanzausgaben	a	+ 5,9	+ 1,6	+ 3,9	+ 5,4
	b	+ 3,6	+ 1,8	+ 1,8	+ 6,3
innere Verrechnungen	a	– 5,5	+ 18,0	– 2,5	+16,1
	b	+ 4,2	+ 8,4	+ 8,4	+ 4,2
kalkulatorische Kosten	a	– 1,1	+ 10,9	– 2,1	+11,0
	b	+ 4,3	+ 4,0	+ 4,0	+ 2,1
Leistungen der Sozialhilfe u. ä.	a	+ 5,4	+ 6,6	+ 9,7	+ 5,2
	b	+ 5,7	+ 9,5	+ 9,5	+10,4
Zinsausgaben	a	– 1,5	+ 8,3	– 0,9	+ 4,8
	b	– 1,1	– 0,6	– 0,6	– 4,0
Gewerbesteuerumlage	a	– 6,4	+ 0,3	+ 7,1	– 0,9
	b	– 6,4	+ 7,1	+ 7,1	+ 1,9
allgemeine Umlagen an Gemeinden (GV)	a	+ 5,0	+ 5,1	+ 4,6	+ 5,4
	b	+ 5,1	+ 4,7	+ 4,7	+ 7,5
Zuführung zum Vermögenshaushalt	a	–17,6	+ 11,1	– 18,3	– 6,8
	b	+19,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
Deckung von Soll-Fehlbeträgen des Verwaltungshaushalts	a	+ 9,8	– 13,6	– 13,3	–45,9
	b	+23,7	– 12,5	– 12,5	–32,1
Ausgaben des Vermögenshaushalts	a	– 4,2	+ 23,2	+ 7,0	+20,8
	b	– 2,9	+ 8,8	+ 8,8	+ 1,2
davon					
Zuführung zum Verwaltungshaushalt	a	–37,0	+ 1,0	– 9,3	+72,6
	b	–47,6	+ 33,8	+ 33,8	–10,5
Zuführung an Rücklagen	a	–18,8	– 75,1	– 25,4	–82,1
	b	– 4,1	– 27,7	– 27,7	+27,8
Gewährung von Darlehen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	a	– 6,5	– 0,8	– 8,0	+13,4
	b	– 9,3	– 6,8	– 6,8	0
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	a	–14,7	+ 7,5	+ 24,9	–15,3
	b	–10,8	+ 20,8	+ 20,8	–13,2
Erwerb von Grundstücken, Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	a	+ 4,0	+ 6,5	+ 11,5	– 0,8
	b	+ 5,6	+ 12,4	+ 12,4	+ 3,7
Baumaßnahmen	a	– 5,4	+ 24,0	– 0,6	+33,4
	b	– 3,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 6,7
Tilgung von Krediten, Rückzahlung von inneren Darlehen	a	+ 7,6	+ 63,0	+ 31,3	+30,7
	b	+ 6,5	+ 31,5	+ 31,5	– 8,6
Kreditbeschaffungskosten, Ablösung von Dauerlasten	a	–24,0	+189,2	+264,8	+19,8
	b	–34,5	+281,4	+281,4	+56,8
Deckung von Soll-Fehlbeträgen des Vermögenshaushalts	a	–75,5	+ 17,7	– 4,0	–67,3
	b	–66,3	+ 88,0	+ 88,0	–28,4
Bruttoausgaben insgesamt	a	+ 0,5	+ 9,1	+ 3,9	+ 7,7
	b	+ 2,7	+ 5,5	+ 5,5	+ 4,2

1) Spalte 1 und 3: Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik im Verhältnis zu denen der Jahresrechnungsstatistik des Vorjahres; Spalte 2 und 4: Ergebnisse der Finanzplanungsstatistik im Verhältnis zu denen der vierteljährlichen Kassenstatistik des Vorjahres

Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände 1986 – 1988 nach Arten

Einnahme-/Ausgabeart	1986 ¹⁾	1987 ²⁾	Veränderung 1987 gegenüber 1986	1988 ³⁾	Veränderung 1988 gegenüber 1987
	1 000 DM		%	1 000 DM	%
Bruttoeinnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts	66 986 414	68 957 817	+ 2,9	73 931 793	+ 7,2
darunter					
Einnahmen des Verwaltungshaushalts	53 619 910	55 792 820	+ 4,1	58 026 696	+ 4,0
darunter					
Steuern	19 515 923	19 612 453	+ 0,5	19 921 126	+ 1,6
darunter					
Grundsteuer A und B	2 064 912	2 152 289	+ 4,2	2 259 713	+ 5,0
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	7 690 977	8 165 748	+ 6,2	8 103 534	– 0,8
allgemeine Umlagen	6 598 085	7 265 917	+10,1	7 937 464	+ 9,2
Gebühren, Abgaben, Einnahmen aus Verkauf, Mieten und Pachten, sonstige Verwaltungs- und Betriebs- einnahmen, Verrechnungseinnahmen, Mehrwertsteuer, Gewinnanteile, Konzessionsabgaben, Ersatz von sozialen Leistungen, weitere Finanzeinnahmen	10 624 976	11 112 090	+ 4,6	11 660 233	+ 4,9
darunter					
Gebühren und ähnliche Entgelte, zweckgebundene Abgaben	5 603 186	5 962 523	+ 6,4	6 397 001	+ 7,3
Erstattungen, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Zinseinnahmen, Schuldendiensthilfen	7 293 178	7 617 829	+ 4,5	7 585 522	– 0,4
Bruttoausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts	67 706 943	69 287 763	+ 2,3	74 653 424	+ 7,7
darunter					
Ausgaben des Verwaltungshaushalts	53 995 421	56 262 444	+ 4,2	58 748 067	+ 4,4
darunter					
Personalausgaben	14 461 130	15 162 760	+ 4,9	15 701 511	+ 3,6
sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	7 708 462	7 687 756	– 0,3	8 270 712	+ 7,6
Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts (ohne innere Verrechnungen), Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Schuldendiensthilfen, weitere Finanzausgaben	5 562 476	6 025 316	+ 8,3	6 203 758	+ 3,0
Leistungen der Sozialhilfe u. ä.	9 364 424	10 058 036	+ 7,4	10 674 240	+ 6,1
allgemeine Umlagen	6 587 140	7 246 052	+10,0	7 732 733	+ 6,7

1) Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik – 2) Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik (Jahresergebnis) – 3) Ergebnisse der Finanzplanungsstatistik (Planungszeitraum 1987 – 1991)



Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Bei den Werten des Jahres 1988 handelt es sich um vorläufige Werte. – 2) nach dem Ereignisort – 3) nach der Wohngemeinde der Mutter 4) nach der Wohngemeinde des 7) aus gewerbli. Schlachtungen (ohne Geflügel); einschli. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien – 8) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern – nur aus Schlachtungen inländischen Geflügels – 10) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

1987			1988				Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
16 671	16 672	16 677	1
12 130	11 688	10 933	2
8,6	8,5	7,7	3
15 077	15 467	15 841	4
10,6	11,3	11,2	5
4,6	3,4	3,9	6
15 172	14 819	14 932	7
10,7	10,8	10,5	8
140	110	128	9
9,3	7,1	8,1	10
-95	+648	+909	11
-0,1	+0,5	+0,6	12
22 648	15 326	22 063	13
23 030	14 197	18 801	14
-382	+1 129	+3 262	15
46 257	27 545	36 074	16
714	712	747	767	743	734	758	17
393	389	404	422	404	396	406	18
.	2 035	.	.	.	1 978	.	19
.	581	.	.	.	549	.	20
.	.	.	6 249	.	.	.	21
.	.	.	2 325	.	.	.	22
.	.	.	672	.	.	.	23
.	.	.	440	.	.	.	24
69	68	67	68	70	71	60	25
29	26	25	24	27	24	22	26
941	1 020	1 049	949	1 022	978	922	27
8	6	6	7	5	4	3	28
104	111	112	106	113	109	100	29
20	21	20	21	22	22	19	30
4	3	3	3	3	3	3	31
79	86	88	81	88	83	78	32
1 794	1 616	1 436	1 758	1 341	1 080	1 083	33
3 357	3 427	3 766	4 211	3 571	3 377	3 248	34
3 499	3 697	3 737	3 640	3 896	3 826	3 629	35
304	280	268	253	287	273	265	36
97,6	97,8	97,5	96,1	97,1	97,4	258	37
16,1	15,3	14,9	14,9	16,3	16,0	15,6	38
95	93	96	103	105	106	98	39
105	106	92	108	106	111	92	40
1 946	1 947	1 954	1 933	1 934	1 936	1 943	41
1 351	1 353	1 360	1 336	1 337	1 340	1 348	42
181 691	175 779	183 992r	182 610	182 196	180 367	167 015	43
4 239	4 442	4 480	4 180	4 409	4 467	4 430	44
3 083	3 178	3 021r	3 000	3 210	3 301	3 102	45
32 546	33 404	33 720r	34 742	35 196	37 201	32 781	46
9 353	9 972	9 548	10 532	10 476	11 398	9 539	47

Verstorbenen – 5) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene – 6) statt Monatsdurchschnitt 1986 bzw. 1987: Viehbestand am 3. Dezember 1986 bzw. 3. Dezember 1987 – 9) aus Schlachtungen inländischen und ausländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat – bis einschließlich 1986

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1986	1987
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾				
1	* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ²⁾	1 998	2 046
2	* Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	978	1 070
3	* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	"	353	389
4	* Erd- und Erdölgas	"	625	681
5	* Heizölverbrauch	1 000 t	466	459
6	* leichtes Heizöl	"	134	178
7	* schweres Heizöl	"	332	281
8	* Stromverbrauch	Mill. kWh	6 445	6 416
9	* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	"	2 685	2 824
Bergbau				
10	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	98	90
11	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	160	156
12	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	130	126
13	geleistete Arbeiterstunden	"	15 396	14 485
14	Löhne (brutto)	Mill. DM	443	436
15	Gehälter (brutto)	"	175	177
16	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 041	1 999
17	darunter Auslandsumsatz	"	247	214
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				
18	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	91	89
19	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	98	97
20	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	525	514
21	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	351	338
22	geleistete Arbeiterstunden	"	48 260	46 322
23	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 218	1 204
24	Gehälter (brutto)	"	939	979
25	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	12 667	11 917
26	darunter Auslandsumsatz	"	4 007	3 850
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe				
27	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	103	105
28	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	104	103
29	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	860	862
30	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	591	589
31	geleistete Arbeiterstunden	"	82 317	81 106
32	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 851	1 893
33	Gehälter (brutto)	"	1 326	1 389
34	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	12 347	12 625
35	darunter Auslandsumsatz	"	4 659	4 571
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe				
36	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	102	105
37	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	102	103
38	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	316	317
39	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	234	235
40	geleistete Arbeiterstunden	"	32 632	32 683
41	Löhne (brutto)	Mill. DM	652	679
42	Gehälter (brutto)	"	346	365
43	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	4 581	4 718
44	darunter Auslandsumsatz	"	975	986
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe				
45	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	103	103
46	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	103	103
47	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	67	67
48	geleistete Arbeiterstunden	"	10 119	10 048
49	Löhne (brutto)	Mill. DM	181	186
50	Gehälter (brutto)	"	143	149
51	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 803	2 773
52	darunter Auslandsumsatz	"	203	192
Handwerk ⁵⁾				
53	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁶⁾	30. 9. 76 = 100	93,2	92,6
54	* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D. 1976 = 100	129,1	133,6

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; – seit 1985 werden Brennstoffverbräuche nur noch vierteljährlich (für das Berichtsquartal) kJ/m³ – 4) am Monatsende – 5) ohne handwerkliche Nebenbetriebe – 6) am Ende des Berichtsquartals

1987			1988			Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	
.	5 959	.	.	.	5 955	1
.	3 105	.	.	.	2 935	2
.	1 141	.	.	.	1 084	3
.	1 964	.	.	.	1 851	4
.	1 211	.	.	.	1 325	5
.	479	.	.	.	522	6
.	732	.	.	.	803	7
6 410	6 266	6 425r	6 478	6 459	6 474	8
2 782	2 480	2 483r	2 726	2 592	2 557	9
93	90	82	91	85	79	10
156	155	155	150	149	148	11
127	126	125	121	120	120	12
14 095	13 352	14 176	13 637	13 070	12 042	13
437	406	414	390	434	377	14
188	171	173	163	188	169	15
1 693	1 879	1 752	1 866	1 725	1 696	16
158	211	178	187	200	177	17
86	88	89	95	100	100	18
103	102	96	108	105	107	19
514	513	514	503	503	504	20
339	339	339	329	328	329	21
46 409	44 398	46 497	45 830	45 698	45 369	22
1 206	1 234	1 192	1 160	1 232	1 245	23
1 040	992	948	970	1 093	1 038	24
11 898	12 024	12 190r	12 686	12 996	13 434	25
3 810	3 870	3 890	4 216	4 346	4 437	26
102	98	103	109	109	111	27
108	113	90	110	109	121	28
859	860	863	855	856	857	29
587	588	592	582	584	585	30
79 724	77 107	80 756r	80 251	80 032	79 880	31
1 776	1 912	1 987	1 788	1 854	1 915	32
1 354	1 477	1 401r	1 353	1 393	1 527	33
11 871	12 368	12 219	12 631	12 688	14 190	34
4 304	4 749	4 282	4 894	4 706	5 487	35
97	95	97	111	106	104	36
109	107	89	114	109	111	37
316	316	317	324	324	324	38
234	234	235	240	240	240	39
31 994	31 271	32 067	33 369	33 580	33 174	40
635	702	700	664	695	736	41
349	389	359	368	374	411	42
4 419	4 379	4 663	4 878	4 835	4 958	43
882	941	1 005	1 050	1 026	1 094	44
106	109	98	107	110	113	45
101	103	105	101	102	103	46
64	66	69	64	65	66	47
9 469	9 651	10 496	9 523	9 816	9 902	48
185	188	187	178	194	194	49
152	149	140	146	162	156	50
2 665	2 761	2 896	2 681	2 952	2 923	51
199	201	193	185	198	203	52
.	92,0	.	.	.	91,8	53
.	130,2	.	.	.	137,1	54

erhoben. – 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle – 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 169

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1986	1987
			Monatsdurchschnitt	
Öffentliche Energieversorgung				
1	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 097	11 148
2	* Stromverbrauch (einschl. Verlusten)	"	9 935	10 048
3	Stromabgabe der industriellen Eigenanlagen an Fremde	"	1 667	1 778
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)				
4	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ¹⁾	Anzahl	227 477	222 091
5	* geleistete Arbeitsstunden	1 000	23 824	22 799
6	* darunter für Wohnungsbauten	"	7 825	7 222
7	* gewerbliche und industrielle Bauten ²⁾	"	8 643	8 635
8	* Verkehrs- und öffentliche Bauten	"	7 356	6 941
9	* Löhne (brutto)	Mill. DM	528,2	519,1
10	* Gehälter (brutto)	"	143,4	146,4
11	* baugewerblicher Umsatz (ohne MWSt.)	"	1 902,2	1 920,4
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen				
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 154	1 962
13	* darunter mit 1 und 2 Wohnungen	"	2 014	1 867
14	* Rauminhalt	1 000 m ³	2 006	1 742
15	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	629 158	550 629
16	* Wohnfläche	1 000 m ²	335	287
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	383	384
18	* Rauminhalt	1 000 m ³	2 145	2 257
19	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	384 297	429 621
20	* Nutzfläche	1 000 m ²	348	364
21	* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	3 734	3 026
Handel und Gastgewerbe				
22	* Index der Umsätze im Einzelhandel ³⁾	1986 = 100	100,0	104,3
davon des Einzelhandels mit				
23	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	"	100,0	102,2
24	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	"	100,0	102,7
25	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgroßgeräte)	"	100,0	108,8
26	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	"	100,0	103,4
27	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	"	100,0	106,2
28	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	"	100,0	106,0
29	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	"	100,0	103,7
30	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	"	100,0	108,7
31	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	100,0	103,7
32	Index der Umsätze im Großhandel ⁵⁾	1980 = 100	106,1	...
davon des Großhandels mit				
33	Rohstoffen und Halbwaren	"	93,9	...
34	Fertigwaren	"	124,1	...
35	* Index der Umsätze im Gastgewerbe ³⁾	1986 = 100	100,0	104,3
36	davon Beherbergungsgewerbe	"	100,0	110,4
37	Gaststättengewerbe	"	100,0	102,3
38	Kantinen	"	100,0	107,6
Handel mit der DDR und Berlin (Ost)				
39	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	180 234	167 572
40	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	"	190 629	193 903
41	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	11 548,9	11 239,2
42	* davon Güter der Ernährungswirtschaft	"	322,4	308,3
43	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	11 226,5	10 930,9
44	* davon Rohstoffe	"	264,4	222,9
45	* Halbwaren	"	867,5	810,6
46	* Fertigwaren	"	10 094,6	9 897,5
47	* davon Vorerzeugnisse	"	3 123,8	3 038,8
48	* Enderzeugnisse	"	6 970,8	6 858,7
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern				
49	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 300,0	1 335,4
50	Dänemark	"	250,9	221,1
51	Frankreich	"	1 172,6	1 161,5
52	Griechenland	"	93,3	86,8
53	Großbritannien	"	1 025,7	1 002,5
54	Italien	"	794,6	776,0
55	Niederlande	"	1 308,5	1 297,6
56	Portugal	"	68,6	82,2
57	Republik Irland	"	66,9	63,0
58	Spanien	"	299,8	336,5

1) am Monatsende – 2) einschl. landwirtschaftlichen Baus – 3) einschl. Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse – gültige Ergebnisse

1987			1988				Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
11 138	10 419	9 936	10 532r	9 687	8 737r	9 158	1
9 252	9 806	8 376r	9 649	9 070r	9 126	...	2
1 772	1 536	1 572r	1 662	1 646	1 499	1 565	3
222 648	222 768	224 445	214 239p	215 193p	215 468p	216 483p	4
25 326	25 281	27 841	23 599p	24 587p	24 820p	22 975p	5
8 416	8 443	9 121	7 245p	7 681p	7 864p	6 901p	6
9 040	8 966	10 050	9 097p	9 383p	9 224p	9 074p	7
7 870	7 873	8 670	7 257p	7 523p	7 732p	7 000p	8
529,1	552,8	584,6	508,9p	544,0p	547,5p	552,8p	9
140,9	146,2	146,0	144,2p	147,6p	153,4p	150,2p	10
1 894,5	2 006,5	2 272,0	1 807,9p	1 913,6p	2 088,1p	2 102,4p	11
2 153	2 194	2 561	2 576	2 351	2 245	2 763	12
2 042	2 079	2 453	2 483	2 234	2 135	2 646	13
1 959	1 993	2 262	2 206	2 099	2 016	2 452	14
624 164	635 649	723 821	685 927	664 266	631 283	770 026	15
321	326	372	366	345	333	400	16
432	455	463	428	383	368	484	17
2 220	3 033	2 270	2 041	2 605	2 153	3 244	18
338 331	664 208	358 328	375 557	415 656	366 639	614 146	19
372	477	374	349	437	353	512	20
3 245	3 465	3 932	3 690	3 491	3 437	4 040	21
98,3	94,9	104,9	105,4	107,8	102,8	103,4	22
98,0	97,3	104,7	100,3	109,2	104,0	101,2	23
90,9	83,2	100,6	108,1	101,6	84,9	93,6	24
99,1	92,5	102,3	111,7	109,0	103,9	106,4	25
79,9	78,5	90,5	84,2	80,5	85,6	89,9	26
90,5	84,0	91,5	97,0	92,3	97,9	103,9	27
100,3	101,4	115,7	105,2	108,6	108,2	109,3	28
88,1	82,7	92,3	131,8	146,1	137,7	131,7	29
115,6	111,1	111,7	127,8	128,0	128,6	115,0	30
82,9	90,1	104,1	97,2	99,3	94,7	102,5	31
...	32
...	33
...	34
111,2	101,0	102,0	104,8	113,0	107,1	98,9	35
128,2	106,7	100,1	110,2	124,7	124,5	98,2	36
106,6	99,3	102,4	103,2	109,5	101,4	99,0	37
106,8	101,4	104,7	105,6	114,9	117,0	99,8	38
151 618	186 097	185 159	171 358	181 560	187 739	169 918	39
150 917	167 761	218 924	165 140	152 251	160 313	202 590	40
11 216,3	10 748,9	11 771,2	41
281,8	269,7	293,1	42
10 934,5	10 479,2	11 478,0	43
219,2	234,3	214,1	44
801,2	792,4	794,0	45
9 914,1	9 452,5	10 470,1	46
3 032,2	2 936,3	3 128,9	47
6 881,9	6 516,2	7 341,2	48
1 318,5	1 346,5	1 182,0	49
220,1	200,0	214,5	50
1 154,0	1 141,9	1 248,9	51
85,8	80,6	99,4	52
938,8	964,2	1 134,7	53
861,0	904,9	915,9	54
1 248,1	1 244,3	1 335,7	55
87,0	78,7	77,1	56
58,0	50,3	61,3	57
335,6	338,8	332,7	58

4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel – 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: end-

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1986	1987
			Monatsdurchschnitt	
	Noch: Handel und Gastgewerbe			
1	* EG-Länder zusammen	Mill. DM	6 381,2	6 435,5
2	EFTA-Länder zusammen	"	1 605,8	1 597,9
3	übrige Länder	"	3 561,9	3 205,8
	Fremdenverkehr ¹⁾			
4	* Gästeankünfte	1 000	766	789
5	* darunter von Auslandsgästen	"	144	159
6	* Gästeübernachtungen	"	2 434	2 462
7	* darunter von Auslandsgästen	"	361	363
	Verkehr			
	Binnenschifffahrt			
8	Güterumschlag in den Binnenhäfen	1 000 t	10 885	10 428
9	* davon Güterempfang	"	6 277	5 929
10	* Güterversand	"	4 608	4 499
11	Güterdurchgang an der Grenzstelle Emmerich	1 000 t	11 400	11 099
12	davon Bergverkehr	"	7 709	7 313
13	Talverkehr	"	3 691	3 786
	Kraftfahrzeuge			
14	* Zulassungen bzw. Anmeldungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²⁾	Anzahl	63 410	66 566
15	darunter Personenkraftwagen einschl. Kombinationskraftwagen	"	58 400	61 302
16	Lastkraftwagen	"	2 339	2 458
17	Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkrafträdern	"	1 716	1 760
	Straßenverkehrsunfälle			
18	Unfälle insgesamt	Anzahl	43 438	45 135
19	* davon mit Personenschaden	"	7 199	6 808
20	mit nur Sachschaden	"	36 329	38 328
21	* getötete Personen	"	151	129
22	* verletzte Personen	"	9 051	8 644
23	darunter schwerverletzte Personen	"	2 543	2 361
	Deutsche Bundesbahn ³⁾			
24	Güterempfang	1 000 t	6 860	6 573
25	Güterversand	"	8 552	8 090
26	Güterwagenstellung	1 000	303	282
	Deutsche Bundespost ⁴⁾			
27	Briefsendungen	Mill.	248	249
28	Paketsendungen	1 000	4 520	4 599
29	abgehende Ferngespräche	Mill.	251	241
30	aufgegebene Telegramme	1 000	131	127
	Geld und Kredit			
	Kredite und Einlagen ⁵⁾			
31	* Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	432 520	440 745
32	* darunter Kredite an inländische Nichtbanken	"	423 542	431 033
33	* kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr einschl.)	"	86 247	81 836
34	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	84 542	79 981
35	* an öffentliche Haushalte	"	1 705	1 855
36	* mittelfristige Kredite (über 1 bis unter 4 Jahre)	"	36 014	33 186
37	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	32 409	29 954
38	* an öffentliche Haushalte	"	3 605	3 232
39	* langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	301 655	317 241
40	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	245 989	259 272
41	* an öffentliche Haushalte	"	55 666	57 969
42	durchlaufende Kredite	"	8 604	8 482
43	an Unternehmen und Privatpersonen	"	7 319	7 047
44	an öffentliche Haushalte	"	1 285	1 435

1) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze – 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt – 3) Ergebnisse für die Bereiche der DB-Direktionen Essen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne

1987			1988				Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
6 306,8	6 350,2	6 602,2	1
1 592,7	1 478,1	1 616,2	2
3 316,8	2 920,6	3 552,8	3
988	879	780	798	935	958	747	4
182	157	179	138	157	179	173	5
2 967	2 779	2 858	2 454	2 875	3 074	2 835	6
450	358	466	328	376	453	470	7
10 461	10 585	11 103	10 989	11 210	11 047	10 877	8
5 859	5 886	6 428	6 186	6 360	6 156	6 241	9
4 602	4 699	4 675	4 801	4 850	4 891	4 636	10
11 552	10 935	10 933	12 115	11 556	12 280	11 761	11
7 455	7 203	6 937	7 668	7 223	7 581	7 481	12
4 097	3 732	3 996	4 447	4 333	4 699	4 280	13
76 199	70 997	75 675	77 087	72 126	74 048	65 051	14
69 507	65 287	69 708	68 956	64 441	67 198	59 925	15
2 607	2 463	2 585	2 777	2 827	2 831	2 442	16
2 970	2 031	2 322	4 210	3 646	2 703	1 724	17
48 707	44 684	45 082	43 103	48 290	44 294	44 447	18
7 870	7 283	8 238	6 929	8 525	7 631	7 295	19
40 837	37 401	36 844	36 174	39 765	36 663	37 152	20
161	119	137	161	153	141	141	21
10 040	9 216	10 486	8 864	10 808	9 639	9 473	22
2 689	2 515	2 785	2 413	2 895	2 604	2 496	23
6 489	6 403	6 763	6 949	6 781	6 735	...	24
7 981	7 756	8 207	8 040	8 033	7 887	...	25
274	266	292	465	436	449	...	26
218	225	241	237	251	251	218	27
3 982	3 595	4 073	4 118	4 044	3 713	3 548	28
263	269	271	276	288	29
131	131	143	121	141	129	135	30
431 881	434 525	435 098	444 128	443 728	448 473	449 671	31
422 511	426 228	425 588	434 757	434 348	438 894	440 309	32
83 376	85 542	83 949	82 967	81 514	85 753	84 724	33
79 890	81 546	79 505	80 210	79 708	82 863	81 244	34
3 486	3 996	4 444	2 757	1 806	2 890	3 480	35
33 841	33 983	34 286	31 652	31 966	31 977	32 473	36
30 460	30 585	30 900	29 155	29 484	29 490	29 850	37
3 381	3 398	3 386	2 497	2 482	2 487	2 623	38
306 029	306 396	308 232	321 078	321 862	322 457	324 159	39
250 009	250 804	252 518	262 610	263 159	264 208	265 511	40
56 020	55 592	55 714	58 468	58 703	58 249	58 648	41
8 635	8 604	8 631	8 431	8 386	8 286	8 315	42
7 285	7 249	7 256	6 970	6 908	6 811	6 824	43
1 350	1 355	1 375	1 461	1 478	1 475	1 491	44

und Köln – 4) Ergebnisse für die Bereiche der Oberpostdirektionen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster – 5) Die Angaben umfassen die in NW gelegenen Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter.

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1986	1987
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Geld und Kredit				
1	* Einlagen und aufgenommene Gelder ¹⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	392 277	410 662
2	* Sichteinlagen und Termingelder ¹⁾	"	225 605	236 112
3	* von Unternehmen und Privatpersonen	"	184 766	193 601
4	* von öffentlichen Haushalten	"	40 839	42 511
5	* Spareinlagen	"	166 672	174 550
6	* bei Sparkassen	"	99 218	103 138
7	* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	9 755	9 741
8	* Belastungen auf Sparkonten	"	8 823	9 070
Zahlungsschwierigkeiten				
9	* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	480	425
10	* Vergleichsverfahren	"	2	2
11	* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	3 574	2 623
12	* Wechselsumme	Mill. DM	29	22
Sozialleistungen				
13	Wohngeldempfänger	Anzahl	528 022	577 854
14	davon Empfänger von Mietzuschuß	"	500 576	547 700
15	von Lastenzuschuß	"	27 446	30 155
16	Wohngeldanspruch je Fall	DM	141	147
17	Mietzuschuß je Fall	"	140	146
18	Lastenzuschuß je Fall	"	165	165
Gesetzliche Krankenversicherung (ohne mitversicherte Familienangehörige)				
19	Mitglieder insgesamt	1 000	9 922	9 996
20	darunter Pflichtmitglieder	"	5 724	5 763
21	Rentner und Rentenantragsteller	"	2 962	2 984
Steueraufkommen nach Steuerarten				
22	* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	8 207,7	8 444,4
23	* Steuern vom Einkommen	"	5 134,4	5 187,0
24	* Lohnsteuer ²⁾	"	3 474,6	3 732,1
25	* veranlagte Einkommensteuer	"	800,9	805,3
26	* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	227,1	191,9
27	* Körperschaftsteuer ²⁾	"	631,8	457,8
28	* Steuern vom Umsatz	"	3 073,3	3 257,4
29	* Umsatzsteuer	"	1 476,5	1 740,8
30	* Einfuhrumsatzsteuer	"	1 596,8	1 516,6
31	* Bundessteuern	"	1 293,3	1 325,4
32	* darunter Zölle	"	125,6	132,0
33	* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	1 064,7	1 090,5
34	darunter Mineralölsteuer	"	664,0	701,2
35	* Landessteuern ³⁾	"	449,9	516,9
36	* darunter Vermögensteuer	"	96,9	122,5
37	* Kraftfahrzeugsteuer	"	210,2	189,0
38	* Biersteuer	"	31,4	32,4
39	* Gemeindesteuern ³⁴⁾	"	2 951,3	2 861,7
40	* darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	2 270,1	2 269,2
41	* Grundsteuer A	"	14,1	14,2
42	* Grundsteuer B	"	499,7	523,9
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ³⁴⁾				
43	* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	16 765,9	17 242,0
44	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	6 739,6	6 759,6
45	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	5 992,9	6 351,9
46	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	153,6	154,2
47	* Steuereinnahmen des Landes	"	10 890,7	11 299,0
48	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	6 739,6	6 759,6
49	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	2 847,7	2 834,5
50	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	153,6	154,2
51	* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	4 568,1	4 595,0
52	* darunter Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	1 924,0	2 041,8
53	* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	"	1 962,9	1 960,7

1) einschl. durchlaufender Kredite, Sparbriefen, Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. – 2) nach Berücksichtigung der Einnahmen und bzw. 1987: Vierteljahresdurchschnitt – 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

1987			1988				Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
395 630	394 845	393 030	409 211	411 584	410 823	408 968	1
227 434	226 190	224 962	233 834	236 306	235 784	234 655	2
185 945	184 900	185 226	193 237	194 144	194 478	193 967	3
41 489	41 290	39 736	40 597	42 162	41 306	40 688	4
168 196	168 655	168 068	175 377	175 278	175 039	174 313	5
99 817	99 970	99 455	103 970	103 899	103 686	103 257	6
7 440	7 922	11 980	7 912	7 886	7 836	8 346	7
7 316	7 463	12 567	7 774	7 984	8 075	9 072	8
370	456	396	420	367	358	449	9
6	1	2	2	-	-	3	10
2 677	2 987	2 873	2 051	2 281	2 224	2 009	11
21	24	23	16	18	18	17	12
592 113	587 085	582 287	583 534	595 529	586 926	...	13
560 692	555 747	551 358	553 484	564 659	556 125	...	14
31 421	31 338	30 929	30 050	30 870	30 801	...	15
148	148	148	149	149	149	...	16
147	147	147	148	149	148	...	17
167	166	165	161	161	160	...	18
9 949	9 951	9 936	10 030	10 024	10 032	10 027	19
5 713	5 714	5 703	5 796	5 787	5 793	5 788	20
2 981	2 982	2 984	3 002	3 005	3 007	3 010	21
4 447,9	11 390,3	7 678,5	6 676,8	6 373,4	11 555,4	7 794,0	22
1 159,2	8 156,4	4 805,9	3 220,6	3 024,2	8 344,7	4 593,3	23
3 067,5	3 849,7	4 260,4	3 198,5	3 194,6	3 808,6	4 191,0	24
-197,3	2 211,4	-27,5	-201,8	-300,4	2 539,8	-37,9	25
91,4	366,0	411,0	137,6	87,2	247,2	412,3	26
-1 802,4	1 729,3	162,0	86,3	42,8	1 749,1	27,9	27
3 288,7	3 234,0	2 872,6	3 456,2	3 349,2	3 210,7	3 200,7	28
1 744,0	1 748,7	1 292,3	1 720,8	1 769,6	1 554,2	1 512,7	29
1 544,7	1 485,3	1 580,3	1 735,3	1 579,5	1 656,5	1 688,0	30
1 269,6	1 077,2	1 552,8	1 263,4	1 364,6	1 289,3	1 350,7	31
134,5	120,4	135,6	175,4	136,7	152,9	147,6	32
1 047,9	889,5	1 321,2	1 005,6	1 134,5	1 062,1	1 126,8	33
657,2	490,6	925,1	653,4	736,8	687,0	724,4	34
667,9	423,1	457,0	468,2	661,6	364,8	461,0	35
291,0	21,9	29,1	39,6	299,8	32,8	20,4	36
202,5	233,2	238,2	217,5	173,4	160,5	242,8	37
30,8	30,9	38,2	31,8	26,8	29,7	45,9	38
.	2 732,9	.	.	.	3 129,2	.	39
.	2 147,5	.	.	.	2 493,0	.	40
.	14,4	.	.	.	15,0	.	41
.	527,3	.	.	.	568,1	.	42
.	15 384,4	.	.	.	16 970,5	.	43
.	5 345,4	.	.	.	6 376,8	.	44
.	6 352,1	.	.	.	6 510,4	.	45
.	148,7	.	.	.	166,0	.	46
.	9 677,8	.	.	.	10 898,6	.	47
.	5 345,4	.	.	.	6 376,8	.	48
.	2 689,5	.	.	.	2 861,3	.	49
.	148,7	.	.	.	166,0	.	50
.	4 164,2	.	.	.	4 633,2	.	51
.	1 728,7	.	.	.	1 835,9	.	52
.	1 850,1	.	.	.	2 161,1	.	53

Ausgaben aus der Zerlegung – 3) Landessteuern (Gemeindesteuern) einschl. 5/14 (9/14) des Aufkommens an der Grunderwerbsteuer – 4) statt Monatsdurchschnitt 1986

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1986	1987	
			Monatsdurchschnitt		
	Preise				
	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte				
1	* Gesamtlebenshaltung	1980 = 100	120,4	120,5	
2	* darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	116,5	115,7	
3	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	122,6	120,7	
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	118,4	119,5	
5	Bekleidung, Schuhe	"	122,2	124,3	
	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer- haushalten mit mittlerem Einkommen				
6	Gesamtlebenshaltung	1980 = 100	120,4	120,3	
7	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	116,1	115,2	
8	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	123,6	121,0	
9	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	118,4	119,4	
10	Bekleidung, Schuhe	"	123,1	125,1	
	Preisindex ²⁾ für Wohngebäude				
11	* Bauleistungen am Bauwerk	1980 = 100	115,8	117,8	
12	davon Rohbauarbeiten	"	111,1	112,4	
13	Ausbauarbeiten	"	122,6	125,6	
14	Preisindex ²⁾ für gemischt genutzte Gebäude	Bauleistungen am Bauwerk	116,6	118,7	
15	für Bürogebäude		"	118,3	120,8
16	für gewerbliche Betriebsgebäude		"	118,5	120,7
17	Preisindex für den Straßenbau ²⁾	"	103,5	104,1	
	Löhne und Gehälter				
	Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau ³⁾				
	Bruttowochenverdienste				
18	* männliche Arbeiter	DM	739	758	
19	* darunter Facharbeiter	"	784	800	
20	* weibliche Arbeiter	"	508	528	
21	* darunter Hilfsarbeiter	"	496	516	
	Bruttostundenverdienste				
22	* männliche Arbeiter	DM	17,98	18,58	
23	* darunter Facharbeiter	"	18,98	19,61	
24	* weibliche Arbeiter	"	12,90	13,44	
25	* darunter Hilfsarbeiter	"	12,60	13,15	
	bezahlte Wochenarbeitszeit				
26	männliche Arbeiter	h	41,1	40,8	
27	weibliche Arbeiter	"	39,4	39,3	
	Angestellte, Bruttomonatsverdienste ³⁾				
	in Industrie und Hoch- und Tiefbau				
	kaufmännische Angestellte				
28	* männlich	DM	4 586	4 760	
29	* weiblich	"	3 139	3 262	
	technische Angestellte				
30	* männlich	DM	4 803	4 958	
31	* weiblich	"	3 215	3 348	
	in Handel, Kredit und Versicherungen				
	kaufmännische Angestellte				
32	* männlich	DM	3 822	3 935	
33	* weiblich	"	2 552	2 645	
	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen				
34	Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung ⁴⁾		+0,3	+0,5	

1) einschl. Wasserverbrauch in den Wohnungen – 2) statt Monatsdurchschnitt 1986 bzw. 1987: Vierteljahresdurchschnitt – 3) mit der jeweiligen Anzahl der Beschäftigten (Zum Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW, Heft 11/83.)

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

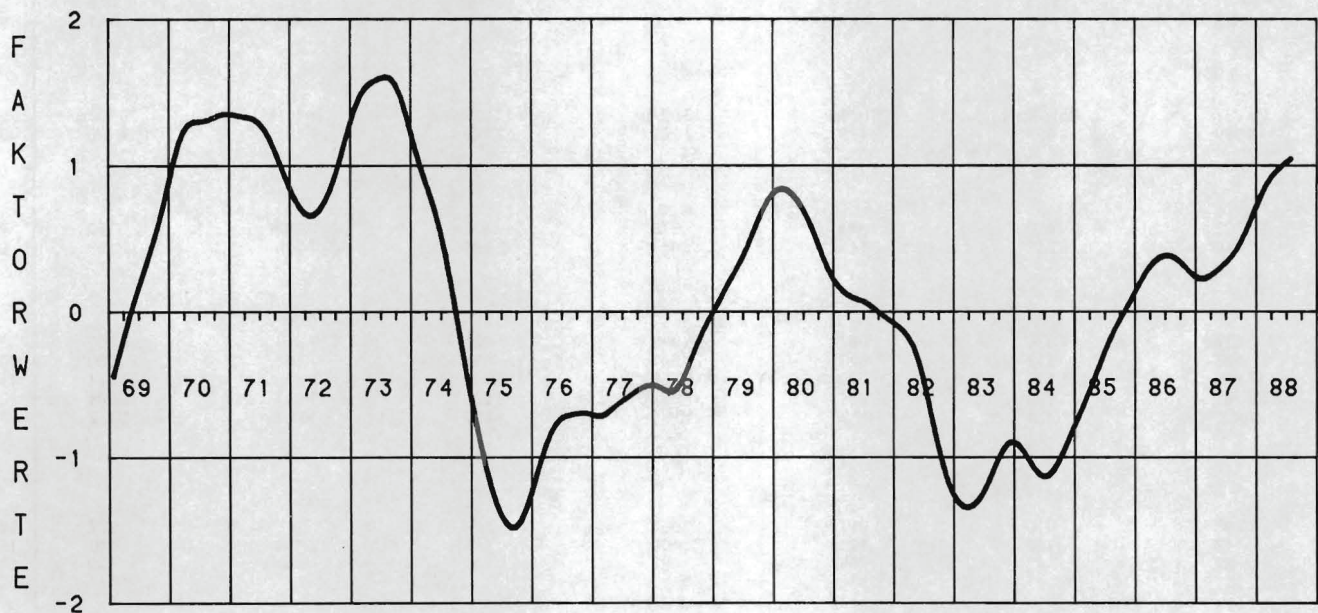
Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1986	1987
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerung¹⁾				
1	Wohnbevölkerung ²⁾	1 000	61 140	...
2	Eheschließungen	je 1 000 der	6,1	6,2
3	Lebendgeborene	Bevölkerung	10,3	10,5
4	Gestorbene	und 1 Jahr	11,5	11,2
Erwerbstätigkeit				
5	Erwerbstätige	1 000	25 794p	25 971p
6	Arbeitslose ²⁾	"	2 228	2 229
Landwirtschaft				
7	Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge	1 000 t	404	406
8	Milcherzeugung	"	2 196	2 035
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe				
9	Beschäftigte	1 000	7 063	7 054
10	Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	664	649
11	Umsatz	Mill. DM	122 354	123 009
12	darunter Auslandsumsatz	"	36 367	36 519
13	Index der Nettoproduktion	1985 = 100	106,1 ³⁾	106,1 ³⁾
Bauhauptgewerbe				
14	Bauhauptgewerbe, alle Betriebe	1 000	1 003	985
15	Beschäftigte	Mill.	107	103
16	geleistete Arbeitsstunden	"	39	36
Handel				
17	Einzelhandel	1986 = 100	100	104,0
	Umsatz insgesamt			
	Warenverkehr mit Berlin (West)			
18	Bezüge	Mill. DM	3 083	3 024
19	Lieferungen	"	2 270	2 216
	Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)			
20	Bezüge	Mill. DM	570	554
21	Lieferungen	"	621	617
	Außenhandel			
22	Einfuhr	Mill. DM	34 479	34 123
23	Ausfuhr	"	43 864	43 918
Verkehr				
24	Beförderte Güter	1 000 t	26 282	25 539
25	Eisenbahnen ⁴⁾	"	19 125	18 417
26	Binnenschifffahrt	"	11 344	11 091
	Seeschifffahrt			
27	Beförderte Personen	Mill.	93,7	93,9
	Eisenbahnen ⁴⁾			
Geld und Kredit				
28	Bargeldumlauf ²⁾	Mrd. DM	112,2	124,1
29	Spareinlagen ²⁾	"	670,3	701,1
	Kredite an			
30	Unternehmen und Privatpersonen ²⁾	Mrd. DM	1 643,0	1 699,8
31	öffentliche Haushalte ²⁾	"	471,6	500,5
Steuern				
32	Einnahmen aus Steuern insgesamt	Mill. DM	32 386	33 637
33	Steuern vom Einkommen	"	18 545	19 171
34	Lohnsteuer	"	12 686	13 681
35	veranlagte Einkommensteuer	"	2 490	2 558
36	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	677	657
37	Körperschaftsteuer	"	2 692	2 275
38	Bundessteuern	"	4 696	4 772
39	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	4 347	4 427
40	Landessteuern	"	1 771	1 853
Preise				
41	Preisindex ausgewählter Grundstoffe	1980 = 100	104,7	99,7
42	Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk)	1980 = 100	116,2	118,6
43	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	1985 = 100	97,5	95,1
44	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	1980 = 100	97,2	93,9
	Preisindex für die Lebenshaltung			
45	aller privaten Haushalte	1980 = 100	120,7	121,0
46	von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	"	120,7	120,8

1) Vorläufige Ergebnisse – 2) Jahres- bzw. Monatsende – 3) Basisjahr 1980 = 100 – 4) Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs – — — — Quelle: Statistisches Bundesamt

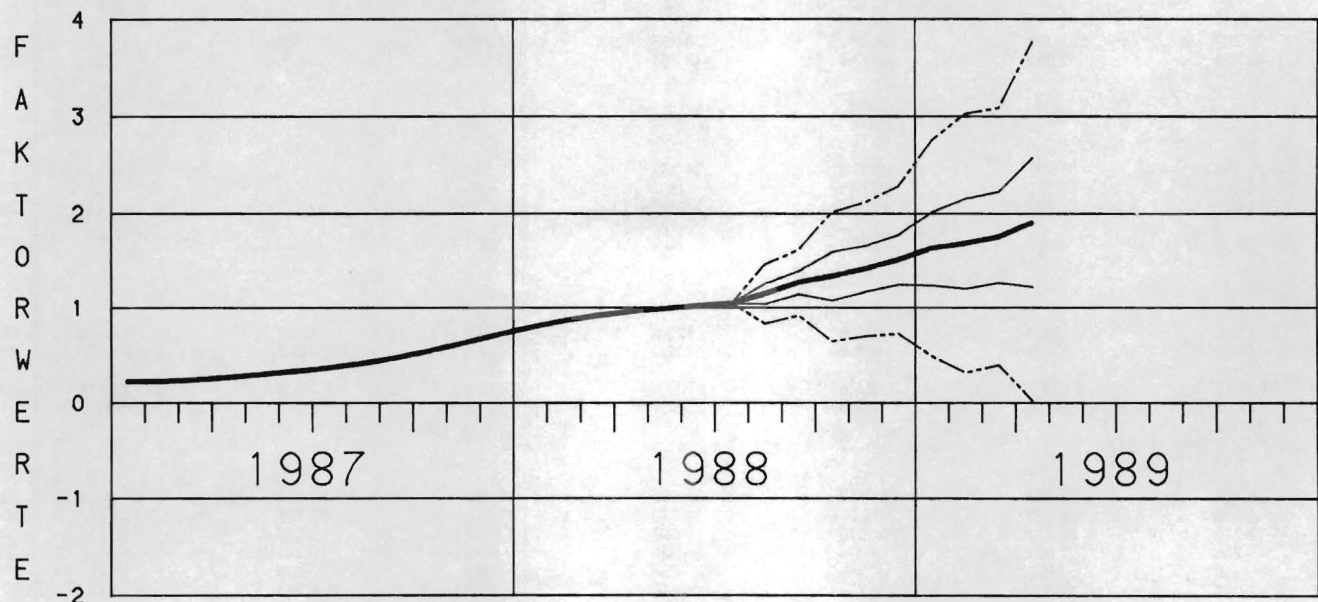
1987			1988			Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	
...	1
9,3	8,8	8,2	4,8	9,5	8,2	2
10,1	11,3	11,4	10,2	11,2	11,1	3
10,5	11,3	10,7	11,3	11,3	10,8	4
25 867p	25 928p	26 019p	25 937p	26 039p	26 111p	5
2 099	2 097	2 176	2 262	2 149	2 131	6
392	410	393	379	427	398	7
2 418	2 243	2 144r	2 043	2 294	2 196	8
7 027	7 036	7 067	6 993	7 001	7 019	9
637	619	629	641	639	641	10
117 939	121 172	120 920	126 656	125 749	132 468	11
34 761	36 740	35 404	37 621	38 235	41 013	12
106,2 ³⁾	109,1 ³⁾	97,5 ³⁾	104,4	103,6	107,7	13
1 003	1 010	1 017r	955	969	975	14
117	120	128r	106	116	118	15
42	43	45r	37	42	42	16
114,5 ³⁾	113,3 ³⁾	121,9 ³⁾	105,4	107,0	104,0	17
2 958	2 994	3 000	2 830	3 012	3 246	18
2 177	2 029	2 192	2 157	2 208	2 147	19
529	577	596	534	565	577	20
542	605	704	540	494	544	21
32 762	33 784	35 645	33 833	37 265p	36 085p	22
43 314	42 097	45 554	43 334	47 575p	50 315p	23
25 106	24 907	25 974	24 981	25 184	...	24
19 461	17 779	20 560	25
11 650p	10 758p	10 804p	11 003p	12 350p	11 523p	26
87,9	84,9	97,0	79,2	85,1	...	27
115,0	115,4	119,6	126,8	126,9	129,1	28
678,0	679,4	678,5	712,9	712,6	712,3	29
1 640,2	1 652,7	1 655,8	1 707,6	1 713,5	1 731,9	30
471,5	470,6	476,8	508,4	510,9	516,8	31
25 405	42 107	30 118	27 495	28 354	42 455	32
9 999	29 798	15 795	11 679	12 202	29 728	33
12 210	13 677	14 940	11 867	12 412	13 632	34
- 708	7 831	-706	-839	-993	8 401	35
519	979	1 388	634	403	934	36
-2 023	7 310	173	18	380	6 761	37
4 789	4 488	4 803	4 650	4 969	4 619	38
4 470	4 248	4 518	4 343	4 661	4 363	39
2 504	1 585	1 632	1 711	2 564	1 655	40
99,1	99,7	100,4	100,6	101,2	102,3	41
118,5	120,9	...	42
115,2 ³⁾	115,3 ³⁾	115,6 ³⁾	95,8	96,0	96,3	43
93,9	93,9	92,3	92,5	91,6	92,8p	44
121,1	121,3	121,3	122,2	122,4	122,6	45
120,9	121,1	121,0	121,8	122,0	122,2	46

MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG

BIS JULI 1988 REALISIERTE WERTE ¹⁾



AB AUGUST 1988 BIS APRIL 1989 PROGNOTIZIERTE WERTE ²⁾



— 95%-VERTRAUENSBEREICH DER REGRESSIONSSCHÄTZUNGEN

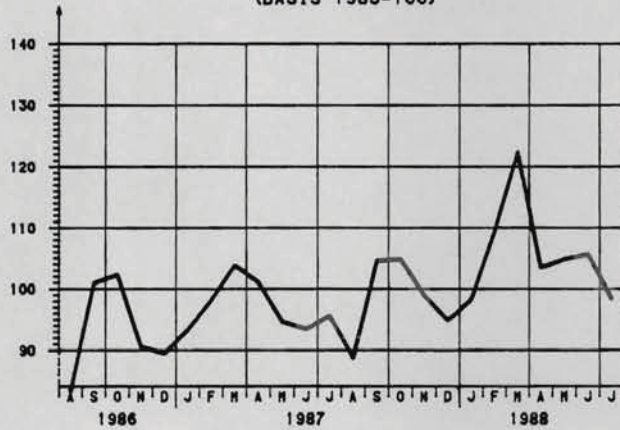
- - - 95%-VERTRAUENSBEREICH DER EINZELNEN INDIKATORWERTE

1) ZUM ERMITTLUNGSVERFAHREN VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 11/83. -

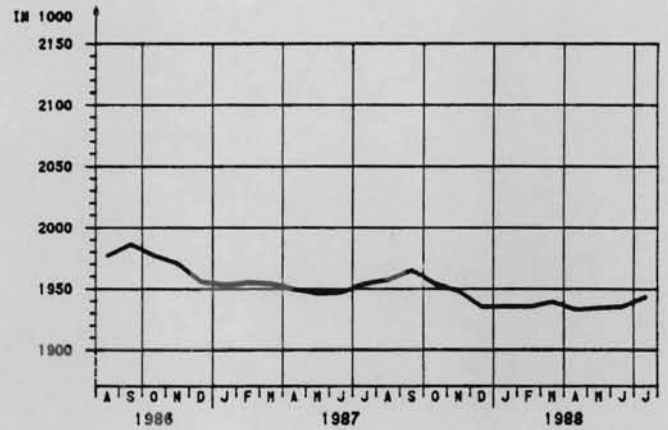
2) ZUM PROGNOSEMODELL VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 3/87.

BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE AUGUST 1986 BIS JULI 1988

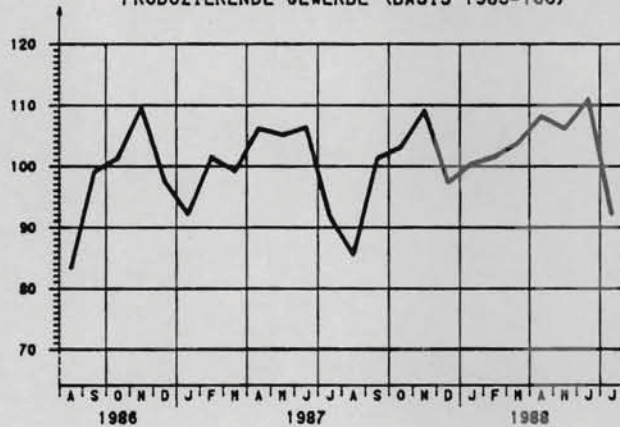
AUFTRAGSEINGANGSINDEX (NOMINAL)
(BASIS 1985=100)



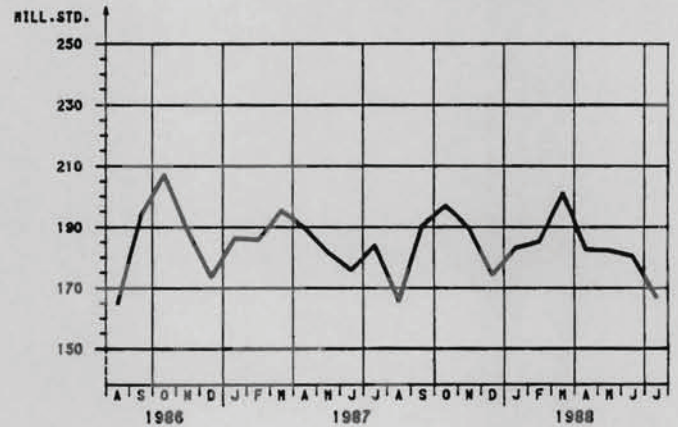
BESCHÜFTIGTE



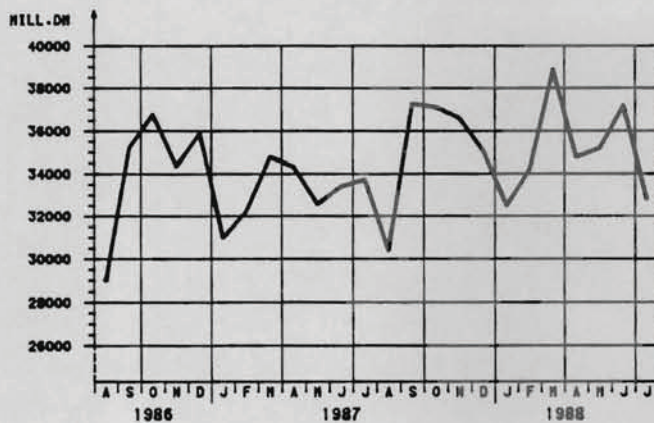
INDEX DER NETTOPRODUKTION FÜR DAS
PRODUZIERENDE GEWERBE (BASIS 1985=100)



GELEISTETE ARBEITERSTUNDEN



UMSATZ



GESAMTENERGIEVERBRAUCH
(IN STEINKOHLE-EINHEITEN)

